

Jeannine Selina Meyer, Lara Marisa Bezio

Die Bedeutung der verschiedenen Interessengruppen bei der Entwicklung des Selve-Areals in Thun

Bachelor-Thesis der Berner Fachhochschule – Soziale Arbeit
Dezember 2018



Sozialwissenschaftlicher Fachverlag Edition Soziothek

Edition Soziothek
c/o Berner Fachhochschule BFH
Soziale Arbeit
Hallerstrasse 10
3012 Bern
www.soziothek.ch

Jeannine Selina Meyer, Lara Marisa Bezio: Die Bedeutung der verschiedenen Interessengruppen bei der Entwicklung des Selve-Areals in Thun

ISBN 978-3-03796-727-0

Schriftenreihe Bachelor-Thesen der Berner Fachhochschule BFH – Soziale Arbeit.

In dieser Schriftenreihe werden Bachelor-Thesen von Studierenden publiziert, die mit Bestnote beurteilt und zur Publikation empfohlen wurden.



Dieses Werk wurde unter einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht.

Lizenz: CC-BY-NC-ND 4.0

Weitere Informationen: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Sie dürfen:

Teilen — das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung — Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Nicht kommerziell — Sie dürfen das Material nicht für kommerzielle Zwecke nutzen.

Keine Bearbeitungen — Wenn Sie das Material remixen, verändern oder darauf anderweitig direkt aufbauen, dürfen Sie die bearbeitete Fassung des Materials nicht verbreiten.

Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.

Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte nach Schweizer Recht unberührt.

JEANNINE SELINA MEYER

LARA MARISA BEZIO



DIE BEDEUTUNG DER VERSCHIEDENEN INTERESSEGRUPPEN BEI DER ENTWICKLUNG DES SELVE-AREALS IN THUN

BACHELOR-THESIS ZUM ERWERB DES
BACHELOR-DIPLOMS IN SOZIALE ARBEIT

BERNER FACHHOCHSCHULE
FACHBEREICH SOZIALE ARBEIT

Abstract

Das Selve-Areal in Thun hat seit der Schliessung der Metallwerke Selve in den 1990er Jahren weitreichende Veränderungen durchgemacht. Die Geschichte wurde mit der neuen Überbauung fast komplett ausgelöscht. Die vorliegende Bachelor-Thesis befasst sich mit den verschiedenen Interessengruppen, welche das Selve-Areal massgeblich prägen. Ziel ist es darzulegen, welche Interessen und Interessengruppen in Bezug auf die aktuelle Überbauung existieren und welche berücksichtigt wurden. Daraus hat sich folgende Forschungsfrage ergeben: Wie sind die verschiedenen Interessen der einzelnen beteiligten Interessengruppen bei der Entwicklung des Selve-Areals in Thun bis zum heutigen Stand gewichtet worden?

Im ersten Teil werden theoretische Grundlagen von Habermas bezüglich seiner Theorie der deliberativen Politik und seinem Modell der Gewalt als Ordnungsprinzip erarbeitet. Daraus ergeben sich die drei Interessengruppen Wirtschaft, Politik und Bürgerinnen und Bürger. Weiter wird auf soziologisches Wissen bezüglich der Städte eingegangen. Diese Theorien werden anschliessend auf die Stadt Thun, insbesondere auf das Selve-Areal angewendet.

Dies erfolgt durch die Analyse von thunspezifischer Literatur und Dokumenten, welche durch das Stadtarchiv und das Planungsamt zugänglich gemacht wurden. Zudem wurden zwei Interviews mit Fachpersonen aus dem Bereich Städtebau durchgeführt.

Die Untersuchung hat folgende Ergebnisse hervorgebracht: Die Interessengruppen der Politik und Wirtschaft lassen sich nicht klar voneinander trennen. Die Interessengruppen sind zwar institutionell getrennt. Jedoch werden beide Gruppen durch die Profitlogik dominiert. Weiter liess sich feststellen, dass sich die Politik nicht gegenüber den Investoren durchsetzen konnte. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich bei der Überbauung wenig bis gar nicht beteiligt. Jedoch wurden ihnen nur wenige Mittel zur Mitwirkung gewährt.

Auffallend war, wie wenig sich die Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der Überbauung einbrachten. Die Gründe für dieses Verhalten können mit dieser Arbeit nicht vollständig geklärt werden. Eine weiterführende Untersuchung wäre jedoch interessant. Auch um das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürger und Politik vollkommen zu erschliessen. In diesem Zusammenhang könnte die Soziale Arbeit ansetzen. Sie sollte die Bürgerinnen und Bürger ermächtigen sich in der Gestaltung ihrer Umwelt einzubringen.

Die Bedeutung der verschiedenen Interessengruppen bei der Entwicklung des Selve-Areals in Thun

Bachelor-Thesis zum Erwerb
des Bachelor-Diploms in Sozialer Arbeit

Berner Fachhochschule
Fachbereich Soziale Arbeit

Vorgelegt von
Lara Marisa Bezio
Jeannine Selina Meyer

Bern, Dezember 2018

Dank

Unser Dank gilt Prof. Dr. Christian Vogel, welcher uns als Fachbegleitung bei der Erarbeitung der Bachelorthesis mit inhaltlichen Rückmeldungen und wertvollen Inputs unterstützt hat. Dank gebührt auch Isabelle Suremann für das abschliessende Korrekturlesen.

Weiter bedanken wir uns bei den Mitarbeitenden der Stadt Thun, namentlich Anita Egli, Stadtarchivarin, Anatol Wuwer, Leiter Support & Controlling beim Planungsamt Thun, Kurt Messerli, Leiter Immobilienmarkt Management beim Amt für Stadtliegenschaften für die Auskünfte und Zurverfügungstellung vieler Dokumente und Unterlagen. Ebenso bedanken wir uns herzlich bei dem Architekten Johannes Saurer und dem ehemaligen Thuner Stadtplaner Guntram Knauer, welche uns mit spannenden und informativen Interviews viele Fragen beantworten konnten. Die Gespräche lieferten wertvolle Erkenntnisse und Denkanstösse für die Bachelor-Thesis.

Inhaltsverzeichnis

1. Abbildungsverzeichnis.....	8
2. Einleitung	10
2.1 Ausgangslage	10
2.2 Aufbau der Arbeit	12
2.3 Fragestellung	13
2.4 Abgrenzung des Forschungsbereiches	14
2.5 Relevanz für die Soziale Arbeit	14
3. Theoretischer Teil.....	17
3.1 Die Stadt im Kontext der Forschung.....	18
3.1.1 Der Stadtbegriff	19
3.1.2 Strukturmerkmale der Stadt.....	21
3.1.2.1 Grösse und Dichte	21
3.1.2.2 Heterogenität.....	22
3.1.2.3 Urbanität.....	23
3.1.2.4 Unvollständige Integration	24
3.1.2.5 Infrastruktur	24
3.2 Stadt im historischen Kontext.....	25
3.2.1 Die historische Entwicklung der Städte nach Henri Lefèbvre	25
3.2.2 Funktionen und Wandel der Stadt im Kontext des Übergreifen von Feudalismus zum Kapitalismus	27
3.3 Die Bedeutung des Kapitalismus für die heutige Stadt.....	30
3.3.1 Armut und Ausgrenzung als Folgen des kapitalistischen Systems in Städten.....	31
3.3.2 Sozialräumliche Struktur einer Stadt.....	32
3.3.3 Gentrifizierung	34
3.4 Habermas' Theorie der deliberativen Politik	35
3.4.1 Die Theorie des kommunikativen Handelns.....	35
3.4.2 Die zunehmende Komplexität der Gesellschaft und das moderne Recht.....	35
3.4.3 Das Recht und das Ideal der Selbstgesetzgebung	36

3.4.4 Kontrolle und Steuerung von administrativer und ökonomischer Macht	37
3.4.5 Der Machtkreislauf und Gegenkreislauf	38
3.4.6 Anwendung der theoretischen Betrachtungen Habermas` auf die Stadt	39
3.5 Modell der Gewalt nach Habermas	41
3.5.1 Interessengruppe der Politik	43
3.5.2 Interessengruppe der Wirtschaft.....	44
3.5.3 Interessengruppe der Bürgerinnen und Bürger.....	45
4. Empirischer Teil.....	47
4.1 Die Stadt Thun	47
4.1.1 Die Strukturmerkmale der Stadt Thun.....	47
4.1.1.1 Grösse & Dichte	48
4.1.1.2 Bevölkerungsstruktur und Heterogenität	48
4.1.1.3 Urbanität.....	49
4.2 Die historische Entwicklung der Stadt Thun	51
4.3 Die Bedeutung des Kapitalismus für die Stadt Thun	53
4.3.1 Armut und Ausgrenzung	53
4.3.2 Sozialräumliche Struktur der Stadt Thun	54
4.3.3 Gentrifizierung	55
4.4 Die Gestaltung der Raumplanung in der Stadt Thun	56
4.4.1 Richtplan Stadtentwicklung.....	56
4.4.2 Strategie Stadtentwicklung 2015	57
4.4.3 Stadtentwicklungskonzept STEK 2035	57
4.4.4 Fazit aus den einzelnen Konzepten und Stadtentwicklungsstrategien	59
4.5 Das Selve-Areal	59
4.5.1 Der historische Wandel des Selve-Areals.....	59
4.5.1.1 Die Metallwerke Selve	60
4.5.1.2 Die Zwischenphase von 1990 bis 2000	61
4.5.1.3 Von der Industrie zur Partymeile: Zwischennutzungen ab 1988.....	64
4.5.1.4 Planung und Verfahren zwischen 1995 und 2005.....	64
4.5.1.5 Erneuter städtebaulicher Wettbewerb.....	65

4.5.2 Das heutige Selve-Areal	67
4.5.3 Die wirtschaftliche Betrachtung des Selve-Areals	68
4.5.4 Die Nutzung und die verschiedenen Interessensgruppen im Selve-Areal	69
4.5.4.1 Interessengruppe der Politik	70
4.5.4.2 Interessengruppe der Wirtschaft	72
4.5.4.3 Interessengruppe der Bürgerinnen und Bürger	73
4.6 Die Entscheidungsgewalt in der Stadtplanung in Bezug auf das Selve-Areal	76
4.6.1 Der Ablauf des Planungs- und Mitwirkungsverfahrens	76
4.6.2 Kritische Betrachtung des Planungs- und Entscheidungsprozesses	77
5. Schlussbetrachtungen	82
5.1 Ergebnisse	82
5.2 Beantwortung der Forschungsfrage	83
5.2.1 Diskussion der Ergebnisse	83
5.3 Schlussfolgernde Handlungsempfehlungen	85
5.3.1 Handlungsempfehlungen für die Stadt Thun	85
5.3.2 Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit	86
5.4 Ausblick	87
6. Literaturverzeichnis	88
7. Quellenverzeichnis	92

1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung auf der Titelseite:

Helmle, Christian. (2017). *Selve*. Thun: Eigenverlag Christian Helmle. S. 107.

Abbildung 1 Plan Selve-Areal Erschliessung, S. 14:

„Ab Montag bleibt in der Selve ein Strassenstück gesperrt“. (2013, 18. Januar). *Berner Zeitung*. Abgerufen von <https://www.bernerzeitung.ch/region/thun-und-berner-oberland/Ab-Montag-bleibt-in-der-Selve-ein-Strassenstueck-gesperrt/story/19459945>

Abbildung 2 Darstellung der Raum-Zeit-Achse der Entwicklung von Städten nach Henri Lefèbvre, S. 27:

Lefèbvre, Henri. (1972). *Die Revolution der Städte*. München: Paul List Verlag KG.

Abbildung 3 Übersicht über das Planungsverfahren, S. 40:

Eigene Grafik.

Abbildung 4 Übersicht Gewalt als Ordnungsprinzip nach Habermas, Offe und Bornschieer, erstellt von Christian Vogel, S. 42:

Vogel, Christian. (2018). *Gewalt als Ordnungsprinzip*. [Unterrichtsmaterial im Modul Gewalt, Berner Fachhochschule – Bachelor Soziale Arbeit, Herbstsemester 2017].

Abbildung 5 Altersaufbau der Gemeinde Thun, S. 49:

Bähler, Anna, Egli, Anita & Lüthi, Christian. (Hrsg.). (2018). *Thuner Stadtgeschichte: 1798-2018*. Thun: Werd & Weber Verlag.

Abbildung 6 Vogelschauperspektive des Selve-Areals. Farblithografie um 1925, S. 60:

Hauser, Andreas & Röllin, Peter. (1986). *INSA: Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850-1920*. Zürich: Orell Füssli Graphische Betriebe AG.

Abbildung 7 Plan des Überbauungsprojekts „Sofronia“, S. 62:

Anhang 3, 1993, Überbauungskonzept.

Abbildung 8 Modellansicht "Sofronia" aus Nordwest, S. 63:

Anhang 4, Ranova, Branka, Furrer, Thomas & Storrer, Urs. (2007). *Selve- Areal Thun: Entwicklungsprozesse nach 1988*. Bern: BFH HSB Architektur.

Abbildung 9 Halle 6 aus Sicht der Aare, S. 67:

750 Jahre Thuner Stadtrechte. (n.d.). *Selveareal*. Abgerufen von <http://thunintime.ch/selve/>

Abbildung 10 Lageplan Selve-Überbauung S. 69:

Stadtverwaltung Thun. (n.d.). *Scheibenstrasse (ehem. Selve): Lageplan*. Abgerufen von http://www.thun.ch/fileadmin/images/Leben/Wohnen/aktuelle_Bauprojekte/Plan_Areal_Selve_neu.jpg

Abbildung 11 *Organigramm Stadtverwaltung* S. 71:

Stadtverwaltung Thun. (n.d.). *Abteilungen/Ämter: Organigramm Stadtverwaltung*. Abgerufen von http://www.thun.ch/fileadmin/user_upload/Organigramm_Stadtverwaltung.pdf

2. Einleitung

Thun ist eine kleine Stadt im Berner Oberland. Auf den ersten Blick eine Vorzeigestadt: Der See vor der Haustüre, umgeben von Bergen und eine Altstadt. Aus der Nähe betrachtet kann der Schein auch trügen. Axel Simon spricht in seinem Artikel zu der Stadt Thun gar von Perlen und Tränen (Simon, 2012, S. 4). Mitten in der Stadt steht ein Quartier, welches genauso gut in der Agglomeration stehen könnte und nicht in die Stadt eingebunden ist. Kahle weisse Fassaden und ein Hochhaus prägen die relativ neue Selve-Überbauung. Wo früher in den Metallwerken gearbeitet wurde, stehen heute Wohnungen für die obere Mittelschicht.

Wie die Stadt Thun sich im Bereich Städtebau weiterentwickeln soll, ist mit dem Stadtentwicklungsplan STEK2035 allgegenwärtig. Wer bestimmt jedoch in der Stadt Thun in welche Richtung sich die Stadt entwickelt und welche Bedingungen der Städtebau erfüllen muss? Simon schreibt in seinem Artikel, dass sich im Dialog über die Baukultur der Stadt Thun Unzufriedenheit mit den Verhältnissen widerspiegelt. Der Präsident und Begründer des Architekturforums, Johannes Saurer, geht sogar so weit und sagt, dass in Thun die Investoren bestimmen was und wo gebaut wird. Die Politik rolle ihnen gar den roten Teppich aus (zitiert nach Simon, 2012, S.4). Diese Arbeit will anhand des Beispiels des Selve-Areals die Interessen diverser Gruppen in der Stadt Thun herausarbeiten und die greifenden Mechanismen der Machtstrukturen betrachten. Bei dieser Analyse gehen wir von einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft aus. Wobei der Kapitalismus nicht nur die Wirtschaftswelt, sondern den Alltag, die Freizeit und das Privatleben beeinflusst und durchdringt.

2.1 Ausgangslage

Während Thun in den 1990er als „Partymecca“ galt und die Besucherinnen und Besucher der Partymeile im Selve-Areal von weit her reisten, würde Thun heute allgemein eher als eine verschlafene Stadt gelten (Jenzer, 2013). Auch der mittlerweile verstorbene, ehemalige Kultbetreiber der Café Bar Mokka, MC Anliker, bezeichnete Thun einst als „kleine, selbstgefällige, verschlafene“ Stadt (MC Anliker, 2007). Thun hat heute fast nichts mehr für junge Menschen zu bieten und verfügt über wenig bis gar kein Nachtleben oder sonstige interessante Angebote. Das Image der „Stadt der Alten“ konnte trotz Bemühungen, wie der Gründung des Vereins „Pro Nachtleben Thun“ (Gurtner, 2015) nicht abgelegt werden. Das Image hat sich sogar über die kantonsgrenzen hinweg etabliert (Fuchs, 2015). Der Verein Pro Nachtleben hat sich unter anderem für längere Öffnungszeiten des Mühleplatzes ausgesprochen. Lediglich die Bewilligungspraxis für Aussensitzplätze auf dem Mühleplatz

wurde per Frühling 2018 gelockert. Das Nachtleben habe sich nach der Schliessung des Selve-Areals zunehmend auf die Innenstadt konzentriert. Der Gemeinderat lehne eine Ausdehnung des Nachtlebens in der Innenstadt jedoch klar ab (Zürcher & Geissbühler, 2018). Gerade in der Jugend ist der Ausdruck der „Stadt der Alten“ geläufig und das Thema wurde sogar künstlerisch umgesetzt. Der Slampoet Remo Rickenbacher und der Filmstudent David Oesch porträtierten die Stadt Thun in ihrem Filmprojekt „Stadt der Falten“ (Rüeggsegger, 2016).

In Thun besteht somit das Problem, dass die Innenstadt zwar Wohnraum auf einem meist gehobenen Standard bietet, jedoch der zwischenmenschliche Austausch auf den Mühlenplatz beschränkt ist. Dieser Austausch ist jedoch hauptsächlich durch die Lokalität an Konsum gebunden. Denn die nicht bewirtschafteten Flächen sind limitiert und unterliegen Auflagen. Zudem sind die Besucherinnen und Besucher, aufgrund der Lage sehr ausgestellt.

Eine Möglichkeit, um urbanen öffentlichen Raum zu schaffen, erhielt die Stadt Thun unter anderem in den 2000er Jahren, als sie beschloss das Selve-Areal neu zu überbauen. Dieses bot früher Platz für diverse Generationen, Kulturen und Interessengruppen. Heute ist es ein Wohnquartier mit vereinzelt Gewerberäumen. Die Zwischennutzungen der 1990er Jahre wurden aufgelöst, die alten Fabrikgebäude bis auf die Konzepthalle 6 abgerissen und die Kultur weitgehend aus dem Areal vertrieben. Bei einer Begehung liess sich für uns Autorinnen feststellen, dass auch der im Selve-Areal errichtete Stadtpark an Sterilität kaum zu überbieten ist. Gesäumt von Betonblöcken werden Kieswege und akkurate Rasenflächen minutiös voneinander getrennt. Bäume oder andere Mittel, die die Fläche etwas abschirmen würden, werden vergeblich gesucht. Die um das Jahr 2009 gebaute Wohnüberbauung ist von hochpreisigem Wohnraum geprägt. Unserer Meinung nach wirkt sie karg und nicht gerade einladend. Die neue Nutzung von Wohnungen und einem Altersheim sowie die eher abweisende Architektur, haben dazu geführt, dass das Selve-Areal nicht mehr für alle zugänglich, respektive für einige Bevölkerungsgruppen nicht mehr attraktiv ist. Dieser Ausschluss von Interessengruppen in der Stadt Thun wurde auch durch diverse Besetzerinnen- und Besetzerkollektive kritisiert.

Der städtische Raum wird von den verschiedensten Personen genutzt. Dies geschieht jedoch nicht immer problemfrei. Denn die Vorstellungen über die Aneignung und Nutzung des öffentlichen und urbanen Raums variieren massgeblich. Auch dessen Verfügbarkeit ist, wie bereits erwähnt, limitiert und oft reglementiert. Weiter stehen sich im öffentlichen Raum, aber auch in der Stadt allgemein, verschiedene Interessengruppen gegenüber, welche versuchen ihre Ansprüche und Bedürfnisse durchzusetzen. Dies gelingt ihnen mit unterschiedlichem Erfolg. So stellt sich die Frage, wie in Städten Urbanität gefördert wird,

bzw. wie öffentliche Räume nutzbar gemacht werden können. Es muss auch durchdacht werden, wie diese für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden.

Soziologische Analysen bezüglich der Stadtentwicklung mit dem Untersuchungsbereich der Stadt Thun sind uns keine bekannt. Planerische Konzepte zur Entwicklung des städtischen Raums andererseits sind in Thun vorhanden. So veröffentlichte der Gemeinderat der Stadt Thun 2009 ein Konzept zur Stadtentwicklung. Dieses wurde 2015 erneut überprüft und mit geringfügigen Änderungen an die neuen Umstände angepasst (Gemeinderat der Stadt Thun, 2015, S. 5). In diesem Konzept wurden 14 Teilstrategien vorgestellt, um die Stadt Thun als Wirtschaftsstandort zu stärken, sowie private und öffentliche Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen. Ausserdem solle dadurch die Lebensqualität durch zeitgemässe Erneuerung und den Ausbau des Wohnungsangebots aufgewertet und die Siedlung, Landschaft und Verkehr durch angepasste Planung bestmöglich geordnet werden (S. 5). Zur Erreichung dieser Ziele definierte der Gemeinderat zwei Teilstrategien: Attraktives Wohnen fördern und verantwortungsvolles Zusammenleben (S. 7). Weiter steckt die Stadt Thun mitten in der Ortsplanungsrevision. Da diese Revision umfassende Veränderungen mit sich bringen wird, wurde das Stadtentwicklungskonzept Thun STEK 2035 (Gemeinderat der Stadt Thun, 2018) erarbeitet. Auf dessen Grundlage soll die Ortsplanungsrevision bis 2021 abgeschlossen werden. Im STEK 2035 werden räumliche Entwicklungsschwerpunkte der Stadt Thun festgehalten, sowie die Bereiche Wohnen, Arbeiten, Mischgebiete und Zentren, Landschaft und Freiräume sowie Stadtraum und Mobilität beschrieben. Es wird aufgezeigt, welche Massnahmen in welchen Gebieten umgesetzt werden sollen. Neben dem STEK 2035 veröffentlichte die Stadt Thun 2016 die Wohnstrategie 2030 (Planungsamt der Stadt Thun, 2016). Diese hält wesentliche Erkenntnisse aus Grundlageprojekten und Städtevergleichen fest und definiert Ziele und Strategien, welche bis 2030 umgesetzt werden sollen.

2.2 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Bachelor-Thesis gliedert sich in einen theoretischen und einen empirischen Teil, sowie eine Schlussfolgerung. Als Grundlage für die Beantwortung der Forschungsfrage dient die Erarbeitung von stadtsoziologischem Hintergrundwissen. Dieses wird in drei Teilbereiche gegliedert. Zuerst wird die Stadt als Phänomen auf ihre historische Entwicklung hin analysiert. Danach wird auf die Entwicklung der Stadt und deren Funktionen, auch im Kontext des Kapitalismus, eingegangen. Dazu werden diverse stadtsoziologische Ansätze beigezogen. Darüber hinaus wird die heutige Situation der Städte im Kapitalismus geschildert und daraus resultierende spezifische Phänomene wie Gentrifizierung, Armut und Segregation betrachtet. Im letzten Teil wird Habermas' Theorie der deliberativen Politik beschrieben und mit seinem Modell der Gewalt als Ordnungsprinzip verbunden. Hierbei wird

spezifisch auf die verschiedenen Interessengruppen eingegangen, welche allgemein aber insbesondere bezogen auf die Stadt existieren und versuchen ihre Interessen den anderen gegenüber durchzusetzen.

Die im theoretischen Teil erarbeiteten Grundlagen und Überlegungen zur Stadt werden im empirischen Teil konkret auf die Stadt Thun und das Selve-Areal bezogen und angewendet. Der empirische Teil gliedert sich in zwei Teilbereiche. Zu Beginn wird die Stadt Thun und deren Entwicklung mit den stadtspezifischen Eigenheiten nachgezeichnet und beschrieben. Weiter werden Bezüge zu den soziologischen Betrachtungen der Stadt geschaffen. Im zweiten Teil wird spezifisch auf ein Quartier – das Selve-Areal – in Thun eingegangen. Dieses dient als Beispiel zur Verdeutlichung der theoretischen Aspekte der städtischen Baupolitik. Hier wird wiederum auf die Entwicklung und die Veränderung des Areals eingegangen, sowie das heutige Selve-Areal analysiert. Weiter werden die verschiedenen Interessengruppen kenntlich gemacht, welche in den Veränderungsprozess involviert waren und welche sich dabei durchsetzen konnten.

Nach dem empirischen Teil folgt der Schlussteil. Hier werden relevante Ergebnisse der Bachelor-Thesis zusammengefasst. Auf dieser Grundlage wird anschliessend die Forschungsfrage beantwortet, sowie ein Fazit gezogen. Zum Schluss werden mögliche Handlungsempfehlungen abgegeben und die Rolle der Sozialen Arbeit in diesem Kontext nochmals geklärt.

2.3 Fragestellung

Für die Ausgangslage dieser Arbeit wird das Selve-Areal mit seinen Entwicklungen aus der Mikroebene betrachtet. Um die Mechanismen, die in dieser Entwicklung gewirkt haben zu verstehen, wird auf die Makroebene gewechselt. Wie in der Ausgangslage geschildert, prallen in Thun, aber auch allgemein in Städten verschiedenste Interessengruppen aufeinander, welche sich in der Stadtplanung und der städtischen Entwicklung einbringen möchten – mit unterschiedlichem Erfolg. Durch die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten und Berücksichtigung der verschiedenen Gruppen entstand die Frage, welche Interessengruppen vorhanden sind. Wer sich dabei gegen die anderen durchsetzt und wie sich deren Ansprüche und Entscheidungsgewalt legitimieren. Daraus ergab sich folgende Forschungsfrage:

Wie sind die verschiedenen Interessen der einzelnen beteiligten Interessengruppen bei der Entwicklung des Selve-Areals in Thun bis zum heutigen Stand gewichtet worden?

2.4 Abgrenzung des Forschungsbereiches

Die Entwicklung einer ganzen Stadt zu untersuchen, auch wenn der zu untersuchende Zeitraum begrenzt wird, ist für eine Bachelor-Thesis unmöglich. Aufgrund dieses Faktors fokussiert sich diese Arbeit auf das Gebiet des Selve-Areals. Nicht in das untersuchte Areal des Selves gehören die Gebäude auf der Seite der Allmendstrasse und die Rex-Überbauung beim Guisan-Kreisel. Die Eingrenzung wird auf der Abbildung 1 verdeutlicht.



Abbildung 1: Plan Selve-Areal Erschliessung. Nach Berner Zeitung, 18. Januar 2018.

Nebst der geografischen Einschränkung wird auch das Kriterium Zeit festgelegt. Da die Gegenwart immer von der Geschichte geprägt ist, nimmt diese Arbeit historischen Bezug zum Selve-Areal. Sie geht auch auf die Zeit ein, als das Selve-Areal noch ein für Thun wirtschaftlich sehr relevantes Industriegebiet war. Die Nutzung des Selve-Areals vor der Gründung der Firma „Selve“ um 1895 wird in dieser Arbeit nicht näher betrachtet (Verein 750 Jahre Thuner Stadtrechte, n.d.) Der Hauptfokus richtet sich indes auf die jüngere Geschichte der 1990er und 2000er Jahre und die Gegenwart.

2.5 Relevanz für die Soziale Arbeit

Laut dem Bundesamt für Statistik leben 47% der Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz in Städten. Weiter befinden sich in der Stadt 64% der Arbeitsplätze (Bundesamt für Statistik, 2014 a). Zwar leben immer noch viele Menschen auf dem Dorf oder in der Agglomeration, die städtische Lebensweise habe jedoch auch darauf Einfluss und wirke prägend. Hier könne von der Urbanisierung des Dorfes gesprochen werden (Baum, 2018, S. 17). Denn die meisten Menschen, welche auf dem Dorf leben, würden trotzdem in städtischen Gebieten

arbeiten, oder das Dorf biete nicht alles für den alltäglichen oder erweiterten Bedarf, so dass die Stadt regelmässig aufgesucht würde (S. 18). Jedoch gibt es trotz der Urbanisierung des Dorfes immer noch grosse Unterschiede zwischen Stadt und Land. Die Stadt sei nach Baum im Gegensatz zum Dorf eher heterogener Natur. Wer dort lebe, müsse sich angemessen im öffentlichen Raum bewegen, Ambivalenzen und Widersprüche aushalten und sich auf Anderes und Fremdes einlassen können (S. 18). Die urbane Lebensweise ermögliche einerseits auf Grund der Vielfalt und Heterogenität der Lebensstile auch alternative Lebensweisen, welche als Abweichungen des „Normalen“ empfunden werden können. Solange sie niemanden beeinträchtigen und es den praktizierenden Menschen immer noch gelinge sich im öffentlichen Raum adäquat zu verhalten, würden sie in der Stadt integriert werden. Andererseits führe die städtische Lebensweise auch zu vielerlei Problemen. Manche Menschen kämen mit der Pluralität der Lebensstile und der Vielfältigkeit des städtischen Lebens nicht zurecht (S. 19). Es können Diskrepanzen zwischen ihren Möglichkeiten und Wünschen entstehen, so dass sie sich benachteiligt fühlen würden. Dies könne zu abweichendem Verhalten führen, welches auch in der Stadt sozial nicht akzeptiert sei. Zu den von der Gesellschaft und damit auch von der Stadt erzeugten Problemen zählen nach Baum beispielsweise die sozialräumlichen Bedingungen des Lebens in benachteiligten Wohnquartieren oder die Stigmatisierungs- und Ausgrenzungserfahrungen durch Wohnungslosigkeit und andere Problemlagen (S. 19). Die Ausprägungen dieser Problemlagen seien an die spezifisch städtische Lebensweise gebunden und würden eine passende Problemlösungsstrategie erfordern, welche der urbanen Strukturbedingungen ihrer Entstehung Rechnung trage. Jedoch würden soziale Problemlagen, wie zum Beispiel Wohnungslosigkeit, Armut oder Drogenkonsum nicht als spezifische Probleme, welche aus dem städtischen Lebensstil resultieren angesehen, sondern als allgemeine Problemlagen. Die Strukturbedingungen des Handelns und des Lebens in der Stadt flössen gar nicht oder nur unzureichend in die Analyse durch die Soziale Arbeit mit ein (S. 21). Die Stadt wird in der Sozialen Arbeit nicht als spezifische Kategorie mit Eigenheiten individueller Auswirkungen gedacht. Dieses Fehlen hat dadurch eine konkrete Auswirkung auf die Analyse und Begründung individueller Problemlagen und strukturell erzeugter Probleme, unter welchen Menschen leiden. Soziale Arbeit sei nach Baum somit nicht nur Soziale Arbeit in der Stadt, sondern auch soziale Arbeit durch die Stadt (S. 20). Sie werde durch städtische Lebensformen geprägt und ist durch städtische Strukturen bedingt.

Soziale Arbeit konzentriert sich momentan auf die Stadt als ein Handlungsfeld unter vielen, wobei Methoden und Vorgehen nicht wesentlich angepasst werden. Um eine erfolgreiche Soziale Arbeit zu gewährleisten, muss jedoch spezifisches Wissen über das Handlungsfeld vorhanden sein. Die vorliegende Arbeit soll nicht primär dazu beitragen, die konkreten Methoden auf der Handlungsebene zu hinterfragen und eventuell anzupassen. Das

wesentliche Anliegen ist es, die Soziale Arbeit nicht nur als aktiv intervenierende Instanz wahrzunehmen, sondern die kritische Reflexion von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zu stärken. Hier kann die Soziologie als bedeutsame Nachbardisziplin ihren Beitrag leisten. Sie bietet elementare Grundlagen, welche für die sozialarbeiterische Tätigkeit unentbehrlich sind. Zu dieser sozialarbeiterischen Tätigkeit gehört nicht nur die konkrete Arbeit, beispielsweise in einem Büro oder Jugendtreff, wie sich dies viele Menschen wohl vorstellen. Ein wesentlicher Teil der (kritischen) Sozialen Arbeit besteht auch in politischer Arbeit, welche dazu beitragen soll, Menschen zu ermächtigen, strukturelle Bedingungen von Problemen zu analysieren und zu verändern. Während dieser politischen Arbeit muss sich die Soziale Arbeit der strukturell bedingten Ungerechtigkeit bewusst sein. Sie muss die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Politik und dem Bürgertum erkennen und interpretieren können. In einer Stadt können die Wirkungen der Wirtschaft und der Politik einfacher analysiert werden als auf dem Land, da die Auswirkungen in der Stadt konzentrierter auftauchen. Durch eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Gegenstand soll das Verständnis über die Bedingungen und Verhältnisse in einer Stadt gestärkt werden, um dann konkret auf der Handlungsebene darauf zu reagieren, aber auch gerade diese Bedingungen zu hinterfragen und falls nötig dagegen vorzugehen.

3. Theoretischer Teil

Eine der zentralen Aufgaben der Soziologie ist es, die Gesellschaft über deren sozialen Voraussetzungen und Krisenhaftigkeit aufzuklären. Soziologie als Wissenschaft von der Gesellschaft ist immer auch die kritische Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Zeit und muss dabei die kapitalistische Verfasstheit ihrer Gesellschaft zum zentralen Gegenstand der Kritik machen, so Dörre, Lessenich und Rosa (2009, S. 10). Wie in der Einleitung bereits erwähnt, gehen wir von einer vom Kapitalismus stark geprägten Gesellschaft aus. Der Kapitalismus durchdringt jegliche Lebensbereiche und Umwelt der Menschen. Hillmann bezeichnet Kapitalismus als historischen Begriff zur Charakterisierung einer bestimmten Form der Industriegesellschaft (Hillmann, 2007, S. 414). Im gegenwärtigen Kapitalismus, welcher durch hochentwickelte Industriegesellschaften geprägt ist, übernehme der Staat neben seinen öffentlichen Funktionen der Daseinsvorsorge und der gesellschaftspolitischen bestimmten Umverteilung der Einkommen, die Aufgabe einer organisierten Krisenbekämpfung (S. 414). Die kapitalistisch orientierten Interessen eines Staates greifen auch in die Städte- und Raumplanungspolitik ein.

Bereits eine Grosszahl von Soziologinnen und Soziologen beschäftigen sich mit den Phänomenen, welche in der Stadt auftauchen, aber auch mit der Stadt selbst als Untersuchungsgegenstand. So entwickelte sich die Stadtsoziologie als eigenes Feld innerhalb der Disziplin. Stadt wird einerseits als Brennpunkt des Sozialen analysiert. Denn die Stadt vereint Elemente, welche eine Gesellschaft ausmachen, auf kleinstem Raum. Die Stadt wird jedoch nicht nur als Spiegel der Gesellschaft betrachtet, sondern auch die gebaute und konstruierte, also die materielle Stadt analysiert. Ein viel beachtetes Phänomen ist die Stadt in der Moderne, welche im 20. Jahrhundert grosse Beachtung unter Soziologinnen und Soziologen erhielt. So prägten unter anderen Robert Ezra Park, Ernest Burgess und Louis Wirth die Chicagoer Schule mit ihren Arbeiten. So zum Beispiel „The City“ (Park, Burgess & McKenzie, 1925) oder „Urbanism as a Way of Life“ (Wirth, 1938), um nur zwei bekannte Werke zu nennen. Nicht nur die Stadt als Umwelt wurde erforscht, auch die Ungleichheit, welche zum Teil durch städtische und urbane Strukturen hervorgerufen werden, prägte die Stadtsoziologie. Deutschsprachige Vertreter sind beispielsweise Hartmut Häussermann und Walter Siebel mit dem Buch „Neue Urbanität“ (1987).

Nach Siebel haben in den 60er und 70er Jahren soziologische Untersuchungen zu Themen der Stadtentwicklung und Stadtpolitik zugenommen. Raumordnung, Regional- und Stadtpolitik wurden verstärkt in den Dienst der zentralstaatlichen Wachstums- und Konjunkturpolitik gestellt. Dies bedeutet, dass sie von „oben“ politisiert wurden (zitiert nach Saunders, 1987, S. 9). Städte seien so strukturiert worden, dass sie für die Wirtschaft

dienlich gewesen seien. Mit passenden Raumordnungen seien rechtliche Grundlagen für wirtschaftlich attraktive Städte geschaffen worden. Diese an der Wirtschaft orientierte Stadtpolitik habe zu Spannungen geführt. Siebel nennt Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen als Antwort auf die sozialen und ökonomischen Folgen des Wachstums. Der Wohnbereich und die Lebensbedingungen in den Städten, seien neben den klassischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital als neues Konfliktfeld aufgetreten (S. 9).

Die Stadt könne im zeitgenössischen Kapitalismus nicht mehr als Ort der Arbeitsteilung, Grundlage menschlicher Gemeinschaften oder als Ausdruck einer spezifischen Produktionsweise angesehen werden. Daher sei es nicht mehr angemessen, sie als ein eigenständiges Problem zu untersuchen (S. 21). Unter Berücksichtigung dieses Hintergrundes wird in diesem Kapitel nicht nur auf die Entwicklung und die Funktionen einer Stadt eingegangen, sondern werden auch die Machtverhältnisse berücksichtigt.

3.1 Die Stadt im Kontext der Forschung

Die Stadt ist einer der möglichen Lebensräume von Menschen und prägt den Lebensstil der darin lebenden Personen. In ihrer historischen Entwicklung beeinflusste sie die gesellschaftlichen Verhältnisse mit und gestaltete diese. Die Stadt sei immer wieder der Antrieb für zivilisatorische Fortschritte und kulturelle Modernität gewesen (Baum, 2018, S. 29). Sie habe sich seit jeher durch eine spezifische politische und soziale Organisationsform ausgezeichnet. Diese garantiere Freiheiten und Privilegien, schränke jedoch auch ein (S. 29). Eine simple Definition von Stadt ist nicht möglich. Stadt kann darüber definiert werden, wie die Bevölkerung darin zusammenlebt, welche Bedeutung die Stadt für sie hat, wie die Stadt beschaffen und aufgebaut ist oder welche Funktion sie erfüllt. Eine spezifische Definition ist schwierig, da sich Städte in vielen Bereichen fundamental voneinander unterscheiden. Dies in ihrer Größe, Funktion, Bevölkerung, Charakter, um nur einige Beispiele zu nennen. So schwierig es sich auch gestaltet, die Stadt zu definieren, so können trotzdem Strukturmerkmale festgelegt werden, welche helfen, eine Stadt zu beschreiben. Nachfolgend werden einige ausgewählte Stadtdefinitionen vorgestellt und im Weiteren wird auf einzelne Strukturmerkmale eingegangen, welche helfen, eine Stadt zu beschreiben.

3.1.1 Der Stadtbegriff

Auf einige der folgenden Autorinnen und Autoren und deren Stadtbegriff wird im Kapitel 3.2.2 noch ausführlich eingegangen. Deshalb werden hier nur kurze Definitionen geliefert. Diese sollen aufzeigen, wie verschiedene Stadtdefinitionen, je nach Blickwinkel, ausfallen können.

Karl Marx sah die Stadt als einen Ort, wo sich „die Teilung der Bevölkerung in zwei grosse Klassen“ zeige, welche direkt auf der Teilung der Arbeit und den Produktionsinstrumenten beruhe (zitiert nach Roskamm, 2017, S. 73). Die Klassenunterschiede zeigen sich nach Marx in der Stadt und beeinflussen die städtische Wirklichkeit, „[was] bereits die Tatsache der Konzentration der Bevölkerung, der Produktionsinstrumente, des Kapitals, der Genüsse, der Bedürfnisse, während das Land gerade die entgegengesetzte Tatsache, die Isolierung und Vereinzelung, zur Anschauung bringt“ (S. 73).

Max Weber entwickelte in seinem Aufsatz „die Stadt“ einen Stadtbegriff, welcher wirtschaftliche und rechtlich-politische Überlegungen betont. Er beschrieb Stadt als relativ geschlossene Siedlung und als „dicht“ und „gross“. Es handle sich um eine „Ansidelung [sic], deren Insassen zum überwiegenden Teil von dem Ertrag nicht landwirtschaftlichen, sondern gewerblichen oder händlerischen Erwerbs leben“ (zitiert nach Johaneck & Post, 2004, S. 8). Merkmale der westlichen, „okzidentalsten Stadt“ waren für ihn die Befestigung, der Markt, das teilweise eigene Recht, der Verbandscharakter der Gemeinschaft und eine zumindest teilweise Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen (zitiert nach Haase, 1975, S. 34-59). Er sah seine Beschreibung als Kombination von verschiedenen Merkmalen, wobei diese in verschiedenen Städten unterschiedlich ausgeprägt sein konnten.

In der Chicagoer Schule in den 1920er Jahren war die Definition von Louis Wirth weit verbreitet. Er definiert eine Stadt als eine „relativ grosse, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen“ (zitiert nach Herlyn, 1974, S. 48).

Alexander Mitscherlich schrieb in seinem Buch „die Unwirtlichkeit der Städte“, unsere Städte und unsere Wohnungen „sind Produkte der Phantasie und der Phantasielosigkeit, der Großzügigkeit wie des engen Eigensinns“ (1965/2016, S. 9). Nach Mitscherlich sind Städte oft rau, unfreundlich und ungemütlich. Die Stadt bestehe aus harter Materie und wirke auf die darin lebende Bevölkerung ein. Diese wiederum präge die Stadt, passe sich ihr andererseits aber auch an (S. 9).

Henri Lefèbvre unternimmt verschiedene Versuche der Stadtdefinition in seinem Werk „Das Recht auf Stadt“. Er schlägt als erstes eine Definition von Stadt vor, welche die Stadt als eine geistige „Übertragung der Gesellschaft auf das Terrain“ sieht (Lefèbvre, 1968/2016, S. 94).

Diese Definition ist für ihn jedoch nicht ausreichend, sie bedürfe der Präzisierung. So fügt Lefèbvre an, dass die „Pluralität, die Koexistenz und Simultaneität von Mustern, Arten, das städtische Leben zu leben“ (S. 95) weitere Facetten der Stadt sind. Weiter führt er Städte als Ort des Konflikts an und stellt sich somit in die Tradition von Marx und Engels. Er beschreibt, dass in der Stadt unterschiedliche (Klassen-) Interessen und Bedürfnisse aufeinandertreffen und so Konflikte um Macht ausgetragen würden (S. 95).

Die britische Geografin und Sozialwissenschaftlerin Doreen Massey prägte unter anderem die feministische Geografie. In ihrem Buch „For Space“ erarbeitet sie den Begriff des Raumes und macht Vorschläge, wie dieser definiert werden kann. Zwar bezieht sie sich dabei auf den Raum allgemein, die Definition kann aber auch auf den städtischen Raum angewendet werden. Gemäss Massey sei Raum als Produkt von wechselseitigen Beziehungen zu denken. Durch diese wechselseitigen Beziehungen liesse sich folgern, dass der Raum als Sphäre, die Existenz von Pluralität ermöglicht gedacht werden sollte (Massey, 2008, S. 9-11). Weiter sei Raum als ständig im Wandel zu sehen. Es handle sich nicht um einen abgeschlossenen Prozess, sondern er entwickle und verändere sich (S. 11).

Viele der bis anhin erwähnten Definitionen weisen eine soziologische Ausrichtung auf und beschreiben Stadt eher aufgrund von sozialen und soziologischen Faktoren, als aufgrund ihrer materiellen Struktur.

Eine sehr allgemeingültige Definition, die in der aktuellen Städteforschung Anerkennung findet, hat der Historiker Franz Irsigler entworfen.

Die Stadt sei eine vom Dorf und nichtagrarischen Einzwecksiedlungen unterschiedene Siedlung relativer Grösse mit verdichteter, gegliederter Bebauung, beruflich spezialisierter und sozial geschichteter Bevölkerung. Die zentralen Funktionen seien „politisch-herrschaftlich-militärischer, wirtschaftlicher und kultisch-kultureller Art für eine bestimmte Region“ (Irsigler, 2001, S. 63). Das Erscheinungsbild, die innere Struktur sowie Zahl und Art der Funktionen seien nach Raum und Zeit verschieden: „Die jeweilige Kombination bestimmt einmal die Individualität der Stadt, zum anderen ermöglichen typische Kombinationen die Bildung von temporären und regionalen Typen oder Leitformen, je nach den vorherrschenden Kriterien“ (Irsigler, 2001, S. 63).

Diese kurze Sammlung von Stadtdefinitionen zeigt bereits auf, dass oftmals von einer pluralistischen Gesellschaft gesprochen wird, welche sich in der Stadt sammelt. Verschiedene Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen Interessen treffen aufeinander und stehen miteinander in Konkurrenz. Teilweise kommt es zu Konflikten bei der Ausgestaltung der Beteiligung der einzelnen Interessen- und Bevölkerungsgruppen. So spricht Marx, wie

oben erwähnt, von der Teilung der Bevölkerung in zwei Klassen und Wirth von heterogenen Individuen mit verschiedenen Interessen, welche aufeinander treffen. Wie beschrieben, sieht auch Lefèbvre in der Stadt eine grosse Pluralität von Interessen, welche sich gegenüberstehen und in Konflikten darum gerungen wird, welche Interessengruppen sich durchsetzen. Auch bei Weber stellt sich die Frage, welche Interessen sich bei der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durchsetzen und welche vernachlässigt werden.

3.1.2 Strukturmerkmale der Stadt

So schwierig es sich auch gestaltet die Stadt einheitlich zu definieren, so können trotzdem Strukturmerkmale festgelegt werden, welche helfen eine Stadt zu beschreiben. Einige Strukturmerkmale wurden in den vorangehenden Definitionen bereits erwähnt, andere werden nachfolgend ergänzt.

3.1.2.1 Grösse und Dichte

Ein wesentlicher Bestimmungsfaktor einer Stadt ist deren Grösse. Jedoch kann diese allein nicht als Merkmal einer Stadt gelten, da die Bezeichnung „Stadt“ anhand deren Grösse bereits je nach Verhältnis bzw. Grösse des Landes immens variieren kann. So gilt nach Paesler zum Beispiel in Island bereits eine Siedlung mit mehr als 200 Einwohnerinnen und Einwohnern, in Japan eine Gemeinde ab einer Einwohnerzahl von 50'000 als Stadt (Paesler, 2008, S. 9). In der Schweiz wurde die Definition von Städten durch das Bundesamt für Statistik bis 2014 alleine anhand ihrer absoluten Einwohnerzahl vorgenommen. Bis dahin galten jegliche Gemeinden in der Schweiz, welche eine Einwohnerzahl von mindestens 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner aufwiesen als Stadt (Bundesamt für Statistik, 2014 b, S. 15). Durch eine neue Definition sollte zum einen auf Gemeindefusionen reagiert werden, bei welchen eine durch Fusion entstandene neue Gemeinde im Anschluss rein rechnerisch als Stadt gelten würde, jedoch kein dominantes Zentrum aufweist und keinen städtischen Charakter hat. Zum anderen sollte durch die neue Definition ein internationaler Vergleich erleichtert werden. Seit 2014 wird also nicht mehr nur auf die Grösse der Einwohnerzahl, sondern auch auf die Dichte eingegangen. So werden nur noch Gemeinden als Stadt anerkannt, welche insgesamt eine Grösse von mehr als 14'000 Einwohnerinnen und Einwohner, sowie Beschäftigte und Äquivalente für Logiernächte (EBL) aufweisen und über ein hochdichtes Zentrum mit mindestens 5'000 EBL verfügen (S. 15). Unter Äquivalente für Logiernächte fallen beispielsweise Touristen, welche in Hotels oder anderen Unterkünften übernachten (S. 8).

Louis Wirth beschreibt unter anderem, dass die Grösse einer Stadt unpersönliche und oberflächliche Kontakte untereinander hervorruft und sekundäre gegenüber primären

Kontakten dominieren (zitiert nach Häussermann & Siebel, 2004, S. 94). Unpersönliche Kontakte würden zunehmen, private, enge Kontakte seien in der Unterzahl. Dies belegen auch seine Überlegungen bezüglich der Dichte. So würden die Effekte der Grösse durch die Dichte noch weiter verstärkt. Zwar herrsche eine enge räumliche Nähe, soziale Kontakte seien jedoch lose und unpersönlich (S. 94). Weiter fördere die Dichte die Spezialisierung. Diese zeige sich auch räumlich in der Absonderung sozialer Gruppen voneinander aber auch in verschiedenen Stadtteilen. Dieses Phänomen wird sozialräumliche Segregation genannt (S. 94). Die Segregation wird im Kapitel 3.3.2 thematisiert.

3.1.2.2 Heterogenität

Durch die hohe Dichte eines besiedelten Gebiets und die Grösse der Stadt treffen unweigerlich verschiedenste Menschen, Kulturen und Lebensentwürfe aufeinander. Heterogenität ist hierbei nach Prell nicht als biologische Diversität anzusehen sondern ist funktional und sozial begründet. Diese Vielfalt ergebe sich aus der arbeitsteiligen Gesellschaft, welche in der Stadt vorherrsche. Es würden nicht mehr alle alles machen, die Aufgaben seien verteilt und Menschen würden spezialisierte Fähigkeiten entwickeln (Prell, 2016, S. 138). So ergebe sich eine funktionale Unterscheidung in verschiedene Berufsgruppen und Branchen. Aus dieser funktionalen Unterscheidung resultiere auch eine soziale Heterogenität. Diese sei zum einen durch das Einkommen erklärbar. Zum einen habe nicht jede Person dieselben Mittel zur Verfügung, zum anderen würden nicht alle die gleichen Wertvorstellungen und Einstellungen teilen (S. 138). Zwar tritt die soziale Heterogenität nicht nur in städtischem Gebiet auf, jedoch wird sie durch die funktionale Unterscheidung und die räumliche Dichte verstärkt und ist somit in der Stadt stark ausgeprägt.

Grösse und Dichte haben eine direkte Auswirkung auf die Pluralität bzw. Heterogenität der in der Stadt lebenden Bevölkerung. Die Einbindung einer grossen Gruppe von Menschen und deren Beteiligung an Entscheidungsprozessen hat auch eine Veränderung der administrativen Ordnung zur Folge. So werden beispielsweise in der Stadt Thun politische Entscheide nicht durch eine Gemeindeversammlung sondern durch Vertreterinnen und Vertreter im Stadt- und Gemeinderat gefällt. Durch eine grosse Anzahl an Personen wird auch die Ermittlung der Interessen schwieriger. Geeignete Vorgehensweisen sind erforderlich, so dass demokratische Verfahren nicht zu Scheinprozessen verkommen.

3.1.2.3 Urbanität

Urbanität ist nach Baum eine verfeinerte, mit Bildung versehene Lebensweise, die eine gewisse Weltgewandtheit repräsentiert. Diese Lebensweise konnte sich nur entwickeln, weil die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt nicht mehr der landwirtschaftlichen Arbeit nachgehen mussten. Durch die Entstehung der industriellen Grossstadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts habe sich auch der urbane Lebensstil verändert. Die Stadt habe mit ihrem Charakter auch die Lebensformen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner geprägt. Die Lebensweise sei von Arbeit und Regeneration bestimmt und die Trennung dieser beiden Bereiche typisch gewesen (Baum, 2018, S. 33). Heute würden wir mit dem urbanen Lebensstil bestimmte Verhaltensmuster verbinden. Nach Baum sind diese Verhaltensmuster durch die Dichte des Zusammenlebens, die Heterogenität der Bewohnerschaft und der Grösse der Stadt bestimmt. Diese Verhaltensmuster und die Gestaltung der Beziehungen zu den Mitmenschen in einer Stadt liessen sich durch drei Charakteristika beschreiben: Fremdheit, Individualität und Ungewissheit, was passiert. Fremdheit sei zentral in der urbanen Lebensweise. Jede Städterin und jeder Städter gehöre zwar zur Stadt dazu, sei aber gleichzeitig den anderen Menschen fremd (S. 34).

Susanne Hauser definiert Urbanität als eine atmosphärische Qualität, die manche Städte haben und andere sich wünschen. Sie könne als Vorstellung davon bezeichnet werden, was richtige Städterinnen und richtigen Städter auszeichnet. Oftmals würden den urbanen Menschen positive Eigenschaften wie höflich, kultiviert und zivilisiert zugeschrieben werden (Hauser, n.d., S. 2). Wie im oberen Kapitel erwähnt, beeinflusst auch die Dichte eine Stadt. Wie Hauser ausführt, würden die engen Strassen von früher auch heute von der durch eine grössere Menschendichte geprägte Gesellschaft genutzt. Die engen Strassen aus dem 18. und 19. Jahrhundert seien zum Beispiel für die Arbeitsvorgänge und den Handel verwendet worden. Die Vorstellung der Dichte und die Vielfalt die ein lebhafter Strassengebrauch ermöglicht, würden nach Hauser heute als angenehm angesehen. Als urban würden heute Räume in der Stadt bezeichnet, die belebt seien und in denen die Verschiedenheit auffalle (S. 3).

In den Schweizer Städten ist nach Devecchi, trotz der relativ geringen Einwohnerzahlen, eine Urbanität zu spüren. Urbanität sei wieder zu einem Lifestyle geworden, der auch für Familien attraktiv zu sein scheine. Im Vergleich zu den 80er Jahren, als Städte hauptsächlich Wohnort für die Armen, Arbeitslosen, Alten und Ausländerinnen und Ausländer waren, sei die Stadt heute ein Ort des Wachstums. Die Gentrifizierung in den Städten wirke als urbane Wiederbelebung und rufe gleichzeitig Verdrängungstendenzen sozial schwächerer Bevölkerungsschichten hervor (Devecchi, 2016, S. 13).

3.1.2.4 Unvollständige Integration

Detlef Baum beschreibt als weiteres Strukturmerkmal der Stadt, die unvollständige Integration, welche in einer Stadt vorherrsche. So seien Menschen in der städtischen Öffentlichkeit nie vollständig integriert, nur soweit, wie sich die Personen im öffentlichen Raum an die Verhaltensweisen halten würden, welche dort gelten (Baum, 2018, S. 35). Im öffentlichen Raum würden Menschen nur miteinander interagieren, wenn diese konkret Kontakt miteinander aufnehmen würden. Die unvollständige Integration schütze so Menschen vor einer Überreizung von verschiedenen Erscheinungsformen, welche im öffentlichen Raum auftreten. Durch die unvollständige Integration seien keine konkreten Erwartungen verbunden und Menschen könnten sich in einer relativen Anonymität bewegen (S. 36). Die Anonymität der Städte ermögliche es, dass Beziehungen nur dann aufgenommen werden müssten, wenn diese gewünscht seien oder gebraucht würden. So gelinge es den Individuen mit Fremden zurecht zu kommen. Dies solange sich diese an die Regeln halten würden, welche im öffentlichen Raum gelten, auch wenn die Verhaltensweisen oder Präsentationsformen der fremden Person nicht geteilt würden (S. 36). Die unvollständige Integration nimmt somit auch Bezug auf die Heterogenität einer Stadt. Verschiedenste Menschen treffen tagtäglich aufeinander, aber solange sie sich angemessen an gültige Verhaltensweisen halten, fallen diese nicht auf und es gelingt ihnen miteinander auszukommen, obwohl verschiedene Lebensweisen, Einstellungen und Kulturen vorherrschen.

3.1.2.5 Infrastruktur

Die Stadt stellt nach Baum seinen Bewohnerinnen und Bewohnern eine Infrastruktur zur Verfügung, welche für die kollektive Daseinsvorsorge sorgen solle (Baum, 2018, S. 40). Unter die kollektive Daseinsvorsorge würden alle Dienstleistungen fallen, für deren Angebot ein öffentliches Interesse bestehe (Einig, 2008, S. 18). Darunter würden zum Beispiel Energie Wasser, Verkehr, Abfall- und Abwasserentsorgung, Post, soziale Dienstleistungen, wie Kulturangebote, Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung und Altenpflege fallen (S. 18). Diese Dienstleistungen würden nicht nur der städtischen Wohnbevölkerung entsprechen, jedoch werde den Bürgerinnen und Bürgern der Städte eine erhöhte Bedürftigkeit dieser Angebote unterstellt. Dies komme daher, dass sie ihren Lebensraum nicht mehr selbstbestimmt gestalten können und zum Teil in der Realisierung ihrer Interessen eingeschränkt seien (Baum, 2018, S. 40).

3.2 Stadt im historischen Kontext

Um ein Verständnis zu erhalten, weshalb die Stadt heute so existiert wie sie ist, wird auf die Geschichte und die Entwicklung der Stadt eingegangen. Dazu wird die Theorie des marxistischen Soziologen Henri Lefèbvre beigezogen. Um den Wandel und die Funktionen der Stadt im Übergang des Feudalismus zum Kapitalismus zu verstehen, wird auf die Theorie von Saunders, Marx und Weber eingegangen.

3.2.1 Die historische Entwicklung der Städte nach Henri Lefèbvre

Stadtsoziologische Betrachtungen kommen nicht ohne die Frage aus, was die Stadt überhaupt ist. Vielen mögen bei diesem Begriff unzählige Häuser, viele Strassen, Geschäfte, Parks, Plätze und grosse Menschenmassen vor dem inneren Auge sehen. Die Stadt, wie sie heute existiert, unterlag jedoch grossem Wandel und machte weitreichende Veränderungen durch.

Die allgemeine Vorstellung, Städte seien nach und nach aus Dörfern entstanden, welche sich vergrösserten mag zwar zunächst einleuchten. Jedoch zeigt Lefèbvre in seinem Buch „die Revolution der Städte“ gleich zu Beginn auf, dass vorrangig die Stadt Einfluss auf das Leben auf dem Lande nahm (Lefèbvre, 1972, S. 14). „Die Ansicht, aus der Urbanmachung des Landes, aus dem Dorf und der dörflichen Kultur sei allmählich ein städtisches Dasein erwachsen, ist ideologisch gefärbt. [...] Der Übergang vom Wildbeutertum zum Ackerbau vollzog sich erst unter dem (autoritären) Druck städtischer Zentren, die im allgemeinen von geschickten Eroberern benutzt wurden, die Beschützer, Ausbeuter und Unterdrücker, das heisst Verwalter, Gründer von Staaten oder staatsähnlichen Gebilden geworden waren“ (S. 14). Die Anfänge der Städte sieht Lefèbvre als die „politische Stadt“. Er setzte die politische Stadt auf seiner Darstellung der Raum-Zeit-Achse der Entwicklung der Städte als Anfangspunkt. Die Grafik in Abbildung 2 zeigt Lefèbvres Schema. Die politische Stadt wurde von Fürsten, Adligen, Priestern, Kriegsherren aber auch von Administratoren und Schreibern bewohnt. Sie war „ganz und gar Ordnung, Erlass, Macht“ (S. 14). „Die Stadt kommt mit einem autoritären Charakterzug in die Welt, den sie nie mehr verlieren wird“, resümiert Boeing (2015, S. 12). Zu dieser Zeit gehörten Handel und Gewerbe zwar zur politischen Stadt dazu, sie dienten jedoch grösstenteils als Mittel zum Zweck, um Kriege zu führen und „die zur Erhaltung der Macht erforderlichen Rohstoffe (Metalle, Leder usw.)“ zu beschaffen und zu verarbeiten (Lefèbvre, 1972, S. 15). Handwerkerinnen und Handwerker, also zukünftige Produzentinnen und Produzenten und Händlerinnen und Händler hatten in der politischen Stadt einen schweren Stand. Durch deren bewegliches Eigentum, allen voran dem Geld, hätten die Händlerinnen und Händler, sowie Handwerkerinnen und Handwerker

über eine gewisse Unabhängigkeit verfügt, was in Konkurrenz zum Besitz der Herrschenden und des Klerus stand (Boeing, 2015, S. 12). Nach Lefèbvres Analysen gelang es der Ware, dem Markt und dem Händlertum im europäischen Abendland erst gegen Ende des Mittelalters sich in der Stadt durchzusetzen. So sei es die „Handelsstadt“ gewesen, welche auf die politische Stadt gefolgt sei (Lefèbvre, 1972, S. 16). Händlerinnen und Händler, sowie Handwerkerinnen und Handwerker seien als Bürgerinnen und Bürger in die Städte integriert worden. Sie seien fortan in Konkurrenz zu Adel und Klerus gestanden. Dieser Wandel vollzog sich nach Lefèbvre in Westeuropa etwa im 19. Jahrhundert und markiert den kritischen Punkt, als die landwirtschaftliche Produktion gegenüber der Bedeutung von Handwerk, Industrie, Markt und des entstehenden Kapitalismus abnahm (Lefèbvre, 1968/2016, S. 111). Die industrielle Revolution des 18. Jahrhunderts habe den Streit zwischen Händlerinnen und Händlern, sowie Handwerkerinnen und Handwerkern und dem Adel und Klerus allerdings nachhaltig beeinflusst und führte zu einer immensen Verbesserung der Produktionsmitteln (Polanyi, 1978, S. 59). Die Produktion galt nach Polanyi zunächst noch als Anhängsel des Handels (S. 110). Dies änderte sich jedoch bald und die Produktion sei ausgeweitet und der Export als weitere Handelsmöglichkeit erschlossen worden. So schritt das Wachstum der Städte voran. Aus Händlerinnen und Händlern wurden Fabrikantinnen und Fabrikanten, aus der einfachen Landbevölkerung wurden Arbeitskräfte. Durch diese Entwicklung verstärkte sich auch die Landflucht (S. 110). Lefèbvre betonte aber, dass Städte nicht einfach grösser wurden, sondern auch ihren organisch gewachsenen Charakter verloren hätten. Der Handel sei nun zu einer städtischen Funktion geworden und habe somit auch die Struktur der Stadt verändert. Versammlungsplätze seien Marktplätzen gewichen. Neue Strassen, später Eisenbahnstrecken und Verkehrswege seien entstanden, um den Bedürfnissen von Handel und Produktion gerecht zu werden. Das organische Ganze, die Zugehörigkeit, die glanzvollen Bauwerke, das begeisternde Bild ging nach Lefèbvre verloren und wich der urbanen Realität (Lefèbvre, 1972, S. 10). Leben, Konsumieren und Produzieren seien in verschiedene Zonen eingeteilt worden, welche durch Verkehrswege verbunden wurden. So entstanden getrennte Bereiche, wie die konsumorientierte Innenstadt, Gewerbegebiete, Vorstädte und Agglomerationen. Die „Industriestadt“ entstand. Der Industriegesellschaft folgte so Lefèbvre die „kritische Zone“. Deren Umriss konnte er seiner Zeit jedoch nur erahnen. Der Grossteil der (Stadt-) Bevölkerung sei gezwungen seine Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten, für die wenigen Gewinnerinnen und Gewinner der Globalisierung seien Vergnügungspaläste und leere, cleane Luxuswohnviertel entstanden. Eine „Refeudalisierung der Gesellschaft ist im Gange, die sich auch in der Stadtentwicklung widerspiegelt“ (Boeing, 2016).

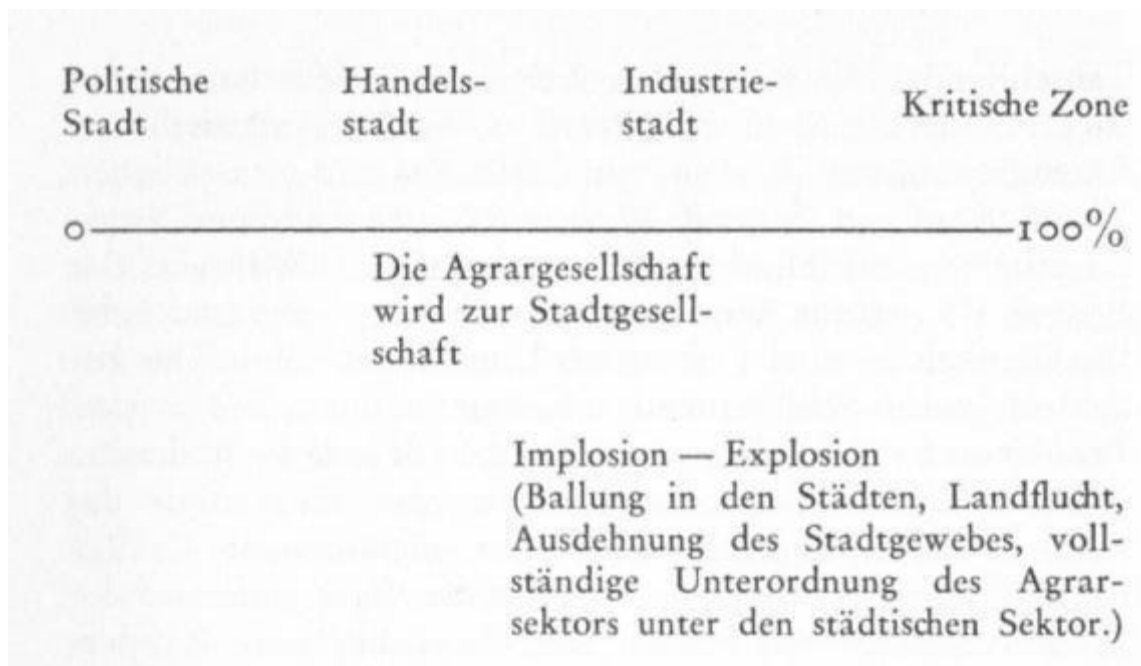


Abbildung 2. Darstellung der Raum-Zeit-Achse der Entwicklung von Städten nach Henri Lefèbvre. Nach Lefèbvre, 1972, S.22.

3.2.2 Funktionen und Wandel der Stadt im Kontext des Übergreifens von Feudalismus zum Kapitalismus

Die Stadtsoziologie von Weber, Marx und Engels bezieht sich wenig explizit auf die Stadt. Wie Saunders ausführte, ist in ihren Werken erkennbar, dass die zeitgenössisch-kapitalistische Stadt kein theoretisch eigenständiger Untersuchungsbegriff ist (Saunders, 1987, S. 22). Ihre Methoden sind jedoch für diese Arbeit relevant, um nachvollziehen zu können, weshalb die Stadt kein eigenständig zu untersuchendes Objekt ist.

Die historische Trennung von Stadt und Land war für Marx und Engels, wie Saunders beschreibt, der Ausdruck und die Basis der Arbeitsteilung. Diese Trennung sei für alle menschlichen Gesellschaften von der Antike bis zur Periode des modernen Kapitalismus kennzeichnend (S. 27). Marx beschrieb im „Kapital“, dass die Grundlage aller entwickelten und durch Warentausch vermittelten Teilung der Arbeit, die Scheidung von Stadt und Land sei (zitiert nach Saunders, 1987, S.27). Somit ergibt sich für Saunders, dass jede Analyse des Stadt-Land Gegensatzes auf einer Analyse der Produktionsweise die diese Trennung erzeugt und aufrechterhält, basiert (Saunders, 1987, S. 27). Die erste wirkliche Klassengesellschaft war für Marx, die des antiken Stadtstaates. Die Produktionsweise der römischen Gesellschaft war auf die Sklaverei aufgebaut gewesen. Die grossen Landbesitzer hätten in den Städten gelebt, die Produktionsweise sei aber weiterhin ländlich geblieben. Die klassische alte Geschichte sei Stadtgeschichte, die Städte seien aber auf Grundeigentum

und Agrikultur gegründet (zitiert nach Saunders, 1987, S. 27). Die Stadt sei zu dieser Zeit noch kein Ort der Produktionsweise gewesen. Die antiken Gesellschaften seien untergegangen, ohne neue Produktionsweisen zu erzeugen und neue Gesellschaften zu produzieren. Lefèbvre nannte als Grund dafür das geschlossene System, welche die antike Stadt bildete. Die inneren Kämpfe hätten sie nur von innen heraus zerstören können, ohne sie einer anderen praktischen Wirklichkeit zu öffnen (Lefèbvre, 1975, S. 31).

Wie Saunders beschreibt, bleibt bis zum Mittelalter die Geschichte der menschlichen Gesellschaften eine Geschichte des Landes (Saunders, 1987, S. 28). Erst in der Periode des Feudalismus hätte sich etwas zu ändern begonnen. Die moderne Geschichte sei die Verstädlichung des Landes und nicht wie in der Antike die Verländlichung der Stadt (zitiert nach Saunders, 1987, S.28). Als wichtiger Faktor für diese Verstädlichung des Landes nannte Marx, das Wachstum einer Händlerklasse. Die Handelsbeziehungen hätten sich zwischen den Gebieten ausgeweitet und dadurch sei die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Städten ausgebaut worden. Dies hätte auch das Wachstum der neuen Industrien angeregt (zitiert nach Saunders, 1987, S.28). Die entstehenden Produktionsverhältnisse in den Städten wurden jedoch durch das Zunftsysteem gehemmt, so Saunders (Saunders, 1987, S.28). Denn durch das Zunftsysteem sei der Zugang zu den Manufakturen eingeschränkt und die Bewegung der Arbeitskräfte reguliert worden. Die kapitalistische Manufaktur, die zu Beginn aus der Weberei bestanden hätte, sei so aus der Stadt herausgedrängt und vom Lande angezogen worden. Wo es nebst der Wasserkraft um die Maschinen anzutreiben auch die Arbeitskräfte um diese zu bedienen gegeben hätte. Das neue System der kapitalistischen Manufakturen, welches durch das Handelskapital der mittelalterlichen Städte ermöglicht worden sei, fasste auf dem Lande Fuss. Die grossen Städte der industriellen Revolution hätten sich um die Manufakturen auf dem Land herum entwickelt. Die hierarchischen Zwänge des Feudalismus und die körperschaftlichen Regelungen der mittelalterlichen Städte seien durch das Kapitalverhältnis ersetzt worden (Saunders, 1987, S. 28). In den Städten hätten sich neue gesellschaftliche Verhältnisse gebildet und auch in der Produktionsweise habe es einen Stadt/Land Unterschied gegeben. Dieser Gegensatz zwischen Stadt und Land würde durch die Einführung der kapitalistischen Produktionsweisen nicht überwunden werden (S. 29). Dieser Gegensatz wurde nach Engels, von der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft auf die Spitze getrieben (zitiert nach Saunders, 1987, S. 29).

Mit der Entwicklung des Kapitalismus veränderte sich auch die Bedeutung des Stadt-Land Gegensatzes. Wie Saunders beschreibt, liegt die Änderung der Bedeutung dieses Gegensatzes im Widerspruch innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Denn sei der Kapitalismus in einer Gesellschaft verankert, durchdringe er die gesamte gesellschaftliche

Produktion. Nach Saunders seien somit Stadt und Land nicht mehr das reale Subjekt der Analyse und des politischen Kampfes. Es könne nicht mehr gesagt werden in welchem Parameter der Kampf für den Sozialismus geführt werden müsse. Der Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie gehe über die Stadtgrenze hinaus, da die Arbeiterinnen und Arbeiter aus beiden Strukturen in das Kapitalverhältnis einbezogen würden (Saunders, 1987, S. 29). In der Stadtanalyse von Marx und Engels ging es also nicht um den Analysegegenstand „Stadt“ sondern um ihre kapitalistischen Prozesse. Lefèbvre schrieb, dass diese Enthüllung der kapitalistischen Prozesse im städtischen Kontext am klarsten möglich sei (Lefèbvre, 1975, S. 81).

Engels verdeutlichte in einem seiner früheren Werke, dass nicht die Stadt für die Armut und die Verkommenheit des Proletariats verantwortlich ist, sondern die kapitalistische Produktionsweise. Für ihn war eine Überwindung der Armut in der Stadt nur durch eine Veränderung der Gesellschaft als Ganzes möglich (Engels, 1972, S. 348). Die Stadt war für Marx und Engels jedoch nicht nur eine Widerspiegelung der kapitalistischen Logik. Denn sie sahen im Prozess der Verstädterung die notwendige Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus. Dies weil in der Stadt die vom Kapitalismus hervorgebrachte revolutionäre Klasse am besten in Erscheinung komme (S. 273). In der Stadt waren nach Marx und Engels die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung der Arbeiterklasse vorhanden, um die kapitalistischen Missstände zu beseitigen. Denn die ländlichen Lebensbedingungen mit den isolierten Wohnungen, der Stabilität der Umgebung und die Beschäftigung würden keine bewusste Klassenauseinandersetzung mit der Bourgeoisie ermöglichen (S. 478).

Auch Max Weber analysierte die Stadt im Kontext des Kapitalismus. Wie bereits für Marx, war für Weber die Stadt des Mittelalters bedeutsam für den Zerfall des Feudalismus und für die Entwicklung des Kapitalismus (Weber, 1976, S. 788). Nebst der ökonomischen Bedeutung, schrieb Weber der mittelalterlichen Stadt auch eine politische Bedeutung zu. Denn die ständigen Fehden innerhalb der Adelsklasse hätten zum Entstehen eines Berufsbeamtentums geführt. Eine Beamtenklasse mit rechtlich geschulten Gehilfen sei entstanden, die zu einer rationalen Kodifizierung des Rechtes und der Möglichkeit eines überörtlichen Systems juristischer Verwaltung geführt habe (S. 761). Weiter sei innerhalb der Städte die Macht des Adels infrage gestellt worden. In Italien zum Beispiel habe sich der „popolo“ entwickelt, welcher den Adel untergrub. So seien die Grundlagen für moderne demokratische Regierungsformen geschaffen worden. Die politischen Machtverhältnisse hätten sich von der militärisch begründeten Macht des Adels zur ökonomisch begründeten Macht der Unternehmensklasse in den Städten verlagert (S. 800).

Schlussfolgernd lässt sich sagen, dass mit der Entstehung des Kapitalismus auch der Einfluss der Wirtschaft zugenommen hat. Diese Entwicklung war massgeblich prägend für die Stadt, wie wir sie heute kennen.

3.3 Die Bedeutung des Kapitalismus für die heutige Stadt

Der Kapitalismus ist zum Leitprinzip unserer Gesellschaft geworden und beeinflusst auch Städte. In Kapitel 3.2.2 wurden auf die historischen stadtsoziologischen Betrachtungen hinsichtlich einer kapitalistisch orientierten Gesellschaftsstruktur der Stadt eingegangen. Im Folgenden soll nun geklärt werden, welche Auswirkungen und Folgen der Kapitalismus in der heutigen Zeit auf die Stadt hat.

Nicht nur die Stadt veränderte sich unter dem Wandel zum kapitalistischen System, sondern auch seine Bewohnerinnen und Bewohner. Sie seien zum einen Konsumentinnen und Konsumenten, zugleich würden sie die Stadt selbst als vermarktbares Produkt mitproduzieren (Boeing, 2015, S. 16). Sie würden der Stadt in ihrem einfachen Alltagsleben ein Gesicht geben, organisieren Quartierfeste und Events, welche den Charakter einer Stadt prägen und Besucherinnen und Besucher anlocken würden (S. 16). Die Stadt wird zum Produkt umgestaltet und unterliegt, wie alles Andere dem Konkurrenzdruck. So verfügt heutzutage fast jede Stadt oder Gemeinde über eine Abteilung für Stadtmarketing, welche viel Zeit und Ressourcen in das Auftreten und die Vermarktung einer Stadt investiert. In der Stadt Thun beispielsweise sind sechs Personen in der Abteilung Stadtmarketing und Kommunikation angestellt, welche die Vorzüge der Stadt herausstreichen sollen, Events zur Stadtförderung organisieren, die Attraktivität als Firmenstandort anpreisen und den Tourismus zu fördern versuchen. Hauptaufgabe ist somit „das positive Image und die Attraktivität der Stadt Thun zu stärken“ (Stadtverwaltung Thun, n.d. a). Der Begriff der „unternehmerischen Stadt“ wurde Ende der 1980er Jahre von dem Geographen David Harvey geprägt. Harvey beschreibt damit die Verschiebung von sozialstaatlicher Verwaltung hin zum betriebswirtschaftlichen Management einer Stadt. Die Stadtpolitik sei bemüht ein gutes Geschäftsklima für Unternehmen herzustellen und die Städte selbst würden zunehmend wie Unternehmen geführt. Dies hat nach Harvey zur Folge, dass Bereiche, welche dem Markt bisher entzogen waren für private Unternehmen geöffnet werden. So zum Beispiel im Bereich der städtischen Infrastruktur. Zum anderen orientiere sich die Stadtpolitik eher an den Interessen der Mittel- und Oberschicht und derjenigen der Unternehmen, anstelle eines sozialstaatlichen Gleichgewichts (Harvey, 1989, S. 3-17). Es komme zu einer Annäherung und Verschmelzung von privatwirtschaftlichen und staatlichen Zielen, während soziale und regulative Eingriffe abnehmen (S. 17).

Die neoliberale Stadt ist nach Boeing die kritische Zone, welche bei Lefèbvre nur zu erahnen war und sich erst in letzter Zeit immer klarer abgezeichnet hätte. Die Stadt gleiche einem Mosaik im Immobilienmarkt. Mal werde eine Industriebrache mit Luxusapartments neu bebaut, andernorts städtische Gebäude in Shoppinghallen verwandelt oder alteingesessene Quartierbewohnerinnen und -bewohner aus ihren Vierteln verdrängt, um dort hippe neue und teurere Wohnquartiere zu platzieren. Die Inwertsetzung der Stadt habe viele Gesichter und rücke unaufhaltsam voran (Boeing, 2015, S. 21).

Spoo bezeichnet die grösseren Städte als bedeutenden Teil der Produktionskette. So sei sie beispielsweise für die Forschung und Entwicklung, den Vertrieb und das Design relevant. Die Konkurrenz zwischen den Städten innerhalb des kapitalistischen Zentrums nehme zu, da diese Bereiche oft schon in einem hohen Grad rationalisiert und deswegen nicht auf bestimmte Produkte angewiesen seien. Sie würden auch keine umfangreichen Beschäftigungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung in einer Stadt bieten. Dadurch, dass die Kapitalstruktur besonders im Norden eine Tendenz zur Deindustrialisierung aufzeige, verändere sich auch die Einkommensstruktur. Gut bezahlte Arbeitsplätze würden sich in kapitalistischen Städten eher im Bereich der Forschung und Entwicklung befinden. Arbeiterinnen und Arbeiter ohne höheren Ausbildungsabschluss würden arbeitslos oder seien auf Arbeitsstellen im Niedriglohnsektor angewiesen (Spoo, n.d.). Das führt dazu, dass die Stadt besonders für professionalisierte Fachkräfte interessant ist und Arbeitsplätze bietet. Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem geringeren Bildungsstand werden verdrängt und ausgegrenzt.

Das Image einer Stadt soll durch unterschiedliche Einkommens- und Lebensverhältnisse, welche unweigerlich in einer Stadt existieren, nicht beschädigt werden. So werden teils Bettelverbote ausgesprochen oder Randgruppen werden mit Reglementierungen aus den Innenstädten und Zentren verdrängt. Solche Verdrängungs- und Segregationsprozesse werden schliesslich mit der Gentrifizierung von Stadtteilen noch verstärkt. Nachfolgend werden einige Folgen und Herausforderungen geschildert, welche die kapitalistisch orientierte Stadt prägen.

3.3.1 Armut und Ausgrenzung als Folgen des kapitalistischen Systems in Städten

In der Stadt treffen verschiedenste Menschen mit den verschiedensten Lebensstilen und ökonomischen Möglichkeiten aufeinander. So hätten es Städte auch mit einer zunehmenden Armutsbevölkerung zu tun (Baum, 2018, S. 74). Prekäre Lebensverhältnisse sind keine Seltenheit. Die Menschen in prekären Lebensverhältnissen arbeiten zwar, jedoch reicht ihr Einkommen nicht aus und sie bleiben auf sozialstaatliche Unterstützung angewiesen. Zudem

existieren Bevölkerungsgruppen, welche durch die sozialen Netze gefallen sind und auch keine Transferleistungen beziehen. Nach Baum werden gerade in der Stadt die strukturelle Spaltung zwischen der wohlhabenden Bevölkerungsschicht und Armutsbetroffenen deutlich, da sie auf engstem Raum konzentriert werden. Zwar würden Transferleistungen einem beträchtlichen Teil der städtischen Wohnbevölkerung die Lebensgrundlage und eine begrenzte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern. Die Teilhabe in der Gruppe, derer die am Wohlstand wirklich teilhaben und den urbanen Lebensstil prägen, gelinge jedoch oftmals nicht (Baum, 2018, S. 74). Die Armut werde in der Stadt zum einen in der sozialräumlichen Konzentration in segregierten Quartieren, aber auch in den Innenstädten beispielsweise durch Bettelnde oder Obdachlose sichtbar. Armut führe zum Ausschluss von einer städtischen Lebensweise. Denn diese sei durch Konsum und den Zugang zu typischen Einrichtungen und den öffentlichen Raum geprägt (S. 53). Die Innenstadt nehme eine spezifische Bedeutung der Stadt ein. Ihr werde eine Form der Repräsentation und Qualität des urbanen Lebensstils zugewiesen. Dies trage zur Ausgrenzung derer bei, die den Ansprüchen und Formen der Repräsentation nicht genügen würden (S. 53). In der Stadt konzentrieren sich Menschen, die den herrschenden Normen und Integrationserwartungen nicht entsprechen oder nicht entsprechen können. Trotz der Pluralität von Lebensstilen seien zum Beispiel Wohnungslose, Suchtabhängige oder weitere Gruppen mit abweichendem Verhalten nicht in der Lage, sich einen Lebensstil anzueignen, welcher in der Stadt Akzeptanz findet. Sie werden aber trotzdem nicht aus der Stadt vertrieben, sondern wie es Baum treffend formuliert „am Rande zur Desintegration integriert“ (S. 53). So leben sie zwar in der Stadt, haben aber keine Möglichkeit zur sozialen Teilhabe und Integration.

3.3.2 Sozialräumliche Struktur einer Stadt

In Städten lässt sich oftmals trotz hoher Heterogenität eine Entmischung und räumliche Aufteilung der Bevölkerung beobachten. Dieser Vorgang der Segregation wird als "isolierte, abgesonderte Lebensweise von Bevölkerungsteilen [...] bestimmter ethnischer oder nationaler Herkunft" definiert (Hillmann, 2007, S. 781), wobei auch soziokulturelle Merkmale der Bevölkerungsgruppe eine Rolle spielen können. Segregation sei ein gesellschaftlich geprägter Prozess, welcher zu einer disproportionalen Verteilung der Bevölkerungsgruppen über die städtischen Teilgebiete führe (Baum, 2018, S. 147). Dieser Prozess bilde die soziale Ungleichheit einer Gesellschaft auf sozialräumliche Weise ab. Die These der Abbildung der sozialen Ungleichheit in der sozialräumlichen Verteilung der Bevölkerung sei ein Zentrales Thema der Analysen und Ansätzen der Chicagoer Schule in den 1920er Jahren gewesen (S. 147). Bereits damals bestand die These, dass ein Zusammenhang zwischen räumlicher und sozialer Distanz besteht. Burgess beschrieb in seinem Modell der Stadt, dass nicht unbedingt räumliche Distanz zwischen unterschiedlichen Quartieren gegeben sein muss,

sondern es durchaus möglich ist, dass benachteiligte Quartiere in direkter Nähe zu privilegierten liegen können (zitiert nach Friedrichs, 1977, S. 101 - 104). Die sozialräumliche Segregation müsse auch nicht zwingend mit einer räumlichen Distanz zur Kernstadt einhergehen. Es handle sich oftmals eher um eine mentale und soziale Distanz, welche auch bei einer räumlichen Nähe auftreten könne (S. 148). Oft wird versucht der Segregation mit der Aufwertung eines Stadtteils zu begegnen. Das betreffende Quartier soll attraktiver, besser, schöner und der Unterschied zwischen den Quartieren behoben werden. Aufwertungs- und Gentrifizierungsprozesse gehen aber meist mit einer Teuerung der Mietpreise einher und so werden angestammte Bewohnerinnen und Bewohner verdrängt und konzentrieren sich abermals in unattraktiveren Quartieren. Der Prozess der Gentrifizierung wird im Kapitel 3.3.3 erläutert.

Die Stadt ist in der Gründungsphase nach Rex und Moore in drei verschiedene Gruppen an verschiedenen Standorten eingeteilt worden, welche je nach Besitzstand segregiert werden und ihren eigenen gemeinschaftlichen Lebensstil entwickeln. Eine dieser Gruppen stamme aus der oberen Mittelklasse, welche in relativ grossen Häusern wohne. Sie sei in der Nähe von Kultur- und Geschäftszentren und fern von Fabriken angesiedelt. Die nächste Gruppe bestehe aus der Arbeiterklasse, die in kleinen Reihenhäusern eingemietet sei. Diese Gruppe habe ein ausgeprägtes Kollektivbewusstsein, da sie alle die Erfahrung der wirtschaftlichen Not teilen würden. Die dritte Gruppe bestehe aus der Mittelklasse. Sie wohne in Miethäusern und strebe die Lebensweise der bürgerlichen Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern an (Rex & Moore, 1967, S. 8). Die Ausdehnung des zentralen Geschäftsviertels und das weitverbreitete Streben nach dem Lebensstil der Mittelklasse haben nach Rex und Moore zur Folge, dass eine Migration in die Aussenbezirke stattfindet (S. 9). Wie Saunders ausführt, werden die Häuser in der Innenstadt vom Hauptgeschäftsviertel vereinnahmt und die ehemaligen Häuser der Mittelklasse aufgekauft und als Pensionen untervermietet (Saunders, 1987, S. 114).

Die Stadt hat nach der Theorie von Rex und Moore bis zu einem gewissen Grad ein einheitliches Status-Wert-System (Rex & Moore, 1967, S. 9). Denn wie bereits oben erwähnt, sei es ein Wunsch der gesamten Bevölkerungsgruppe in eine Wohnung der Vororte zu ziehen. Da dies jedoch nicht möglich sei, werde die Wohnung in einem Vorort zu knappem Gut. Pahl geht davon aus, dass die Stadt eine Quelle neuer Ungleichheiten ist. Sie geht nach ihm über die Ungleichheiten der Arbeitswelt, also der Löhne, hinaus. Die Lebenschancen würden gleichermassen durch dessen Teilhabe an direkten und indirekten Einkommensmöglichkeiten beeinflusst (Pahl, 1970, S. 53).

3.3.3 Gentrifizierung

Gentrifizierung bezeichnet den Veränderungsprozess in einer Stadt. Nach Häussermann, Läßle und Siebel beinhaltet dieser Prozess die bauliche Aufwertung eines Quartiers. Die sozialen Veränderungen würden aus der Verdrängung von statusniedrigen sozialen Schichten durch höhere resultieren (Häussermann, Läßle & Siebel, 2008, S. 242.). Diese Aufwertung von Quartieren hat zur Folge, dass Wohnungsmieten teurer werden und sich so die statusniedrigen sozialen Schichten eine Wohnung in einem aufgewerteten Quartier nicht mehr leisten können. Die Menschen mit niedrigem Einkommen werden oftmals in unansehnliche Gegenden vertrieben. Nach Pfreundschuh werden diese sozialen Gegensätze wesentlich durch Mietpreise bestimmt, bringen aber ausgeprägte Konsequenzen für die Kultur im betroffenen Stadtteil mit sich. Die Verdrängung werde von den Stadt- und Gemeinderäten hingenommen, weil die aufgewerteten Bezirke mehr Geld in die von Schulden belastete Stadtkasse bringen würden (Pfreundschuh, n.d.).

Nicht nur die räumlichen Strukturen sind durch diese Verdrängung von sozial schwächeren Schichten betroffen. Sie hat auch eine negative Auswirkung auf den öffentlichen Raum und das Zusammenleben. Pfreundschuh führt aus, dass beispielsweise die neuen Bewohnerinnen und Bewohner der aufgewerteten Viertel in bestimmten Szene-Lokalen verkehren und dass diese die alten Quartierkneipen ersetzen. Dies treibe die Preise für die Konsumation in die Höhe (Pfreundschuh, n.d.). Auch nach Baum ist die Gentrifizierung ein ambivalenter Prozess. Durch die Aufwertung bestimmter Stadtteile würden zunächst besser Bedingungen in diesen Quartieren geschaffen. Jedoch habe Gentrifizierung immer die Verdrängung der angestammten Bevölkerung zur Folge, was die Stadt meist nicht unmittelbar steuern oder auffangen könne. Während der Gentrifizierung verfüge nicht die Stadt bzw. die Politik die Steuerungshoheit, sondern die Marktlogik (Baum, 2018, S. 76).

Engels charakterisierte die Stadt als eine Brutstätte der kapitalistischen Widersprüche (Engels, 1972, S. 348). Er betrachtete die Frage des Städtischen in seinem Werk „Wohnungsfrage aus kapitalismuskritischer Perspektive“. Er legte dar, dass die Wohnungsnot der Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie eines Teils des Kleinbürgertums, einer der zahllosen kleinen, sekundären Missständen ist, die aus der heutigen, kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen (Engels, 1973, S.214). Für ihn gab es keine Lösungsmöglichkeiten innerhalb des kapitalistischen Systems, die Wohnungsnot und Armut zu überwinden. Eine Aufwertung oder Sanierung eines Stadtteils würde lediglich dazu führen, dass die Ghettos oder Brennpunkte einer Stadt sich an einen anderen Ort verschieben (S. 263).

3.4 Habermas' Theorie der deliberativen Politik

Habermas beschäftigt sich intensiv mit der Ausgestaltung von Machtverhältnissen und demokratischen Prozessen. Er entwickelte die Theorie des kommunikativen Handelns und leitete davon ab, wie Entscheidungen aus seiner Sicht getroffen werden sollen und die Politik sich Legitimation verschaffen kann. Seine Theorien beziehen sich nicht direkt auf die Stadt, lassen sich jedoch darauf anwenden.

3.4.1 Die Theorie des kommunikativen Handelns

Die Theorie der deliberativen Politik ist eine Anwendung der Theorie des kommunikativen Handelns im Bereich der Politik und des Rechts. Die Theorie des kommunikativen Handelns besagt, dass die sprachliche Verständigung als Mittel zur Handlungskoordination diene. Die Beteiligten würden ihr Handeln an normativen Geltungsansprüchen orientieren und somit für den Aufbau und die Erhaltung sozialer Ordnung sorgen (Habermas, 1992, S. 33). Anhand der Kommunikation über Sprache würden sich die Beteiligten im Diskurs über eine Einigung gemeinsamer Situationsdeutung verständigen, welche im Idealfall von allseitig akzeptierten Geltungsansprüchen getragen werde. Ein so gefundener intersubjektiver Konsens könne dann zu einer sinnvollen Handlungskoordination in der Gesellschaft führen. Das Mittel der Sprache sei dabei die Grundlage für kommunikatives Handeln und somit auch für eine Handlungskoordination (S. 18).

Habermas bemerkt, dass eine Integration der Gesellschaft auf der Basis von Verständigungsprozessen, die zu einem intersubjektiven Konsens führen soll, fragil ist. Eine Dissensäußerung sei jederzeit möglich und könne den Konsens bedrohen (S. 23). Nach Habermas gibt es jedoch drei Hemmfaktoren, welche die Dissensäußerung einschränken können. So könne erklärt werden, warum unter Bedingungen einer derart instabilen Vergesellschaftung soziale Integration überhaupt zustande komme (S. 37). Die drei Hemmfaktoren seien die Lebenswelt, ursprüngliche Institutionen und das moderne Recht.

3.4.2 Die zunehmende Komplexität der Gesellschaft und das moderne Recht

Die Lebenswelt biete die Möglichkeit zur gewaltlosen Stabilisierung von Verhaltenserwartungen (Habermas, 1992, S. 38). Habermas sieht die Lebenswelt als Hintergrundkonsens, welcher aus gemeinsamen Überzeugungen besteht. Durch immer neue Lebenserfahrungen, welche integriert werden müssen und ein Dissensrisiko darstellen, sei Hintergrundwissen über gemeinsame unproblematische Überzeugungen notwendig. Dieses speise sich aus dem „immer schon Vertrauten“ (S. 38). Dieses Hintergrundwissen beinhalte Deutungsmuster, Loyalitäten und Fertigkeiten und diene so als Quelle von

Interpretationsleistungen (S. 38). Dieses Wissen werde unbewusst gebraucht. Eine weitere Art der Stabilisierung von Verhaltenserwartungen würden die ursprünglichen Institutionen darstellen. Ursprüngliche Institutionen sind nach Habermas ein Bestandteil der Lebenswelt und verfestigen kognitive und normative Erwartungen zu einem werteorientierten Überzeugungskomplex (S. 40). Sie würden eine bindende aber auch eine zwingende Wirkung erzeugen.

Durch die Lebenswelt und die ursprünglichen Institutionen werde eine Dissensäußerung gehemmt oder verhindert. Im Zuge der Modernisierung und der sozialen Weiterentwicklung der Gesellschaft komme es zu einer verstärkten sozialen Differenzierung und damit zu einer erhöhten Komplexität (S. 42). Diese zunehmende Komplexität wirke sich sowohl auf die Lebenswelt als auch auf die ursprünglichen Institutionen aus. Durch die Pluralisierung von Lebensformen würden gemeinsame Hintergrundkonsense schrumpfen und zuvor fest verankerte Überzeugungskomplexe zerfallen. Für die ursprünglichen Institutionen habe die zunehmende Komplexität einen Autoritätsverlust zur Folge. Das Risiko von Dissensäußerungen werde grösser und es entstehe ein erhöhter Bedarf nach einem weiteren Hemmfaktor, welcher Dissens verhindern kann. Hier setzt Habermas auf das moderne Recht als Hemmfaktor, um die fehlende Integrationskapazität wieder herzustellen (S. 42).

3.4.3 Das Recht und das Ideal der Selbstgesetzgebung

Das moderne Recht muss nach Habermas, um seine Funktion zur Unterstützung der gesellschaftlichen Integration zu erfüllen, gewissen Anforderungen entsprechen. So müsse das positive Recht legitim sein (zitiert nach König, 2012, S. 10.). Hier verweist Habermas auf den Doppelcharakter des modernen Rechts: Faktizität und Geltung. Die Tatsache, dass ein Recht existiert (Faktizität) spreche ihm nicht automatisch Legitimation (Geltung) zu. Das Recht fungiere als Dissenshemmer, indem es kommunikatives Handeln zum einen einschränke. Das geltende Recht erzwingt Gehorsam und könne durch Sanktionen eine Regelbefolgung durchsetzen (Habermas, 1992, S. 46). Zum anderen unterstütze modernes Recht kommunikatives Handeln, indem es gerade dadurch entstehe und es durch seine Geltungsbedürftigkeit einer kritischen Überprüfung der normativen Geltungsansprüche bedürfe (S. 47). Moderne Rechtsnormen könnten nur dann ihre Integrationsfunktion wahrnehmen, wenn diese Faktizität und Geltung aufweisen würden. Durch Zwang würde Folgebereitschaft und durch legitime Geltung Einsicht bewirkt werden (König, 2012, S. 11). Durch diese Ausführungen lässt sich verstehen, warum Habermas das Ideal in einer Selbstgesetzgebung sieht. Der Legitimitätsanspruch des Rechts entsteht erst durch das

kommunikative Handeln. Dieses sieht einen Konsens über Rechtsnormen vor. Dadurch haben die Beteiligten Einsicht und sind auch gewillt, diese Normen einzuhalten.

Die autonome Selbstbestimmung von Rechtsnormen in einer Gemeinschaft ist somit Grundidee der Theorie der Selbstgesetzgebung von Habermas. Er stellt sich „eine Assoziation freier und gleicher Bürger, die Regeln ihres Zusammenlebens selber bestimmt“ (Habermas, 1992, S. 24) vor. Die Institutionalisierung und die Sicherung des Verfahrens sah Habermas im Rechtsstaat. Dieser solle „ein System von Rechten in Kraft setzen, das in der jeweils wahrgenommenen Konstellation von Umständen die politische Autonomie der Staatsbürger durch die Institutionalisierung einer unparteilichen Meinungs- und Willensbildung gewährleisten“ sollte (S. 413). Im Zusammenhang von Rechtsstaat und Willensbildung macht Habermas weiter die Unterscheidung zwischen kommunikativer und administrativer Macht. Kommunikative Macht sei die Macht, die tatsächlich vom Volk ausgehe (König, 2012, S. 13). Es sei ein dynamisches aber vor allem symmetrisches Phänomen zwischen den Menschen. Die administrative Macht hingegen gehe vom Staat und seinen Institutionen aus und sei Befehls-, Sanktions-, Organisations- und Exekutivmacht (S. 13). Kommunikative Macht entsteht nach Habermas erst unter der Voraussetzung bestimmter Rechte, welche durch die administrative Macht gewährleistet werden. Hierzu zählen die Grundrechte (Habermas, 1992, S. 155). Durch Verständigungs- und Willensbildungsprozesse in Diskursen würden sich viele Menschen öffentlich einigen und es entstehe der Wille des Volkes (S. 182), also kommunikative Macht. Im Zuge der kommunikativen Macht bringt Habermas zwei Prinzipien ein, welche beachtet werden müssen: Das Diskurs- und das Demokratieprinzip. Ersteres besagt, dass im Diskurs gefundene Handlungsnormen nur diejenigen sein können, welchen „alle möglicherweise Betroffenen Teilnehmer an rationalen Diskursen zustimmen könnten“ (S. 138). Letzteres lautet, dass nur diejenigen Gesetze Geltung beanspruchen dürfen, „[...] die in einem ihrerseits rechtlich verfassten diskursiven Rechtssetzungsprozess die Zustimmung aller Rechtsgenossen finden können“ (S. 141). Somit solle garantiert werden, dass alle von den Beschlüssen Betroffenen die gleiche Chance auf Zugang und Mitbestimmung hätten, Jeder und Jede solle Themen einbringen können und frei von Zwängen sein (S. 141).

3.4.4 Kontrolle und Steuerung von administrativer und ökonomischer Macht

Habermas sieht die kommunikative Macht als unverzichtbare Basis, räumte aber ein, dass diese alleine nicht genügt. Einige Bereiche der Gesellschaft müssten durch Systeme geregelt werden, somit durch administrative Macht. Diese gehöre jedoch durch die kommunikative Macht effektiv gesteuert (König, 2012, S. 17). Bei diesen Regelsystemen handle es sich um das administrative System mit dem Steuerungsmedium administrativer

Macht und um das ökonomische System mit dem Steuerungsmedium Geld. Daraus ergeben sich einige Herausforderungen. Ökonomie und Administration drohen sich laut Habermas zu verselbstständigen und sich der Kontrolle zu entziehen. Oft genug verleihe „das Recht der illegitimen Macht nur den Anschein von Legitimität. Auf den ersten Blick ist ihm nicht anzusehen, ob die rechtlichen Integrationsleistungen von der Zustimmung der assoziierten Staatsbürger getragen werden oder ob sie aus staatlicher Selbstprogrammierung und gesellschaftsstruktureller Gewalt resultieren, und ihrerseits, gestützt auf dieses materielle Substrat, die erforderliche Massenloyalität selbst erzeugen“ (Habermas, 1992, S. 59). So kann die Selbstbestimmung zu Heuchelei zerfallen, wenn zwar eine Meinungsbildung stattfindet, diese jedoch ignoriert oder verdreht wird. Für dieses Problem sieht Habermas die idealistische Lösung der Kontrolle durch den Rechtsstaat. Er formuliert die Forderung an den Rechtsstaat „das über den Machtkodex gesteuerte administrative System an die rechtsetzende kommunikative Macht zu binden und von den Einwirkungen sozialer Macht, also faktischen Durchsetzungskraft privilegierter Interessen fernzuhalten“ (S. 187).

3.4.5 Der Machtkreislauf und Gegenkreislauf

Habermas nutzt das Zentrum-Peripherie-Modell des politischen Systems von Peters um sein Modell der deliberativen Politik in der Realität zu beschreiben. Demnach teilte sich das politische System in ein Zentrum, welches Verwaltung, Regierung und Parlament beinhalte und weiter in die Peripherie, wobei es sich um die Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit handle (Habermas, 1992, S. 429). Die Legitimation der Entscheidungen im Zentrum sei in diesem Modell von den Meinungs- und Willensbildungsprozessen in der Peripherie abhängig. So der legitime, offizielle Machtkreislauf. Im Alltag werde dieser Machtkreislauf nun jedoch oftmals von einem Gegenkreislauf abgelöst, welcher Entscheidungen des Zentrums an der Peripherie vorbei lenke (König, 2012, S. 20). Dies könne durch die Selbstprogrammierung der Verwaltung oder durch Eindringen mächtiger ökonomischer Interessen in den Gesetzgebungsprozess verursacht werden. In diesen Fällen würde zwar auch von der Gesetzesform Gebrauch gemacht, „aber die eigentliche Legitimation durch kommunikative Macht umgangen“ (S. 20). Habermas sieht ein, dass sich der Gegenkreislauf im politischen Alltag längst gegen den offiziellen Machtkreislauf durchgesetzt hat. Hierbei sah er jedoch kein Problem. Der Gegenkreislauf könne auch als Entlastung der Bevölkerung gesehen werden (S. 21). Als Schutzmechanismus der kommunikativen Macht solle der offizielle Machtkreislauf jederzeit gegen den Gegenkreislauf ausgewechselt werden können, um Kritik oder Fragen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Die getroffenen Entscheidungen sollten gegebenenfalls nochmals überdacht oder rückgängig gemacht werden können. So solle die „illegitime Verselbständigung von administrativer und sozialer Macht gegenüber der demokratisch erzeugten kommunikativen Macht“ (Habermas, 1992, S. 434) verhindert

werden. Dies indem die Peripherie fähig sei und die Möglichkeit habe, latente gesellschaftliche Integrationsprobleme „aufzuspüren, zu identifizieren, wirksam zu thematisieren und über die Schleusen des parlamentarischen Komplexes [...] in das politische System einzuführen, so dass dessen Routinemodus gestört wird“ (S. 434). Legitimationsglaube kann also auch durch Täuschung zustande kommen. Deshalb verlangt Legitimation den Rückgriff auf Normen und verallgemeinerbaren Interessen, welches durch kommunikatives Handeln entsteht.

3.4.6 Anwendung der theoretischen Betrachtungen Habermas` auf die Stadt

Stellt man sich den legitimen Machtkreislauf von Habermas bezogen auf die Stadtplanung vor, so ginge der primär von der Peripherie, von der Bevölkerung, aus. Ein grober Ablauf könnte in etwa so aussehen: Die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt oder eines Quartiers stellen einen Bedarf in einem gewissen Gebiet fest. Sie überlegen gemeinschaftlich in einem kommunikativen Diskurs, wie das Gebiet gestaltet werden soll und finden einen Konsens. Da dieser von der Bevölkerung getragen wird, ist er als legitim anzusehen. Das Vorhaben kann im Anschluss an das Zentrum, also die Regierung herangetragen werden. Falls nötig, werden dort die Änderungen der entsprechenden Pläne und Reglemente gefordert. Wurde dies verwirklicht, kann das Vorhaben in die Realität umgesetzt werden.

Nach Habermas ist jedoch nicht der offizielle Machtkreislauf, sondern der Gegenkreislauf geläufiger (zitiert nach König, 2012, S. 20). Auch in der Stadtplanung gehen die Planung und ein Grossteil der Entscheidungsgewalt vom Zentrum aus. Im Folgenden wird darauf eingegangen, wie der Planungsprozess in der Ortsplanung und somit auch der Stadtplanung aufgebaut ist. Eine Überbauung eines grösseren Areals bringt meist eine Änderung von bestehenden Zonenplänen und Vorschriften mit sich. Zu Beginn wird von der Gemeinde eine Planungsnotwendigkeit festgestellt. Die Gemeinde erkennt eine Planungsaufgabe in einem Ortsteil, welcher neu bebaut oder umgestaltet werden soll. Dabei gilt es Ziele zu formulieren, welche auf dem Gebiet umgesetzt werden sollen. Anschliessend wird ein Planungsauftrag erteilt, oder wie im Falle des Selve-Areals, ein Ideenwettbewerb veranstaltet, um verschiedenen Gestaltungsvorschläge zu vergleichen. In der Planung sollten entsprechend den Empfehlungen des Kantons bei raumwirksamen Entscheiden sowohl die Auswirkungen auf den Raum als auch die betroffenen Interessen ermittelt, beurteilt und möglichst umfassend berücksichtigt werden (Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern, 2002, S. 22). In einem Bericht werden anschliessend Ergebnisse der Planung oder des Planungswettbewerbs festgehalten.

Resultate aus der vorangehenden Planung haben eine grössere Chance umgesetzt zu werden, wenn sie von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werden. Deshalb werden die Betroffenen über das Vorhaben informiert (S. 23). Durch eine öffentliche Mitwirkung soll die Bevölkerung die Gelegenheit erhalten ihre Wünsche und Vorstellung einzubringen und das Projekt zu beurteilen. In welchem Umfang die Bevölkerung einbezogen werden sollte, hänge vom Grad des öffentlichen Interesses an einer Planung ab. So sei es Sache der Gemeinde zu entscheiden, wann und in welchem Umfang die Bevölkerung über die Planung informiert werde und inwiefern Rückmeldungen einbezogen würden. Empfohlen wird jedoch, dies frühzeitig und ausreichend zu tun, um spätere Einsprachen zu reduzieren (S. 23). Die Ergebnisse der Mitwirkung seien in den weiteren Planungsarbeiten zu berücksichtigen. Ist die Planung abgeschlossen, wird diese zur Vorprüfung eingereicht. Planungen sind zu publizieren und öffentlich aufzulegen. Während dieser Auflage können von Privatpersonen, Vereinen oder sonstigen Organisationen Einsprachen erhoben werden, wenn diese mit der Planung nicht einverstanden sind (S. 23). Die anschliessende Beschlussfassung erfolgt je nach Einwohnergrösse entweder durch die Stimmberechtigten, durch den Gemeinderat oder durch das Gemeindeparlament (S. 26). Werden danach noch relevante Änderungen an der Planung vorgenommen, so bedarf es einer erneuten öffentlichen Auflage. Sind die Planungsprozesse abgeschlossen, kann die Realisierung des Bauvorhabens in Angriff genommen werden.

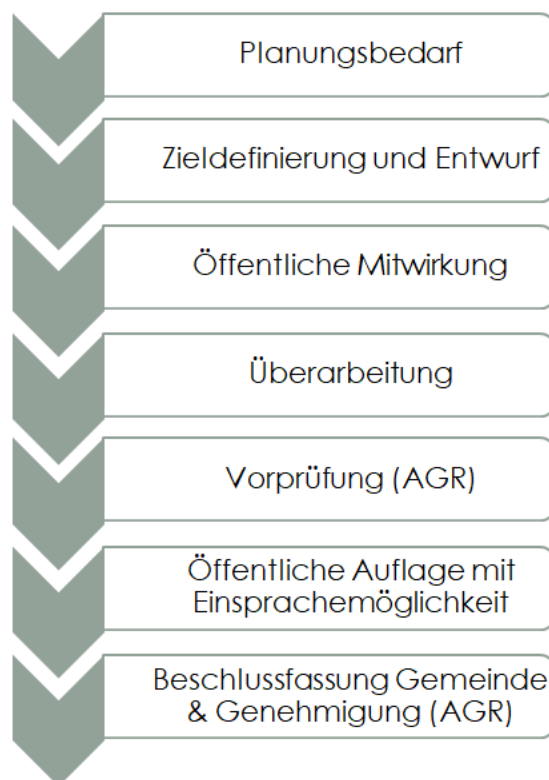


Abbildung 3. Übersicht über das Planungsverfahren

Das Mitwirkungsverfahren und die Einsprachemöglichkeit gelten hier besonders der Einflussnahme der Interessengruppe der Bürgerinnen und Bürger. Der Ablauf dieses Verfahrens im Selve-Areal wird in Kapitel 4.6.1 dargelegt. Die einzelnen Schritte werden erläutert und es wird aufgezeigt, welche Möglichkeiten diese eröffnen aber auch besonders welche Grenzen dem öffentlichen Mitwirkungsverfahren gesetzt sind.

3.5 Modell der Gewalt nach Habermas

Habermas prägt den Begriff der „Kolonialisierung der Lebenswelt“. Damit meinte er, dass in der Moderne immer mehr ökonomische und administrative Zwänge von Wirtschafts- und Staatssystemen von aussen in die Lebenswelt der Menschen eindringen und diese beeinflussen. Die Systeme und Subsysteme von Ökonomie und politischer Administration würden eine „unaufhaltsame Eigendynamik“ entwickeln, welche destruktiv auf die Lebenswelt einwirkt würde (Habermas, 1981/2009, S. 521). Wie im vorangegangenen Kapitel 3.4.4 bereits erläutert wurde, werden die offiziellen Machtprozesse durch ökonomische Einflussnahme und die Verselbstständigung der administrativen Verwaltung unterwandert. Zwar sieht Habermas diese Vorgänge durch die (falls notwendige) Einflussnahme der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft kontrolliert. Dass nicht trotzdem an der Peripherie vorbei regiert wird, lässt sich jedoch am Beispiel des Selve-Areals bezweifeln. Habermas identifizierte drei Interessengruppen, welche sich in politischen Entscheidungsprozessen versuchen durchzusetzen. Diese sind die Wirtschaft, die Politik, vertreten durch die Regierung und die Bevölkerung (Habermas, 1985, S. 158-159).

Die Zunahme an Komplexität des gesellschaftlichen Systems und deren Organisationsstruktur verlangt nach einer stetigen Umgestaltung und Veränderung der Steuerungsmechanismen. Habermas identifiziert drei Ressourcen, welche Steuerungsleistungen erbringen können: Geld, Macht und Solidarität (Habermas, 1985, S. 158). Geld sei der Wirtschaft als Steuerungsressource zuzuordnen, Macht der Politik und die Solidarität der Bevölkerung. Die drei Ressourcen seien jedoch in einen neuen Bezug zueinander zu setzen, um so eine neue Balance zu finden und deren Einflussmöglichkeiten neu auszuloten. „Die sozialintegrative Gewalt der Solidarität müsste sich gegen die Gewalten der beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und administrative Macht, behaupten können“ (S. 158). Geld könne im Gegensatz zu Solidarität nicht nur in bewährten Lebensbereichen ihren Einfluss behaupten, sondern auch auf die politische Willensbildung, Ökonomie und den Staat einwirken (S. 158).

Gewalt als Ordnungsprinzip

	Konfliktaustragung	Steuerungsmedien	Gewaltformen	Faktische Ordnung
Tributlogik Staaten, Regierungen erheben ein territoriales Gewaltmonopol über Steuern	Politische Eliten bringen innerhalb des Staatsapparats ihre Entscheidungen zustande	Politisch-administrative Macht	Politisch-administrative Gewalt Basierende auf positivem Recht und staatlichem Gewaltmonopol	Befriedete soziale Ordnung als Balance zwischen den Gewaltformen Qualität der sozialen Ordnung abhängig von der Balancierung
Profitlogik Kapitalistische Unternehmungen verkaufen Güter und Dienstleistungen, um Profit zu machen	Kollektive Akteure wirken aufeinander ein und legen den Spielraum für Themen und Entscheidungen fest	Geld	Wirtschaftliche Gewalt basierend auf der Knappheit materieller Güter	
Legitimierung Bürger verkaufen ihre Arbeitskraft, soweit dies ihnen als akzeptabel erscheint, entsteht Legitimität	Kommunikationsströme, Wettbewerb um kulturelle Hegemonie, „Zeitgeist“	Solidarität	Sozialintegrative Gewalt basierend auf der direkten Kommunikation	

Nach: Offe Claus (1973): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates; Habermas, Jürgen (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Habermas (Hrsg.), Die Neue Unübersichtlichkeit 141-166. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Aus: Bornschie, Volker (1998): Westliche Gesellschaft - Aufbau und Wandel. Zürich: Seismo.

Abbildung 4. Übersicht Gewalt als Ordnungsprinzip nach Habermas, Offe und Bornschie, erstellt von Christian Vogel. Nach Vogel, 2018.

Die Gewalt, ausgehend von drei verschiedenen Akteuren, wirke in diesem Modell als Ordnungsprinzip. Die faktische Ordnung, in der Abbildung 4 rechts dargestellt, entsteht nach Habermas durch eine Balance der einzelnen Akteuren und deren Interessen (Habermas, 1985, S. 159). Je nachdem welchen Akteuren welches Mass an Gewalt zur Verfügung stehe, könne diese ihre unterschiedlichen Interessen in unterschiedlichem Masse durchsetzen. Im folgenden Kapitel sollen die verschiedenen Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen und Machtquellen in allgemeiner Form, aber auch spezifisch auf den Anwendungsbereich der Stadt dargelegt und analysiert werden. Auch Volker Bornschie beschäftigte sich mit Macht und Legitimation von politischen Prozessen und dem Verhältnis der drei beschriebenen Interessengruppen (Bornschie, 1998, S. 58). Aus dem Verhältnis der drei Interessengruppen zueinander ergibt sich laut Bornschie eine soziale Ordnung, welche sich durch mehr oder weniger Legitimität auszeichnen. Soziale Ordnung könne von den Regierungen durch Gewalt, sprich Repression hergestellt werden. Es könnten aber auch Massnahmen ergriffen werden, welche dazu führen würden, dass die Bevölkerung der sozialen Ordnung Legitimität zuschreibe (S. 58). Habermas als auch Bornschie beziehen sich auf die Überlegungen von Claus Offe. Offe beschrieb verschiedene Arenen, in welchen sich die drei Interessengruppen gegenüberstehen und versuchen ihre Ansprüche und Interessen geltend zu machen (Offe, 1973).

3.5.1 Interessengruppe der Politik

Das Staatswesen der Schweiz ist föderalistisch aufgebaut. Wie Devecchi erklärt, bedeutet dies in der Schweiz, dass das Subsidiaritätsprinzip herrscht. Die institutionell höhere Ebene übernimmt nur Aufgaben, die von der tieferen Einheit nicht wahrgenommen werden kann. Grund dafür können fehlende Ressourcen und Möglichkeiten sein. Ein weiteres Merkmal des Föderalismus in der Schweiz ist die Nichtzentralisierung. Die Kantone behalten die Verfassungs- und Steuerhoheit und regeln alles, was nicht Bundessache ist und treten Kompetenzen an die unterliegenden Gemeinden ab (Devecchi, 2016, S. 22). Die Gemeinden nehmen die unterste Stelle im Staatsaufbau der Schweiz ein. Diese Stellung hat nach Devecchi vier direkte Konsequenzen (S. 23). Die Erste ist das nach Art. 50 der schweizerischen Bundesverfassung (BV; SR 101) das verfassungsmässige Bestandsrecht. Dies beinhaltet auch die Freiheit jeder Gemeinde mit anderen Gemeinden zu fusionieren oder unabhängig zu bleiben. Die zweite Konsequenz ist nach Devecchi die Autonomie bezüglich ihres politisch-administrativen Aufbaus. Je nach Kanton und Gemeindegrösse unterscheidet sich die Benennung der kommunalen Exekutiven. So kann sie als Gemeinderat, Stadtrat oder Gemeindevorstand bezeichnet werden (Devecchi, 2016, S. 23). In Thun zum Beispiel ist der Gemeinderat das führende, planende und vollziehende Organ. Er vertritt und verpflichtet die Stadt nach aussen (Stadtverwaltung Thun, n.d. d). Die dritte Konsequenz des Schweizer Föderalismus für die Gemeinden ist nach Devecchi das Recht, für die eigenen Bedürfnisse Steuern zu erheben. Die vierte Konsequenz ist, dass die Gemeinden das Recht besitzen, Aufgaben die nicht auf Kantonsebene liegen, selbst zu erfüllen. Kommunale Interessen werden also vor den kantonalen Interessen geschützt (Devecchi, 2016, S. 25). Nach Devecchi liegt die grösste Kompetenz der Gemeinden in der lokalen Raumplanung (S. 25).

Nach Moritz Rinn hat die Politik und insbesondere die Stadtpolitik das Ziel der Befriedigung und Gewährleistung gesellschaftlicher Kohäsionen zu sichern. Sie wolle den kapitalistischen Akkumulationsprozess und den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang im urbanen Kontext aufrecht erhalten (Rinn, 2016, S. 20). Die Politik, vertreten durch Parteien, Parlamente und Regierungen, habe somit die Aufgabe die Auseinandersetzung verschiedener Interessen zu koordinieren und zu leiten. Selbstverfolge aber auch die Politik Interessen.

Ein grosses Interesse der Politik ist die Stabilität. Politische Stabilität zu bewahren, bedeutet für Staats- aber auch Stadt- und Kommunalregierungen, die Funktionsfähigkeit der vorherrschenden Demokratie zu stärken und zu bewahren. Dies bedeutet für Regierungen, dass diese ihre Legitimität aufrechterhalten müssen, um Unzufriedenheiten und Konflikte zu

vermeiden. Denn diese könnten zu Störung der Stabilität führen. Politische Stabilität hat zum einen Auswirkungen auf die Attraktivität des Ortes als Lebensraum, aber auch auf die Attraktivität als Wirtschaftsstandort. So belegen mehrere Forschungen, beispielsweise von Moeckli, dass gerade die politische Stabilität eine wichtige Rahmenbedingung der Schweiz als Wirtschaftsstandort sei (Moeckli, 2007). Auch auf kommunaler Ebene ist die Stabilität ein wichtiger Faktor für Firmen, sich niederzulassen und sich auf vereinbarte Regelungen durch die Politik relativ dauerhaft verlassen zu können.

Der kapitalistische Staat und somit die Politik muss nach O'Connor zwei unterschiedliche und oft widersprüchliche Funktionen erfüllen (zitiert nach Saunders, 1987, S. 229). Sie müsse nicht nur die Profitabilität in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen absichern, sondern auch die kontinuierliche Bindung der strategischen Gruppen der Arbeiterklasse durch die Aufrechterhaltung der Legitimierung gewährleisten. Die Politik reagiere nicht nur auf nicht-kapitalistische Interessen, sondern auch auf die des Kapitals. Sie tue dies in verschiedener Weise und in unterschiedlichen Politikfeldern (Saunders, 1987, S. 232). Nach O'Connor dienen Staatsausgaben mehreren Zielen und somit kann keine klar klassifiziert werden. Er unterschied die Ausgaben in drei Kategorien, bzw. Politikbereiche. Es gebe die gesellschaftlichen Ausgaben, die zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung dienen. Weiter liessen sich die gesellschaftlichen Investitionen definieren, die zur Profitmaximierung im Privatsektor durch die Versorgung mit notwendigen Produktionsmitteln dienen. Als letzte Kategorie nannte O'Connor die gesellschaftliche Konsumtion, die zur sozialen und materiellen Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung beiträgt (O'Connor, 1973, S. 7). Nach Saunders, muss dieses Klassifikationsschema von O'Connor jedoch mit Vorsicht angewendet werden. Denn die drei staatlichen Ausgabenkategorien würden alle dem Interesse des Monopolkapitals dienen. Der Nutzen seiner Typologie liege in der Unterscheidung zwischen einer Politik, die primär eine unmittelbare Subventionierung des Kapitals darstelle und einer solchen, die eine Subventionierung der arbeitenden Bevölkerung wiedergibt (Saunders, 1987, S. 244). Nach Borschier kann der Prozess der Staatsbildung als politische Unternehmung betrachtet werden. Sie verlaufe parallel zur ökonomischen Unternehmung. Auf lange Sicht könne eine politische Unternehmung in ihrem Machtstreben nur erfolgreich sein, wenn sie auch die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger befriedige. „Der Dienst an die Öffentlichkeit liegt in der Herstellung der Aufrechterhaltung von Macht, um Sicherheit und Legalität zu gewährleisten“ (Borschier, 1998, S. 56).

3.5.2 Interessengruppe der Wirtschaft

Im Abschnitt der Interessensgruppe der Politik wurde bereits das Thema der Wirtschaft angeschnitten. Nach Borschier stehen Staat und Kapitalismus immer in einem Verhältnis

(Bornschiefer, 1998, S. 54). Christopher Chase-Dunn hat dieses Verhältnis folgendermassen interpretiert: Er betrachtet den Kapitalismus als System, in dem politische und wirtschaftliche Prozesse beide die gleiche integrierte Logik beibehalten (zitiert nach Bornschiefer, 1998, S. 54). Durch Max Webers Unterscheidung von wirtschaftlichem und wirtschaftlich motiviertem Handeln (Weber, 1976, S. 32) ergaben sich zwei weitergehende Entwicklungen. Nach Bornschiefer erfolgte die Unterscheidung in zwei Typen von Unternehmen. Die beiden Unternehmen unterscheiden sich nicht in ihren Zielen, sondern lediglich in ihren Mitteln die Ziele zu erreichen. So würden sich Unternehmen ergeben, die nach der Tributlogik handeln und Unternehmen, die die Profitlogik verfolgen. Weiter kam nach Webers Unterscheidung die Idee auf, dass nicht nur wirtschaftliche Aktivität produktiv sein kann und deswegen auch Mechanismen der Kontrolle von Gewalt in die ökonomische Analyse miteinbezogen werden müssen (Bornschiefer, 1998, S. 56). Auch Lane nahm die Unterscheidung in zwei Unternehmen in seinem Protektionsrenten-Theorem auf. Er unterschied in Unternehmen, die Protektion herstellen und deshalb Regierungen genannt werden und in Unternehmen, die Güter und Dienstleistung herstellen und die Regierung für Protektion bezahlen (Lane, 1979, S. 2).

Bornschiefer führt aus, dass im Protektionsrenten-Theorem nicht nur Kapital, Boden, Arbeit und Technologie Produktionsfaktoren sind, sondern auch Protektion (Bornschiefer, 1998, S. 56). Staaten würden versuchen ihre Attraktivität für Unternehmen sowie qualifizierte und reiche Bürgerinnen und Bürger mittels einer möglichst hohen und kostengünstigen Protektion für sich zu gewinnen (Nollert & Schief, n.d., S. 4). Protektion meine in diesem Sinne nicht nur den Schutz des Privateigentums, sondern auch den Schutz vor sozialen Risiken. Entscheidend sei nicht wie hoch die Besteuerung ausfällt, sondern wie das Preis-/Leistungs-Verhältnis ausgestaltet sei. Protektion werde durch Legitimität, sowie der Polizei und der Armee erzeugt (S. 5). Die Schweiz sei nebst der Protektion, die durch die öffentliche Hand relativ gut abschneidet, auch wegen dem Steuerwettbewerb für Unternehmen spannend (S. 6). In der Schweiz können Kantone und Gemeinden, die Steuern für bestimmte Zielgruppen anpassen. Nollert und Schief erläutern, dass die Schweiz keine Erbschafts- und Schenkungssteuer kennt. Demnach könnten Kantone auf solche Steuern verzichten und so ihre Attraktivität als Wohnort steigern. Auch Holdinggesellschaften würden in der Schweiz von einer Tiefsteuerpolitik profitieren (S. 8).

3.5.3 Interessengruppe der Bürgerinnen und Bürger

Die Interessengruppe der Bürgerinnen und Bürgern beschreibt die effektiven Bewohnerinnen und Bewohner eines Regierungsgebiets oder einer Stadt. Sie sind direkt Betroffene von Entscheidungen und Vorgängen und müssen somit in Entscheidungsprozesse mit

eingebunden werden. Durch die grosse Heterogenität in Städten treffen aber auch verschiedene Interessen und Bedürfnisse aufeinander, welche nicht zu verallgemeinern sind. Die zunehmende Individualisierung führt zu vermehrten Einzelinteressen, was es vermehrt erschwert, allgemein akzeptierte Problemlösungen zu entwickeln.

Jedoch gibt es Grundinteressen, welche allen Bürgerinnen und Bürgern unterstellt werden können. So kann in Anlehnung an Habermas davon ausgegangen werden, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger eine Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen wünschen und darauf bestehen, ihre Meinung einzubringen bzw. dass ihre Meinung auch berücksichtigt wird. Die Mehrheit der Bevölkerung bevorzugt eine soziale Ordnung von hoher Legitimität (Bornschieer, 1998, S. 61). Diese Legitimität kann unterschiedlich hergestellt werden. Durch die Theorien von Habermas und Bornschieer kann abgeleitet werden, dass dies entweder durch kommunikatives Handeln der Bevölkerung, einer tiefen Staatsgewalt und tiefer Repression sowie durch die Verhinderung der Einflussnahme von ökonomischen Interessen in politischen Prozessen geschehen kann.

Das Steuerungsmedium der Bevölkerung ist laut Habermas die Solidarität, da durch einen intersubjektiven Konsens legitime Entscheidungen getroffen werden können. Bezogen auf die Stadt sollte so Jede und Jeder die gleichen Möglichkeiten haben, sich in die Planung, Ausgestaltung und Entscheidungen von städtischen Veränderungen und dem gesellschaftlichen Zusammenleben einzubringen. Illegitime Einmischung von wirtschaftlichen Einflüssen mindert auch in der Stadt die Legitimität der Regierung. Weiter ist es im Interesse der Bürgerinnen und Bürgern allen Personen gleiche Zugänge zu Stadt zu ermöglichen. Jegliche Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt sind auf eine Wohnung angewiesen und sollen gleiche Möglichkeiten bei dem Zugang zu öffentlichen Räumen und Institutionen der Stadt haben. Der Gewalt oder Widerstand durch Solidarität bzw. durch Bürgerinnen und Bürger kommt eine besondere Bedeutung zu. Diese zeugt von einem Mangel an Legitimität der vorherrschenden Politik. Formiert sich Widerstand, so kann oder muss davon ausgegangen werden, dass Teile der Bevölkerung mit den getroffenen Entscheidungen nicht einverstanden sind, oder in die Entscheidung gar nicht einbezogen wurden. Hier entscheidet sich, wie die Politik darauf reagiert. Sie hat laut Bornschieer die Möglichkeit repressiv vorzugehen und ihre Legitimität weiter zu untergraben oder auf Anliegen einzugehen und gegebenenfalls Entscheidungen zu überdenken (Bornschieer, 1998, S. 58).

4. Empirischer Teil

Der empirische Teil soll einen Überblick zum erforschten Gebiet liefern und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Der empirische Teil soll eine qualitative Analyse einer konkreten Stadtquartiers liefern. Die verwendete Fachliteratur wird mit spezifisch auf Thun bezogenem Material ergänzt. So wurden Stadtplanungskonzepte, Überbauungsplanungen und weitere Dokumente verwendet. Um diese Dokumente in Erfahrung zu bringen und Auskünfte zu erhalten, wurden die für unsere Anliegen relevanten Ämter und Abteilungen der Stadt Thun zur Recherche aufgesucht. Zu diesen Ämtern gehören das Stadtarchiv, das Amt für Stadtliegenschaften, das Planungsamt und das Grundbuchamt. Um den Eindruck des Selve-Areals nochmals zu verdeutlichen und einzelne Meinungen zur Entwicklung des Selve-Areals und der Stadt Thun einzuholen, wurden zusätzlich zwei qualitative Interviews mit dem Architekten Johannes Saurer und dem ehemaligen Stadtplaner der Stadt Thun Guntram Knauer durchgeführt.

4.1 Die Stadt Thun

Die Stadt Thun ist als Militärstadt bekannt. Das Stadtbild wird durch die grosse Panzerpiste, das Kasernenareal, sowie durch die Rüstungsindustrie geprägt. Zu all dem steht die Natur als Gegensatz. Thun ist umgeben von Bergen, hat einen See und die Innenstadt wird durch die Aare geteilt. In diesem Kapitel werden die Strukturmerkmale, sowie die Entwicklung der Stadt Thun behandelt. Die Stadt Thun wurde auch vom Kapitalismus mitgeprägt. Dies soll durch einen eigenen Abschnitt ersichtlich gemacht werden. Die Analyse der Stadt Thun dient als Vorbereitung für die Analyse des Selve-Quartiers. Es soll erkenntlich gemacht werden, in welchen Kontext das Selve-Areal eingebettet ist. Zudem muss für die Beantwortung der Forschungsfrage, die von den involvierten Interessengruppen handelt, eine Vorstellung entwickelt werden in welchem politischen, räumlichen und wirtschaftlichen Kontext diese agieren.

4.1.1 Die Strukturmerkmale der Stadt Thun

Im Folgenden werden einige der im Kapitel 3.1.2 theoretisch beschriebenen Strukturmerkmale einer Stadt auf die Stadt Thun angewendet. Dadurch werden Merkmale der Stadt Thun festgehalten, welche als Grundlage für die spätere Analyse der Stadt dienen.

4.1.1.1 Grösse & Dichte

Die Stadt Thun liegt am Thunersee, am Rande des Berner Oberlandes. Thun umfasst eine Fläche von insgesamt 21.7 Quadratkilometer. Davon sind 48% besiedelt, 22% sind Landwirtschaftsgebiet, 21% Wald oder Wasser und 9% der Fläche werden militärisch genutzt (Stadtverwaltung Thun, n.d, b). Die Stadt Thun zählte laut Bevölkerungsstatistik Ende 2017 total 44`430 Einwohnerinnen und Einwohner (Stadtverwaltung Thun, 2017). Bereits im Vergleich zu anderen Städten der Schweiz aber gerade international, zählt Thun keineswegs zu den Grossstädten, welche einem bei dem Begriff „Stadt“ als erstes in den Sinn kommen. Durch ihre Beschaffenheit, Aufbau und Struktur lässt sich Thun aber durchaus als Stadt charakterisieren.

4.1.1.2 Bevölkerungsstruktur und Heterogenität

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung war in Thun lange Zeit sehr niedrig. 1910 zählte Thun gerade mal 407 Ausländerinnen und Ausländer, 1950 waren es 490 (Bähler, Egli & Lüthi, 2018, S.115). Ab den 1950er Jahren verstärkte sich die Einwanderung und die Italienerinnen und Italiener bildeten die Grösste Gruppe von Einwandererinnen und Einwanderern in Thun. Seit 1993 stammen die meisten in Thun wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer aus dem ehemaligen Jugoslawien. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung war im Schweizer Vergleich klein, da die Eidgenössischen Betriebe, welche einen Grossteil der Arbeitsstellen in Thun zur Verfügung stellten, nur Personen mit Schweizer Bürgerrecht beschäftigten (Bähler et al., 2018, S. 116). Heute hat Thun einen Ausländeranteil von 13.5%, dies entspricht 6`032 Personen (Stadtverwaltung Thun, 2017).

Fiel bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die Zahl der 20 bis 34-jährigen in Thun im Vergleich zu den anderen Altersklassen am höchsten aus, so hat sich dieses Bild bis heute gewandelt. Dies ist in der

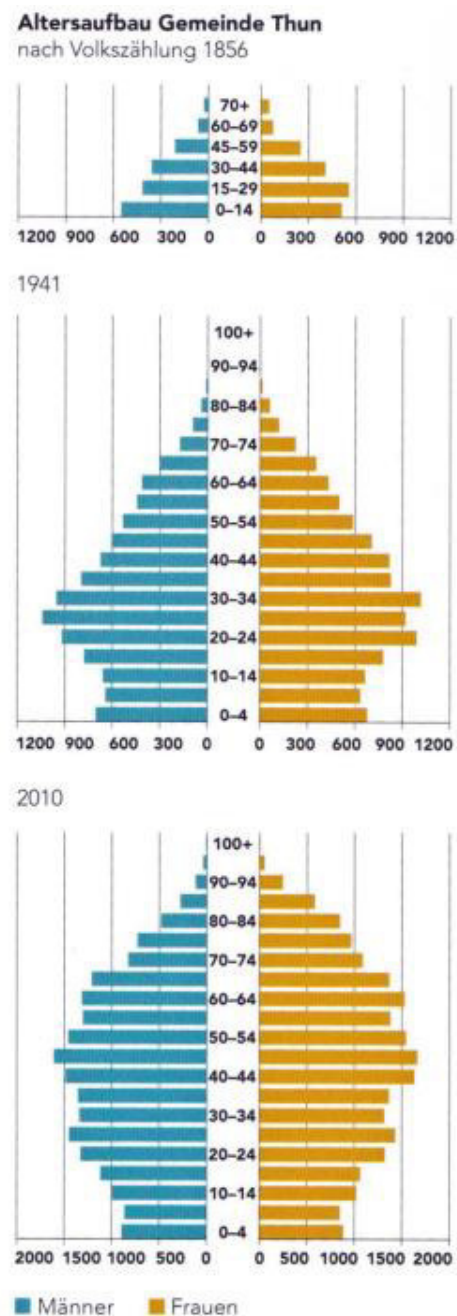


Abbildung 5. Altersaufbau der Gemeinde Thun. Nach Bähler, Egli & Lüthi, 2018, S.117.

Abbildung 5 ersichtlich. Die Altersstruktur der Thuner Bevölkerung zeigt, dass der Anteil an Personen über 45 respektive über 65 Jahren im Vergleich zu anderen Schweizer Städten hoch ist (Planungsamt der Stadt Thun, 2014, S. 9). Zusätzlich zum hohen Anteil der älteren Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Thun ist der typische Peak bei jüngeren Personen, insbesondere bei den 20 bis 35-jährigen in Thun im interkantonalen Vergleich deutlich weniger ausgeprägt (S. 9). Die sogenannte doppelte Alterung ist in Thun sehr gut beobachtbar. Von 2000 bis 2012 hat der Anteil unter 20-jährigen stetig ab-, der Anteil über 64-jähriger stetig zugenommen (S. 9). Eine mögliche Erklärung hierfür liefert das Bildungsangebot in Thun. Die Stadt verfügt über einige Bildungsangebote auf der Sekundarstufe II. So gibt es in Thun ein Gymnasium, eine Wirtschafts- und Fachmittelschule, eine Hotelfachschule, Berufsfachschulen sowie einige private Bildungsangebote. Angebote auf der Tertiärstufe fehlen jedoch (vgl. Stadtverwaltung Thun, n.d. j). Diese finden sich im Umland wie beispielsweise in Bern oder Burgdorf. So hat Thun eine relativ junge Bevölkerungsschicht, welche die Stadt prägt und ihre Bedürfnisse an die Stadt heranträgt und diese mitgestaltet. Junge Erwachsene hingegen verlassen die Stadt oftmals, um im nahegelegenen Bern oder anderswo eine weiterführende Ausbildung zu absolvieren. Die in Thun präsente junge Bevölkerungsschicht gestaltet die Stadt jedoch entscheidend mit. Gerade kulturelle Offensiven, wie die Forderung nach einem alternativen (Jugend) - Kulturzentrum oder institutionalisierte Veranstaltungen wie das Festival „Am Schluss“ werden durch Jugendliche und junge Erwachsene geprägt. Diese wiederum wirken sich auf das Stadtbild, die Lebensqualität und das Image der Stadt aus.

4.1.1.3 Urbanität

Die Stadt Thun ist relativ durchmischte. Es treffen viele Bevölkerungsschichten und Kulturen aufeinander. Urbanität, welche auch als städtisches Lebensgefühl beschrieben werden kann, wird besonders durch die öffentlichen Räume, sowie die Kunst und Kultur einer Stadt geprägt. Die Stadt Thun nutzt die Kultur und kulturelle Anlässe, um das Image der Stadt aufzuwerten und zu gestalten. Sie helfen mit, die Stadt als vermarktbare Produkt zu reproduzieren. Dies macht es für die Stadt Thun interessant, die Kultur und kulturelle Anlässe zu fördern, um im Städtewettbewerb mitzuhalten. Die Stadt Thun hat eine eigene Kulturabteilung, welche sich der Kulturförderung widmet. Diese hat die vier Leitideen für die Kulturförderung definiert. Nämlich sollen die Kulturinstitutionen zeitgemäss sein. Ein modernes Programm und eine gezielte Vermittlung sollen neue Zugänge zu Vertrautem und Traditionellem ermöglichen. Die Stadt Thun soll über die Region herausstrahlen. Die Anlässe und Veranstaltungsorte sollen durch ihre Qualität, Originalität und Einzigartigkeit überzeugen. In Zukunft sollte eine Kulturmeile vom Bahnhof bis zum KKThun entstehen (Stadtverwaltung Thun, n.d. e). Die Stadt Thun will durch attraktive Rahmenbedingungen

eine aktive Kulturförderung schaffen. Um eine gelungene Kulturförderung zu gewährleisten, hat die Stadt Thun vier Instrumente geschaffen. Es soll eine kontinuierliche, sowie eine flexible Förderung stattfinden. Durch Preisverleihungen soll die punktuelle Förderung gewährleistet werden. Durch raumbezogene Kulturförderung soll sich ein kulturelles Selbstverständnis in der Stadt Thun manifestieren (Stadtverwaltung Thun, n.d. e). Thun hat heute einige Kulturveranstaltungen, die jährlich auf dem Programm stehen. So wird zum Beispiel einmal im Jahr das Festival am Schluss auf dem Mühleplatz durch den Kulturbetrieb Mokka organisiert. Das Festival ist für alle mit einer Kollekte zugänglich. Das Kultur Lokal Mokka existiert bereits seit 1986 in Thun und ist auch einer der wenigen Betriebe, der die Zwischennutzungsphase des Selves überlebt hat. Besonders der mittlerweile verstorbene Mitgründer MC Anliker, hat die Kulturszene in Thun durch sein Schaffen und Wesen geprägt (Café Bar Mokka, n.d). Obschon das Mokka am Rande der Innenstadt angesiedelt ist, hatte es bereits 2014 mit Lärmbeschwerden zu kämpfen. Mit der Selve-Überbauung kamen auch Alterswohnungen in das Quartier. Beide Seiten mussten sich aneinander gewöhnen. Das Mokka wurde jedoch dazu angehalten, die Summerdance-Veranstaltungen ab 22 Uhr ohne Musik zu veranstalten (Meier, 2014).

Die Nachbarschaft mit unterschiedlichen Ansprüchen führt auch auf dem Mühleplatz immer wieder zu Reibungen. Bis in die 70er Jahre wurde auf dem Mühleplatz, welcher im Herzen der Innenstadt liegt, Korn zu Mehl verarbeitet. Die Mühle wurde abgerissen und seit 1994 wird der Platz als Begegnungszone und Treffpunkt genutzt. Zahlreiche Kaffees und Barbetriebe prägen das Bild (Stadtverwaltung Thun, n.d. f). 2005 machten diverse Städte der Schweiz gegen Randständige auf öffentlichen Plätzen mobil. Die Polizei wies Drogenabhängige und Randständige weg und erteilte Platzverbote. So auch auf dem Mühleplatz in Thun. Mitte Juni 2005 startete die Polizei die Aktion „Marathon“. Die seit Jahren etablierte Drogenszene sollte verschwinden, denn sie störe die schicke Beizenmeile (Schilling, 2005). Die Verdrängungspolitik führt jedoch nicht nur dazu, dass einige Menschen systematisch ausgeschlossen wurden. Auch das Drogenproblem wurde nicht behoben, sondern in der Stadt verstreut.

Heute haben die Gastronomiebetriebe auf dem Mühleplatz immer wieder mit Lärmbeschwerden zu kämpfen. Einzelne Bewohnerinnen und Bewohner stören sich an dem Lärm an den Wochenenden. Um Lösungen für den Konflikt der Anwohnerinnen und Anwohner und der Kulturliebhaberinnen und -liebhaber, sowie der Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmer, zu finden, wurden bereits zwei Mal Vereine gegründet. Einmal das überparteiliche Komitee „Thun rockt“, welches sich für mehr Ausgehbetriebe in der Innenstadt, aber auch mehr Polizeipräsenz stark machte (Probst, 2010). Und der überparteiliche Verein „Pro Nachtleben Thun“. Doch gab es auch Forderungen nach einem

Alternativen Kulturzentrum in der Stadt Thun. Ein Kollektiv aus jungen Erwachsenen stellte die Forderung nach einem selbstverwaltenden und nichtgewinnorientierten Kulturzentrum. Die Stadt willigte zu diesem Projekt ein und seit Ende 2013 existiert das Alternative Kulturzentrum (AKuT) im ehemaligen Bierdepot an der Seestrasse in Thun. Das AKuT bietet eine Alternative zu den meist kommerziellen und an Konsum gebundenen Kulturveranstaltungen in Thun (AKuT, n.d.). Die Stadt Thun hat also auf den ersten Blick ein breitgestreutes Angebot an Kultur. Die Aussenräume in der Innenstadt werden jedoch, nach Johannes Saurer, durch den Verkehr zerstört. Die Strassen würden die Fussgängerinnen und Fussgänger zurückdrängen. Thun sei immer eine Autostadt gewesen. Der Verkehr zerstöre die Stadt und die Regierung unterstütze diesen Verkehr. Der Aussenraum in einer Stadt solle Aussenraum sein, der von Fassade zu Fassade geht. In der Stadt Thun habe man einfach eine Strasse, die den Aussenraum präge (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 4). Nicht nur die Strasse schränkt nach Saurer das Leben in der Stadt ein, auch der Onlinehandel führe zu einem Abnehmen der Stadt als Begegnungszone (S. 6). Heute ist es Jeder und Jedem mit einem Internetanschluss möglich, sich die Einkäufe per Post direkt vor die Haustüre zu liefern. Die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt müssten nicht mehr von Laden zu Laden gehen, um ihre Geschäfte zu tätigen. Auch Versuche der Stadt, die Innenstadt als Begegnungszone zu fördern, seien eher schlecht als recht realisiert. So wurden zum Beispiel im Sommer 2018 Sitzbänke auf dem Rathausplatz hingestellt. Diese würden aber wenig zum Verweilen einladen. Saurer führt dies auf den Standort zurück. Niemand würde sich gerne in der Mitte des Platzes ausstellen (S. 7). Die Stadt Thun hat besonders in Bezug auf das Gestalten der Aussenräume einen hohen Verbesserungsbedarf.

4.2 Die historische Entwicklung der Stadt Thun

Im Mittelalter gab es in der Region Thun nicht viel, auf dem Schlossberg stand eine Kirche und eine Burg, an der Aare eine Siedlung. Gegen Mitte des 12. Jahrhunderts gehörte die Gegend zum zähringerischen Rektorat Burgund (Stadtverwaltung Thun, n.d. c). Vor 1200 bauten die Herzöge von Zähringen das heutige Schloss und die Stadt wurde um die Hauptgasse bis Rathausplatz ergänzt (n.d. c). Die Gräfin Elisabeth von Kyburg erteilte Thun im Jahre 1264 das Stadtrecht, welches in über 100 Rechtssätzen festgehalten wurde. 1323 musste die Stadt schliesslich an Bern verkauft werden, wurde aber als Leihgabe an den Grafen zurückgegeben. 1384 fiel Thun definitiv der Stadt Bern zu (n.d. c). Diese Epoche ist nach der Charakterisierung von Lefèbvre in die Phase der politischen Stadt einzuordnen. Nach und nach nahm auch in Thun das Handwerk und Gewerbe zu und so florierte die Wirtschaft im 15. Und 16 Jahrhundert. So änderte sich die Funktion der Stadt. Das politische Zentrum der Region entwickelte sich zur Handelsstadt. Laut Bähler, Egli und Lüthi wurde bis in die Mitte des 19. Jahrhundert die Wirtschaft von Thun durch den Handel und das

Kleingewerbe dominiert. Die Industrie hätte sich bis dahin in dieser Region nicht durchzusetzen vermocht. Dies hätte sich 1859 mit der Erschliessung geändert Thuns mit einem Eisenbahnanschluss. Durch das neu zur Verfügung stehende Verkehrsmittel wurde es möglich, Waren schneller und billiger zu transportieren. Auch die Stadt war somit besser erreichbar, es siedelten sich vermehrt Arbeitsplätze an und die Industrie fasste Fuss (Bähler et al., 2018, S. 78). Durch die Gründung der Militärbetriebe 1863 entwickelte sich in Thun die Metall- und Maschinenindustrie (S. 78). Die Eidgenossenschaft beschloss 1861 die Bewaffnung der Schweizer Armee zu vereinheitlichen und benötigtes Material und Munition in Bundesbetrieben herzustellen. So entstanden in Thun die Munitionsfabrik und die Konstruktionswerkstätte. Die Munitionsfabrik stellte die Geschosse für Gewehre und Artillerie, nach dem Zweiten Weltkrieg auch für Panzer und Luftwaffe her (S. 80). Die Konstruktionswerkstätte stellte Geschütze her und reparierte diese. Weiter produzierte sie Material wie Transportwagen, Sanitätskisten, Räder und andere Gegenstände (S. 80). Bau und Unterhalt von Panzern sowie Forschung und Entwicklung waren weitere Aufgaben. 1998 wurden die Rüstungsbetriebe in der Ruag-Holding zusammengeführt (S. 81). Neben den Bundesbetrieben bestanden zwei wichtige Zulieferbetriebe. Zum einen die Schweizerischen Metallwerke Selve. Auf die Firma wird im Kapitel 4.5.1.1 eingegangen. Zum anderen belieferte der Unternehmer Eduard Johann Hoffmann die Betriebe mit Patronenschachteln und stellte seine Fabrik auf die Produktion von Karton- und Blechverpackungen ein (S. 81).

Mit dieser Entwicklung veränderte sich die Stadt Thun von der Handels- zur Industriestadt und veränderte somit auch ihren Charakter. Die beschriebenen Entwicklungen von Lefèbvre sind so auch in Thun gut sichtbar. Die Stadt wuchs, etablierte sich als Zentrum der Region und die Landbevölkerung wurde zu Arbeitskräften in der Stadt. Bis Ende des 20. Jahrhunderts bildete die Industrie in Thun, welche von der Armee abhing, den Schwerpunkt der Thuner Wirtschaft. Ab etwa 1970 zeichnete sich jedoch eine Krise der Industrie ab und führte zu einer starken Zunahme an Dienstleistungsbeschäftigten. Anfangs des 21. Jahrhunderts hatten das Gewerbe und die Industrie stark an Bedeutung verloren und rund drei Viertel aller Arbeitsplätze finden sich nun im Tertiärsektor (S. 94). Der Tourismus wuchs und wurde zu einem wichtigen Wirtschaftszweig. Neben den klassischen Interessengruppen von Politik und Bevölkerung wird die Interessengruppe der Wirtschaft immer bedeutender und erweitert ihren Einfluss. Städte müssen für die Investoren und Firmen attraktiv sein, um im Wettbewerb bestehen zu können. Lefèbvre beschreibt, dass Handel, Industrie und der Dienstleistungssektor auch den Charakter einer Stadt verändern. Verkehrswege werden angelegt, um Arbeitskräfte und Waren effizient transportieren zu können. Es entstehen, wie in Kapitel 3.2.1 geschildert, separate Gebiete für Leben, Konsumieren und Produzieren in getrennten Wohngebieten, der Innenstadt und in Industriegebieten. Da Thun eine, besonders im internationalen Vergleich, relativ kleine Stadt ist, ist die Abkehr vom „organisch

gewachsenen Ganzen“ (vgl. Kapitel 3.2.1), wie Lefèbvre es bezeichnet, nicht ganz so ausgeprägt wie in anderen Grossstädten. Die Urbanisierung und Verstädterung ist in Thun jedoch klar zu erkennen und prägt die Stadt. Auch in Thun lässt sich die Trennung und Abgrenzung von der Innenstadt als Konsumregion, der Allmend und Uttigenstrasse geprägt von Militär und Industrie und die verschiedenen Wohnquartiere, zum Beispiel Lerchenfeld, Westquartier und hochpreisige Quartiere wie das Selve-Areal und das Seefeld Siedlungen am Seeufer erkennen.

4.3 Die Bedeutung des Kapitalismus für die Stadt Thun

Die Entwicklung der Wirtschaft ist auch an Thun nicht spurlos vorbeigezogen. Die Folgen des Kapitalismus sind in diversen Bereichen ersichtlich. Einige Quartiere in Thun wurden aufgewertet und die Gentrifizierung hat sie elementar verändert. Aus dem für Thun relevanten historischen Fabrikgelände Selve wurde ein Wohnpark mit Neubauwohnungen zu relativ hohen Miet- und Kaufpreisen. Die wirtschaftliche Profitlogik greift auch in die Stadtplanung ein. In den nächsten drei Unterkapiteln wird auf die Bedeutung und die Folgen des Kapitalismus in der Stadt Thun eingegangen.

4.3.1 Armut und Ausgrenzung

In der Stadt Thun liegt die Steuerkraft unter dem Durchschnitt aller Gemeinden des Kantons Bern. Dieser Durchschnitt wird als Index 100 angegeben. Die Steuerkraft in Thun liegt im Jahr 2018 bei 95.84 (Finanzverwaltung des Kantons Bern, 2018, S. 16). Die unterdurchschnittliche Steuerkraft zeigt anders ausgedrückt, dass in Thun überdurchschnittlich viele einkommensschwache Personen wohnhaft sind. Dies wirkt sich wiederum in einer verhältnismässig hohen Zahl von Ansprüchen auf Ergänzungsleistungen von AHV- oder IV-Renten und die Zahl von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern aus. Nach dem Bundesamt für Statistik lag die Zahl der Sozialhilfebeziehenden der Stadt Thun im Jahr 2016 bei 4.7% (2'044 Personen), im Kanton Bern bei 4.2%. Schweizweit stieg die Quote zum Vorjahr um 0.1 auf 3.3% (Bundesamt für Statistik, 2016). Thun liegt also im kantonalen, als auch im schweizweiten Vergleich über dem Durchschnitt. Neben Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbeziehenden ist auch in Thun davon auszugehen, dass es Personen gibt, welche zwar einen Bedarf aufweisen, aber keine Transferleistungen in Anspruch nehmen können oder wollen. Armut wird in der Stadt Thun durch segregierte Gebiete, aber auch durch Bedürftige oder Randständige in der Innenstadt oder am Bahnhof sichtbar. Diese Menschen werden in der Stadt zwar geduldet, haben aber keine Möglichkeit auf soziale Teilhabe. Gerade Suchtkranken fällt es oft schwer, sich einen Lebensstil anzueignen, welcher in der Stadt sozial akzeptiert wird (vgl. Kapitel 3.1.2.4). Wie Bähler, Egli & Lüthi beschreiben, übernahm in Thun die Jugendberatungsstelle 1980 die Drogenberatung

für die Region Berner Oberland und wurde 1985 in Contact umbenannt. 1983 wurde eine Notschlafstelle eingerichtet. Seit 1994 besteht die Ambulante Suchtbehandlung Berner Oberland (ASBO), welche ein Programm für die ärztliche Verschreibung von Substitutionsmitteln leitet. Die Einrichtung eines Konsumraums war in Thun zwar geplant, jedoch heftig umstritten und kam nicht zustande (Bähler et al., 2018, S. 144).

Die tiefe Steuerkraft wird in der Wohnstrategie 2030 der Stadt Thun aufgegriffen. Oftmals sei in Thun kritisiert worden, es werde nur gehobener und somit teurer Wohnraum gefördert (Planungsamt der Stadt Thun, 2016, S. 6). Dem versuche die Stadt in der Wohnstrategie 2030 durch das Fördern und Stärken von Wohnbaugenossenschaften entgegenzuwirken. Ein weiteres Ziel sei jedoch auch immer noch die Steuerkraft zu stärken und gehobenen Wohnraum zu schaffen (S. 6). Die Steuerkraft durch gehobenen Wohnraum zu steigern, kann sich jedoch auch widersprechen. So gilt es zu bedenken, dass bei teuren Eigentumswohnungen die Zielgruppe weniger junge Familien mit Durchschnittseinkommen sind. In Luxuswohnungen ziehen oftmals Menschen ein, die schon viel Geld haben und durch die Steuerpolitik in der Schweiz nicht viel Steuern zahlen müssen. Dies weil sie entweder geschickt die Steuern umgehen oder keine Erbschaftssteuern zahlen müssen. In einer grossen Wohnsiedlung in Aarau gab es nach Saurer eine Untersuchung zum Steuersubstrat pro Quadratmeter. Dieses fiel bei preiswerten Wohnungen besser aus als bei Luxusbauten (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 5).

4.3.2 Sozialräumliche Struktur der Stadt Thun

Interessant ist die Betrachtung der Karte der Wohnstrategie, wo genau gehobener Wohnraum gebaut werden soll (Planungsamt der Stadt Thun, 2016, S. 9). So ist zu sehen, dass gehobener Wohnraum in direkter Nähe zur Innenstadt, in unmittelbarer Nähe des Sees und etwas erhöht hinter dem Schloss mit gutem Ausblick geplant ist. Die Herausbildung und Differenzierung von gehobenen und ärmeren Stadtteilen wird somit forciert, ist aber heute schon sichtbar. So gilt zum Beispiel das Lerchenfeldquartier als klassisches Arbeiterquartier. Im Gegensatz dazu lässt das Seefeldquartier durch seine zentrale Lage und die vielen Villen auf ein gehobenes Wohnquartier schliessen. Bereits jetzt lassen sich die verschiedenen Interessengruppen erkennen. Ein grosser Teil der Bürgerinnen und Bürger benötigt ein hinreichendes Angebot an bezahlbarem, niedrig- oder mittelpreisigem Wohnraum. Dem gegenüber steht das Interesse der Wirtschaft, für welche die Errichtung von anspruchsvollem, teurem Wohnraum lukrativer und somit attraktiver ist. Vermeintliche Prestigeobjekte wie beispielsweise das Selve-Areal sind somit aus wirtschaftlicher Sicht interessanter als Wohnraum für die Unter- und Mittelklasse. Dazwischen steht die Politik, welche zum einen die Bedürfnisse der Bevölkerung aufnehmen und zufriedenstellen muss, jedoch auch dafür verantwortlich ist, wirtschaftlich zu denken und die Stadt attraktiv zu

machen. Die Politik ist interessiert an guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche sich hochklassige Objekte wünschen. Zusätzlich ist sie auf Investoren angewiesen, welche dazu beitragen die Wertschöpfung in der Stadt anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen.

4.3.3 Gentrifizierung

Wie bereits im Kapitel 3.3.3 erläutert wurde, hat eine Aufwertung der Quartiere nicht nur eine Erhöhung der Mietpreise zur Folge. Es werden systematisch sozial schwächer gestellte Bevölkerungsgruppen aus einem Quartier oder einer Strasse gedrängt und mit ihr auch die Kultur, die dort bestanden hat. Ein Beispiel für die Gentrifizierung in Thun ist die Siedlung „Freistatt“ an der Länggasse. Die Freistatt befindet sich im Thuner Westquartier und besteht aus 111 Genossenschaftswohnungen (Freistatt, n.d.). Die Genossenschaftssiedlung ist zum grössten Teil sanierungsbedürftig. Die Mitinhaberin „Gemeinnützige Bau- und Wohngemeinschaft (GBWG)“ ist finanziell angeschlagen. Laut einem Gutachten wäre eine Sanierung nicht wirtschaftlich profitabel. 2009 fanden die GBWG und die Stadt Thun zusammen eine wirtschaftlich interessante Möglichkeit, damit sich die GBWG nicht noch mehr verschuldet. Die baubedürftigen Gebäude sollen einem Neubau weichen (AKuT, 2016, S. 6). Die Siedlung wird eine Wende erleben. Gemeinschaftsgärten werden neuen Wohnhäusern weichen müssen. Das Zusammenleben wird sich anders gestalten als bisher.

In der Medienmitteilung zur Wohnstrategie 2030 zeigte man sich mit der Neubautätigkeit und der tiefen Leerstandquote zufrieden. Jedoch zeige die Thuner Bevölkerung starke Alterungstendenzen auf (Stadt Thun, 2016, S. 2). Die ältere Bevölkerung nimmt stetig zu, während die jüngere abnimmt. Wie bereits festgehalten, sei das Einkommen und die Steuerkraft in der Stadt Thun unterdurchschnittlich. Dem will die Stadt Thun mit der neuen Wohnstrategie entgegenwirken. Bereits bebaute Gebiete sollen erneuert und verdichtet werden. Dies soll zu einem Gewinn für alle Beteiligten führen. Also für Investoren, künftige Bewohnerinnen und Bewohner und, zum Schluss aufgeführt, auch der Quartierbevölkerung (S. 2). Die Wohnstrategie weist jedoch einige Widersprüche auf in Bezug auf den Aspekt, wem sie dienen soll. Sie betrachtet eine vorteilhafte Wohnentwicklung hauptsächlich aus wirtschaftlicher Sicht. Die aktuell 17 bestehenden Wohnbaugenossenschaften sollen zwar aufrechterhalten werden, jedoch nebst dem sozialen Aspekt auch einen wirtschaftlichen Vorteil bieten. In einem der drei Schwerpunkte der Wohnbaustrategie geht es rein um die Zusammenarbeit mit privaten Akteurinnen und Akteuren, sowie Anbieterinnen und Anbietern auf dem Wohnungsmarkt (S. 2). Durch die neue Wohnstrategie solle die Stadt für besser Verdienende und jüngere Menschen attraktiver werden. Jedoch sei dies durch die fehlenden Hochschulen eher schwierig. Wo die obere Mittelschicht genau wohnen soll, sei noch nicht abschliessend geklärt. Wie in Kapitel 4.3.2 bereits erwähnt seien jedoch in der Innenstadt und in der Seenähe mögliche Gebiete (Häfliger, 2016). Also auch mit der neuen

Wohnstrategie besteht die Gefahr, dass sozial schlechter gestellte Menschen an den Rand der Stadt verdrängt werden.

4.4 Die Gestaltung der Raumplanung in der Stadt Thun

Die Stadt Thun hat sich mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept STEK 2035 vielversprechende Ziele gesetzt. Die Stadtentwicklung in Thun hat in den letzten Jahrzehnten viele Veränderungen durchgemacht. Um einen Überblick zu erhalten, sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten feststellen zu können, werden die Ziele der Stadtentwicklungskonzepte seit 2002 kurz zusammengefasst und anschliessend verglichen.

4.4.1 Richtplan Stadtentwicklung

1998 trat der „Richtplan Stadtentwicklung“ in Kraft. Der Auslöser für diesen Richtplan war laut Bauvorsteher Melchior Buchs die notwendige Aktualisierung für die Planungsgrundlagen, insbesondere von Zonenplan und Bauordnung. Um dies realisieren zu können, sei eine Vorstellung nötig gewesen, wie sich die Stadt Thun in den nächsten 15 Jahren entwickeln solle (Planungsamt der Stadt Thun, 1998, S. 2). Wie im Bericht der Projektkommission zu lesen ist, stand zu Beginn des Projekts „Richtplan Stadtentwicklung“ die Diskussion im Gemeinderat und Stadtrat über ein vertrautes Thun oder ein Thun im Aufbruch im Fokus. Die Diskussion wurde zugunsten von Thun im Aufbruch entschieden. In intensiven Gesprächen wurde der Handlungsbedarf für den Aufbruch ermittelt und die Ziele formuliert (S. 12). Die wichtigsten Leitgedanken dieses Richtplanes waren die ganzheitliche Betrachtung der Stadtentwicklung und die Verbesserung des Wohlbefindens der Thuner Bevölkerung. Weiter hätte es engagierte Initiantinnen und Initianten und finanzkräftige Trägerinnen und Träger gebraucht, um die Stadtentwicklung voranzutreiben (S. 31). Auch der Leitgedanke, dass Thun städtischer werden sollte, wurde formuliert. Durch die Pflege und Förderung von wertschöpfungsstarken Arbeitsplätzen und gezielte Wohnbaupolitik sollte die Stadtentwicklung die Steuerkraft fördern (S. 31). Die Projektkommission machte sich auch Gedanken zu den Wohnangeboten. Für sie stellten sich zwei Fragen, welche in Zukunft zu betrachten waren. Einerseits stellte sich die Frage, wie Thun für zahlungskräftige und neue Leute als Wohnort attraktiv wird. Denn nur durch eine zahlungskräftige Bevölkerung sei ein Aufbruch möglich gewesen. Weiter stellte sich die Frage, wie die tragende Bevölkerungsgruppe in Thun gehalten werden könne (S. 44). Die Entwicklungen sollten das Städtische in Thun fördern. Dazu gehörte laut der Projektkommission nicht nur die städtische Bauweise, sondern auch die vielfältige Überlagerung verschiedenster Nutzungen und somit auch eine städtische Lebensweise der Bevölkerung (S. 62). Dem öffentlichen Raum sollte mehr Zuwendung geschenkt werden. Denn er gliedere eine ganze Stadt und verbinde ihre Häuser zu einem Ganzen. Auch würden die Besucherinnen und Besucher die Stadt Thun

über den öffentlichen Raum wahrnehmen (S. 66). Deswegen sollten die Aussenräume bewusst gestaltet werden und die Sicherheit im öffentlichen Raum tags und nachts gewährleistet sein (S. 68).

4.4.2 Strategie Stadtentwicklung 2015

2015 verabschiedete der Gemeinderat der Stadt Thun die „Strategie Stadtentwicklung 2015“. Der Gemeinderat wollte damit den Wirtschaftsstandort Thun stärken, die privaten und öffentlichen Arbeitsplätze erhalten und ausbauen. Weiter sollte die Lebensqualität durch zeitgemässe Erneuerung und den Ausbau des Wohnungsangebots aufgewertet werden. Durch angepasste Planung sollte die Siedlung, Landschaft und der Verkehr bestmöglich geordnet werden (Gemeinderat der Stadt Thun, 2015, S. 5). Im Strategiepapier versteht sich die Stadt Thun als weltoffene Stadt. Sie schaffe Voraussetzungen für ein sicheres und menschenwürdiges Zusammenleben. Das ausserordentliche Standortpotenzial für das Wohnen sollte durch einen zeitgemässen Wohnungsbau, der die verschiedenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, genutzt werden (S. 6). Um diese Ziele zu erreichen, verfolgte der Gemeinderat die Teilstrategie „verantwortungsvolles Zusammenleben“ und die Teilstrategie „attraktives Wohnen fördern“. Das attraktive Wohnen sollte durch die Förderung von qualitativ hochstehendem Wohnungsbau und die Erneuerung des Wohnungsbestandes der Wohnbaugenossenschaften erreicht werden. Weiter sollten durch die Erneuerung, sowie Um- und Einzonungen das Potential des Wohnens ausgeschöpft werden (S. 7). Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Bevölkerung zu erreichen, sollte der Wirtschaftsstandort gestärkt und das touristische Angebot verbessert werden. Weiter sollte die Innenstadt lebendig erhalten werden. Konkret zum Beispiel durch die Schaffung von attraktiven Lebensräumen im Rahmen der Umgestaltung des Verkehrsregimes (S. 9). Die Stadt Thun sollte ausserdem in ihrem Zentrum städtischer werden und die zunehmende Dichte müsse durch eine hohe gestalterische Qualität der Gebäude und Freiräume kompensiert werden (S. 11). Dazu sollte eine Qualitätssicherung im Planungs- und Baubewilligungsverfahren gewährleistet und eine partizipative Gestaltung des öffentlichen Raums gesichert werden (S. 12).

4.4.3 Stadtentwicklungskonzept STEK 2035

Das Stadtentwicklungskonzept Thun STEK 2035 ist Teil der Ortsplanungsrevision der Stadt Thun. Die Ortsplanungsrevision soll bis 2021 abgeschlossen werden. Im STEK 2035 werden fünf Strategien betreffend Wohnen, Arbeiten, Mischgebiete und Zentren, Landschaft und Freiräume, Stadtraum und Mobilität behandelt und dazu jeweils Leitideen, Ziele und Massnahmen zur Umsetzung formuliert, welche bis 2035 umgesetzt werden sollen. Die Stadt rechnet in den nächsten 25 Jahren mit einem Bevölkerungszuwachs von ungefähr 5'000

Personen. Dies führe zu einer erhöhten Nachfrage an Wohnraum, Arbeitsflächen, Schulraum und öffentlichen Einrichtungen. Diesem Bevölkerungswachstum will die Stadt Thun mit dem STEK 2035 begegnen. Dabei steht eine Siedlungsentwicklung nach innen im Fokus. Die Stadt werde dadurch dichter und städtischer (Gemeinderat der Stadt Thun, 2018, S. 12-14).

Die Strategie Wohnen zeigt auf, dass bezüglich der Siedlungsentwicklung geplant ist, die Wohnungsanzahl durch Verdichtung zu erhöhen. Weiter soll in den Quartieren eine soziale Durchmischung gefördert werden. Ein besonderes Augenmerk wird auf preisgünstigen Wohnraum in Kombination mit öffentlichen Angeboten gelegt (S. 28 - 29). Einige Quartiere sollen in ihrem Charakter bewahrt und mit Wohnraum ergänzt werden, andere werden zu einer Mischnutzung umfunktioniert, welche einen neuen Charakter aufweisen werden. Zusätzlich wird Wohnraum in bisher noch nicht bebauten Gebieten geschaffen (S. 28-29).

Die Strategie Arbeiten beschäftigt sich mit dem Arbeitsmarkt der Stadt. Die Beschäftigung sei in Thun seit 2011 zurückgegangen und habe sich im Vergleich mit der Region unterdurchschnittlich entwickelt (S. 41). Dadurch ist eine Stärkung von Thun als Arbeitsstadt eines der Ziele des STEK. Es wird erwartet, dass sich besonders der Dienstleistungssektor weiterentwickeln wird, weshalb Mischzonen von Wohnen und Arbeiten im Vordergrund stehen. Thun will nicht zur Wohnstadt verkommen und für Unternehmen attraktiv bleiben. Weiter soll der Verkauf auf die Innenstadt und die Quartierzentren konzentriert werden (S. 45 - 46).

Die Strategie Mischgebiete und Zentren knüpft an die zwei zuvor erwähnten Strategien an. Die Innenstadt soll gestärkt und durch neue Nebenzentren entlastet werden. Diese Neben- und Quartierzentren sollen als Mischgebiete gestaltet werden, sodass eine Kombination von Wohnen, Arbeiten und Freizeit entstehen kann (S. 55). Das bereits vorhandene Zentrum in der Innenstadt soll in der Entwicklung zum Bahnhof hin ausgebaut werden. Bereits bestehende Nebenzentren sollen erweitert und in Wert gesetzt werden (S. 55).

Trotz Verdichtung nach innen sollen vorhandene Frei- und Grünflächen erhalten und attraktiver werden, so die vierte Strategie. Durch die Verdichtung und Entwicklung nach innen sollen bereits vorhandene Flächen erhalten und zugänglich gemacht werden. Besonderes Augenmerk legt die Stadt dabei auf Grünflächen ausserhalb oder an die Stadt angrenzend wie beispielsweise das Bonstettengut, Haslimoos oder der Strättligenhügel (S. 80).

Die letzte Strategie widmet sich der Mobilität. In der Stadt Thun wird bis 2030 mit einem Wachstum des Gesamtverkehrs um 25% gerechnet. Um diesem Wachstum zu begegnen, sollen Quartiere und die Innenstadt vom Verkehr entlastet werden. Dies durch eine Verlagerung des Mehrverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel, Fuss- und Veloverkehr (S. 84).

4.4.4 Fazit aus den einzelnen Konzepten und Stadtentwicklungsstrategien

Die kurze Zusammenstellung der wichtigsten Inhalte der letzten Stadtplanungskonzepte zeigen auf, dass sich Ziele und Absichten der Stadt in den letzten zwanzig Jahren nicht drastisch veränderten. Ziele wie die Förderung der Steuerkraft, attraktivem Wohnraum und einem städtischen Erscheinungsbild waren Inhalte der drei Konzepte und Strategien. Auch das Interesse, als Arbeits- und Wirtschaftsstandort interessant zu bleiben, wird überall formuliert. Es ist nicht ersichtlich, welche Ziele der vergangenen Strategien umgesetzt wurden. Da die Ziele sehr allgemein formuliert sind, ist eine Zielerreichung nur schwer erkennbar. Die Ziele wiederholen sich in den verschiedenen Strategien und werden nur leicht umformuliert.

Das STEK 2035 vereint viele sinnvolle Ideen für eine zukünftige Stadtplanung. So sind Mischgebiete und verschiedene kleinere Quartierzentren im Sinne der Bevölkerung, da diese so belebt werden und so eine erhöhte Lebensqualität entsteht (Anhang 1, Saurer, 2018, S.6). Allgemein kann die Mischnutzung als Leitgedanke des Konzepts angesehen werden, welcher sich durch die gesamte Planung zieht. Das Mitwirkungsverfahren bezüglich des STEKs wurde im Sommer 2018 beendet und wird gegenwärtig ausgewertet (Stadt Thun, 2018). Ob und welche Änderungen vorgenommen werden ist momentan nicht bekannt. Trotz positiver Überlegungen, welche im STEK festgehalten wurden, bleibt die genaue Ausgestaltung der Stadtplanung offen und wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Welche Interessen sich in einzelnen konkreten Projekten später durchsetzen und berücksichtigt werden, bleibt offen.

4.5 Das Selve-Areal

Nachdem die Stadt Thun aus diversen Perspektiven beleuchtet wurde, wird nun das Selve-Areal am Rande der Thuner Innenstadt näher betrachtet. Das Selve-Areal machte seit 1895 viele Wandlungen durch, welche auch die Stadt Thun zeichneten. Politische und wirtschaftliche Interessen spielten in diesen Entwicklungen eine grosse Rolle. Das Selve-Areal, wie es Besucherinnen und Besucher der Stadt Thun heute zu sehen bekommen, hatte vor knapp 100 Jahren eine ganz andere Funktion und Ausstrahlung. In den folgenden Kapiteln wird die Entwicklung des Selve-Areals dargestellt.

4.5.1 Der historische Wandel des Selve-Areals

Die Geschichte des Selve-Areals ist vielseitig geprägt. Der Werdegang des Areals ist kreativ und abenteuerlich. Im heutigen Selve-Quartier ist davon jedoch nichts mehr zu bemerken. Nachstehend werden die Veränderungen des Areals seit 1895 bis heute nachgezeichnet.

4.5.1.1 Die Metallwerke Selve

Im Jahre 1895 eröffnete der deutsche Industrielle Gustav von Selve aus Altena, Westfalen, den neuen Selve-Zweigbetrieb der Schweizerischen Metallwerke Selve in Thun. Die Firma wurde im Laufe der Zeit einige Male umbenannt, weswegen im Folgenden verschiedene Bezeichnungen für dieselbe Firma verwendet werden. Es handelte sich um eine Fabrik zur Herstellung von Munitionsnäpfchen. Später stellte das Metallwerk auch Bronzedraht für Telegrafleitungen, Rondellen für die Münzherstellung, sowie Buntmetall- und Aluminiumprodukte her (Haller & Egli, 2013, S. 4-5). Mit der Eröffnung der Bahnlinie Bern – Thun und des ersten Bahnhofs 1859 eröffneten sich neue Möglichkeiten für die Erweiterung und Neuansiedlung von privaten Gewerbe- und Industriebetrieben (Bähler, Egli & Lüthi, 2018, S. 78). Neben zwei weiteren Firmen, der Hoffmann AG und Schachtelkäsefabrik Gerber & Co., waren die Schweizerischen Metallwerke Selve & Co. eine der wichtigsten Firmen in Thun, welche zu einem guten Ruf der Stadt als Industriestandort beitrugen. Durch die Einführung von Patronenhülsen aus Messing in der Munitionsproduktion, war das Eidgenössische Militärdepartement bestrebt, vom Import aus dem Ausland unabhängig zu werden. Die Lage in Thun war ideal, da das neue Selve-Werk in unmittelbarer Nähe der Eidgenössischen Betriebe in Thun (heute RUAG und armasuisse) lag.

Durch einen stetigen Ausbau von neuen Walzwerken, Drahtziehereien, Giessereien und Maschinenfabriken wurde das Gelände immer grösser und die frühere Schützenmatte wurde etappenweise überbaut. Besonders während des Ersten Weltkrieges florierte der Ausbau und so wurden die Schweizerischen Metallwerke Selve in Thun zum grössten Arbeitgeber der Region. Als Architekt der vielen Werkhallen fungierte Alfred Lanzrein (Hauser & Röllin, 1986, S. 337). Walter Selve übernahm die Firma seines Vaters Gustav von Selve nach dessen Ableben 1909. Ab 1935 war es dessen Frau Else von Selve, welche die Firma als alleinige Besitzerin führte (Haller & Egli, 2013, S. 33). Waren die Anfänge des Unternehmens noch bescheiden, so zählte es 1915 rund 1'000, während des Zweiten Weltkrieges rund 1'400 Arbeiterinnen und Arbeiter (Bähler et al., 2018, S. 82). Das Geschäft florierte bis in die 1960er Jahre. 1971 starb Else von Selve (Haller & Egli, 2013, S. 25-28). Aufgrund der schwierigen weltweiten Wirtschaftslage verzeichnete Selve & Co. immer grössere Verluste. Im Jahr 1979 kaufte der Financier Werner K. Rey die Firma für 18 Millionen Franken (SRF, 2017 a) und schloss die Schweizerischen Metallwerke Selve 1985 mit den Konzernen Metallwerke Boillat Reconvilier und Metallwerke Dornach zu „Swissmetal“ zusammen (Haller & Egli, 2013, S. 29).



Abbildung 5. Vogelschauperspektive des Selve-Areals. Farblithografie um 1925. Nach Hauser & Röllin, 1986, S.336.

1988 verkaufte K. Rey die gesamten Landreserven, 260'000 Quadratmeter, für 50 Millionen Franken an die Berner Unternehmen Titag AG und Marti AG (SRF, 2017 a). 1991 wurde ein Verfahren wegen Betrugs, Urkundenfälschung und betrügerischen Konkurses in verschiedenen Fällen gegen K. Rey eröffnet. Er schuldete der Berner Kantonalbank damals 145 Millionen Franken. Im Jahr 1993 wurde Selve & Co. aufgrund der finanziellen Lage schliesslich geschlossen. 450 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden arbeitslos. K. Rey flüchtete auf die Bahamas, wurde 1998 jedoch verhaftet und zu vier Jahren Haft verurteilt (SRF, 2017 a).

4.5.1.2 Die Zwischenphase von 1990 bis 2000

Bereits 1990 als das Ende von Selve & Co. absehbar war, veranstalteten das kantonale Hochbauamt, die Bauabteilung der Stadt Thun und die einfache Gesellschaft Areal Scheibenstrasse Thun (bestehend aus Titag AG, Marti AG) einen Ideenwettbewerb, deren Resultate als Grundlage für die weitere Planung des Areals dienen sollten. Dieser war offen für alle Bewerberinnen und Bewerber. Zusätzlich wurden 11 Architekturbüros eingeladen, ihr Projekt einzugeben. Davon gaben jedoch nur vier ein Projekt ab. Schlussendlich wurden insgesamt 26 Projekte eingereicht. Sie wurden von den Fachjurorinnen und -juroren Marie-Claude Bétrix und Alexander Henz, den Kantonsbaumeistern Urs Hettich und Alfredo Pini, sowie durch den Stadtarchitekten Rolf Reusser bewertet. Damals gewann das Büro B aus Bern den Wettbewerb mit dem Projekt „Sofronia“ (Loderer, 2013, S. 36).

Das Projekt überzeugte mit seinen Bezügen zum weitgehend unbebauten Park an der Aare, durch die konsequente Abschirmung gegenüber der Bahnanlage und durch seine „hohe Nutzungsflexibilität und –dichte“ (Anhang 3, Planungsamt der Stadt Thun, 1993, S. 6).

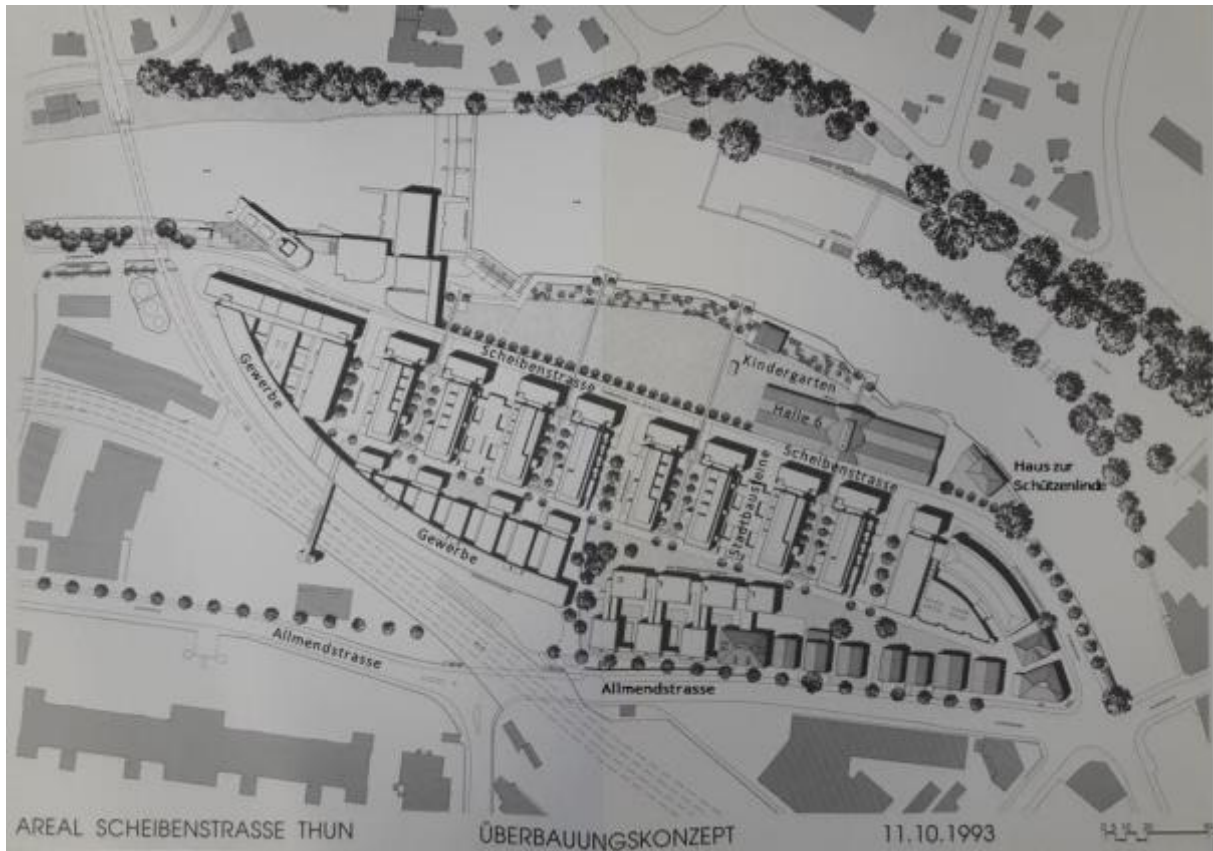


Abbildung 6. Plan des Überbauungsprojekts „Sofronia“. Nach Planungsamt, 1993.

Das Projekt Sofronia bestand aus einer Mischung aus Gewerbe und Wohnzone. Die Planung ist in Abbildung 7 ersichtlich. Der Überbauungsplan sah die kantonale Bezirksverwaltung entlang der Allmendstrasse vor. Entlang der Bahnlinie sollten Gewerbegebäude entstehen. Die Halle 6 sollte mit den vier ursprünglich geplanten „Stadtbausteinen“ das eigentliche Kernstück des Quartiers bilden. Jeder der vier Stadtbausteine sollte aus zwei sich gegenüberstehenden Gebäuden bestehen, welche durch einen leicht erhöhten Wohnhof verbunden werden (Anhang 3, Planungsamt der Stadt Thun, 1993, S. 10). In den Stadtbausteinen war eine „gemischte Wohn-, Büro- und Verkaufsnutzung“ (S. 10) geplant. Verglichen wurde die Planung mit derjenigen in der Altstadt, wobei in den oberen Geschossen gewohnt, im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss gearbeitet wird. Die Gebäude würden „Wohnungen für unterschiedliche Bedürfnisse, Familiengrößen und Altersgruppen“ (S. 10) bieten. Weiter sollten „publikumsorientierte Räume wie Geschäfte und Läden“ im Erdgeschoss untergebracht werden (S. 10).

Neben Wohnfläche und Gewerbe sollte auf dem Areal auch ein Park entstehen. Dieser war an der Aare entlang geplant und sollte einen grossen Teil des Areals einnehmen. Der bestehende Gewerbekanal sollte zu einem Feuchtbiotop umgestaltet werden (S. 12). Weiter sollte ein Fussgängerweg über die Stauwehr führen, so dass das Schwäbisquartier mit dem Selve-Areal verbunden wird (S. 12). Die alten Bauten des Hauses zur Schützenlinde und die Halle 6 sollten erhalten und in den Stadtpark integriert werden (S. 12).

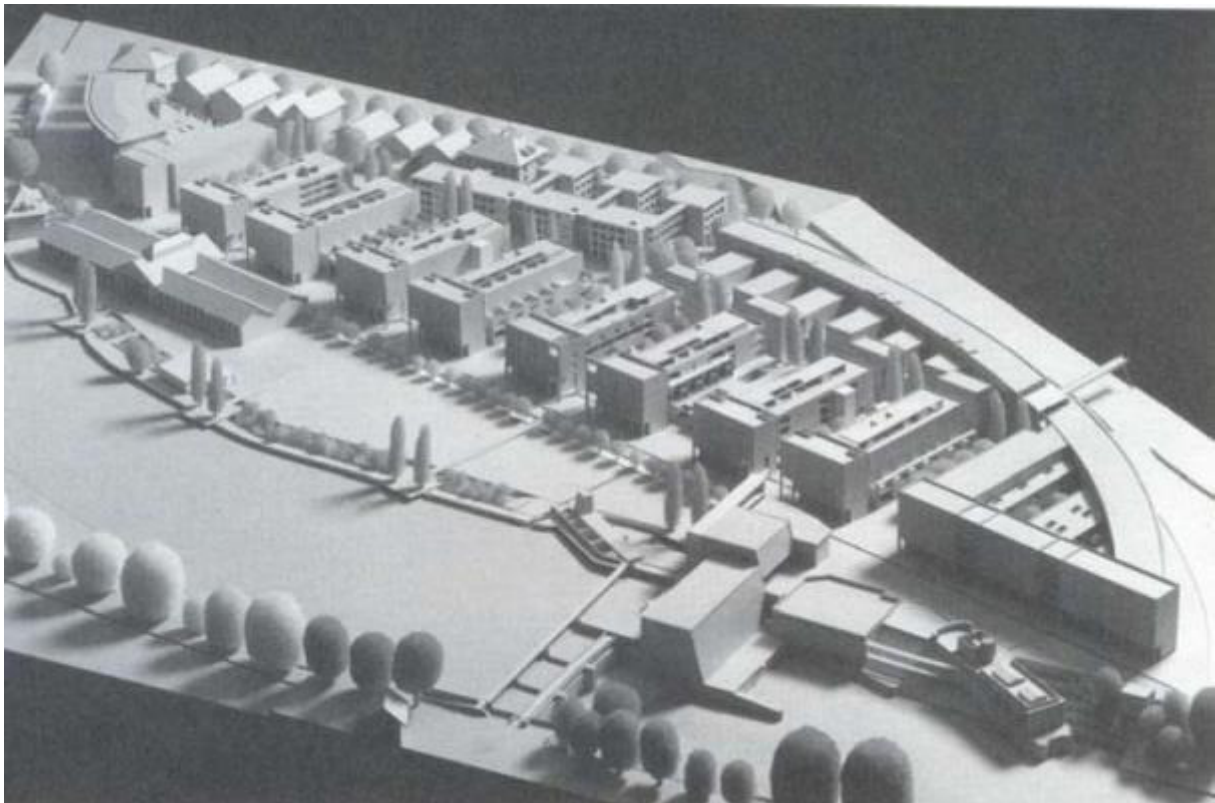


Abbildung 7. Modellansicht "Sofronia" aus Nordwest. Nach Ranova, Furrer & Storrer, 2007, S.8.

Die Überbauung sollte die Abdeckung vielfältiger Bedürfnisse garantieren. Auch die bereits zu dieser Zeit innovativen Zwischennutzungen wurden in der Dokumentation des Mitwirkungsverfahrens Scheibenstrasse Thun von 1993 berücksichtigt. So schreibt die Stadt, dass „der neue Freiraum vom innovativen Kleingewerbe ebenso schnell in Anspruch genommen wurde, wie von Initianten aus den Bereichen Freizeit und Kultur“ (S. 16). Die neue Überbauung werde das vorhandene Leben langsam wieder verdrängen. So sei es aber umso wichtiger, der neuen Überbauung „mit einem hohen Standard und der Abdeckung mehrerer Bedürfnisbereiche zu Lebensqualität zu verhelfen“ (S. 16). Geplant war also ein dichtes, durchmischtes, urbanes Quartier (Anhang 4, Ranova, Furrer & Storrer, 2007, S. 8).

4.5.1.3 Von der Industrie zur Partymeile: Zwischennutzungen ab 1988

Nach der Schliessung der Metallwerke wurde das Selve-Areal einige Zeit sich selbst überlassen. 1995 stimmte die Thuner Bevölkerung einem Zonenplan für eine Wohnüberbauung und einen Park zu (Zellweger, 2013). Somit wurden klare Vorgaben gemacht, was mit dem Areal geschehen sollte. Es wurde nach neuen Investoren gesucht, welche das Projekt auf dem Selve-Areal realisieren würden. Die Suche gestaltete sich jedoch schwierig. Die Kosten für eine Sanierung waren ungewiss, denn es war bereits bekannt, dass einige Bereiche des Bodens mit Schwermetall verseucht waren. Die Kosten für die Altlastensanierung wurden im Ganzen auf rund 100 Millionen geschätzt (Loderer, 2013, S. 41). Gebaut wurde zu dieser Zeit nichts, jedoch florierten Zwischennutzungen auf dem Selve-Areal. So siedelten sich in der Zwischenzeit immer mehr individuelle Kunst-, Kultur-, Gastro- und Partyprojekte in den leerstehenden Fabrikgebäuden an. Schon 1988 fand in einer der bereits leeren Hallen die Schweizer Skateboard Meisterschaft statt. (Zellweger, 2013). Wände durften nach und nach legal besprayt werden und 1992 eröffnete einer der ersten Nachtclubs des Areals, Sous-Sol, seine Türen. Weitere grössere Nachtclubs folgten ab ca. 1994, so zum Beispiel das Nachtwerk (Zellweger, 2013).

Das Selve-Areal bot ein vielfältiges Partyangebot, jedoch auch grossen Raum für individuelle und unkommerzielle Projekte. Das Areal erlangte mit der Zeit nationale Bedeutung und zog Menschen aus der ganzen Schweiz an. Jedenfalls für die Jugend und Junggebliebenen war das Selve ein Vergnügungsort. Für viele Bewohnerinnen und Bewohner hingegen stellte es einen Schandfleck und Sicherheitsrisiko dar (Loderer, 2013, S. 41). Drogen und Kriminalität waren Probleme, aber auch der Vorwurf der „Wettbewerbsverzerrung“ wurde laut. Es entstand eine Art Sonderzone des Gewerbes, wobei die Vorschriften nicht allzu genau genommen wurden (S. 41). 1999 wurden die Mietverträge der Zwischennutzenden zum zweiten bis ins Jahr 2003 Mal verlängert (Anhang 4, Ranova, Furrer & Storrer, 2007, S. 11).

4.5.1.4 Planung und Verfahren zwischen 1995 und 2005

Im Herbst 1998 wurden die kantonalen Verwaltungsgebäude an der Allmendstrasse in Betrieb genommen. Das Projekt wurde vom Büro B umgesetzt und entsprach dem Wettbewerbsprojekt von 1990 (Anhang 4, Ranova, Furrer & Storrer, 2007, S. 9). 1995 wurde eine neue Überbauungsordnung basierend auf dem Siegerprojekt Sofronia des Wettbewerbs ausgearbeitet. Auch die Eigentumsverhältnisse des Selve-Areals änderten sich zu dieser Zeit. Seit 1988 waren die Grundstücke der damaligen Selve AG im Besitz der einfachen Gesellschaft Scheibenstrasse (Titag AG, Marti AG). 1995 ging die Titag AG Konkurs und die Marti AG übernahm das gesamte Grundstück. Zwischenzeitlich wurde die Marti AG in Oreba AG umbenannt. Diese verkaufte den östlichen Teil des Grundstückes an Private. Im

Dezember 2000 folgte die Zwangsversteigerung der Grundstücke an der Scheibenstrasse (Anhang 4, Ranova, Furrer & Storrer, 2007, S. 9). Der Kanton Bern ersteigerte mit der Stadt Thun als Selve Park AG, unter der Leitung des Frutiger-CEO Fritz Grossnikiaus das 3`3000 Quadratmeter grosse Gebiet für nur 3,75 Millionen Franken. Das Aktienkapital der Selve Park AG betrug 100'000 Franken (Loderer, 2013, S. 41). Die Selve Park AG operierte wie eine private Aktiengesellschaft. Die Stadt erklärte, es sei Sache von privaten Investoren, das Areal zu planen und zu entwickeln, nicht Sache der Stadt. Die Stadt überliess die Steuerung der Selve Park AG den späteren Investoren, den Unternehmungen HRS und Frutiger AG (Loderer, 2013, S. 41). Der Kauf des Geländes für 3.75 Millionen Franken mag als Schnäppchen anmuten. Umgerechnet handelt es sich dabei um einen Quadratmeterpreis von ca. 110 Franken. Zu diesem Preis kam allerdings der Infrastrukturvertrag. Dieser besagte, dass die Käuferin oder der Käufer des Geländes sich dazu verpflichtet, die Altlastsanierung zu übernehmen. Ein Gutachten kam auf Kosten von 56 Millionen dieser Altlastensanierung (Loderer, 2013, S. 41). So war klar, dass die neue Überbauung einen Mehrwert generieren muss, welcher die Altlastenkosten abdeckt.

4.5.1.5 Erneuter städtebaulicher Wettbewerb

Durch die vielen Änderungen der Besitzverhältnisse und der langen Zeit, welche seit dem ersten Wettbewerb verstrichen war, wurde eine erneute, aktuellere Überbauungsplanung als notwendig empfunden.

Für die Selve Park AG lag die Realisierung der Überbauung nicht in ihrem Aufgabenbereich. Sie begab sich auf Investorensuche, um diese Aufgabe auszulagern. Die Suche war schliesslich erfolgreich. Zusammen mit den beiden kaufberechtigten Investoren Frutiger AG aus Thun und HRS aus Frauenfeld, wurde Ende 2004 ein erneuter Wettbewerb für eine Neugestaltung des Selve Areals lanciert (Anhang 4, Ranova, Furrer & Storrer, 2007, S. 12). Anders als 1990 wurden für den zweiten Wettbewerb klare Ziele und Vorstellungen formuliert. Es sollte eine Überbauung von „überdurchschnittlicher Qualität und unverwechselbarem Charakter“ geschaffen werden (Anhang 5, Einfache Gesellschaft „Selve-Areal Thun“, 2004, S. 2). Im Selve Areal sollte die Wohn- und Arbeitsnutzung im Vordergrund stehen. Weiter sollte der Ort für „Unterhaltung, Bildung sowie Freizeit und Sport“ genutzt werden (S. 2). Das Nutzen-Kostenverhältnis stand zudem im Fokus. Das Selve-Areal wird weiter als ein zentral gelegenes Gebiet mit hohem Entwicklungspotential angesehen. Als zentraler Punkt in der Zielsetzung im Bericht des Beurteilungsgremiums wird weiter ausgeführt, dass das Gesamtkonzept der Umnutzung des Selve-Areals „als eine Erweiterung der Innenstadt anzusehen“ sei (Anhang 5, Einfache Gesellschaft „Selve-Areal Thun“, 2004, S. 2). Liest man jedoch auf Seite 6 des Berichtes weiter, wird schnell klar, dass

nun doch der Nutzungsschwerpunkt auf ein „ruhiges‘ Wohnen“ in einem „urbanen Trendquartier“ vorgezogen wird (S. 6). Dieser Sinneswandel wird im Bericht nicht begründet. Auch im Hinblick auf die Erbauung von Hochhäusern kam es schlussendlich anders, als ursprünglich vom Beurteilungsgremium vorgesehen. Dieses hält in ihrem Bericht fest, dass viele der eingereichten Projekte ein oder mehrere Hochhäuser vorsehen, dies aber zum einen durch die bestehende Bauordnung nicht möglich wäre, zum anderen „aus städtebaulicher Sicht bezogen auf die Nähe zur Altstadt kritisch zu beurteilen wäre“ (S. 6).

Das Beurteilungsgremium bestand damals aus folgenden Personen:

- Fritz Grossniklaus, Präsident VR Selve-Park AG, Thun (Vorsitz)
- Beat Straubhaar, Stadt Thun, Vorsteher Direktion Bau und Liegenschaften
- Daniel de Zordo, HRS Hauser Rutishauser Suter AG, Kreuzlingen
- Walter Fischer, Architekt BSA/SWB
- Nick Gartenmann, Dipl. Architekt ETH SIA, Bern
- Rosmarie Müller-Hotz, Prof. für Architektur und Städtebau, HSR Rapperswil
- Matthias Wehrli, Architekt/Planer FSU/SIA/SWB, Bern / Wünnewil

In der Projektbeurteilung wurde das Kriterium der Wirtschaftlichkeit mit 30% neben dem des Städtebaus und Architektur (25%), Nutzung (25%), Verkehr (10%), Nachhaltigkeit (10%) am höchsten gewichtet (Anhang 5, Einfache Gesellschaft „Selve-Areal Thun“, 2004, S. 5).

Bei der Ausschreibung und der anschliessenden Überarbeitung der Projekte gab es schliesslich zwei Gewinner. Das Projekt von Althaus Architekten überzeugte mit dem Bürogebäude im Osten, das Projekt von Luscher Architectes hingegen mit den Wohngebäuden im Westen. So wurden die beiden Projekte kombiniert (Loderer, 2013, S. 43). Die Begründung liest sich als grösstenteils wirtschaftlicher Natur. „Der Einbezug der Investorensicht ist für die Realisierungschancen auf dem Selve-Areal zentral. Der urbane Überbauungsraaster des Teams Althaus überzeugt aus städtebaulicher Sicht mehr, schneidet aber in Bezug auf die Vermarktungs- und Differenzierbarkeit der Wohnungen schlechter als das Projekt Luscher ab. Der Markt für stark urban geprägtes Stockwerkeigentum ist im Raum Thun vorhanden, dürfte aber für eine Überbauung in der Grösse des Selve-Areals (rund 270 Wohnungen) ein kommerzielles Risiko darstellen“ (Anhang 6, Einfache Gesellschaft „Selve-Areal Thun“, 2005, S. 9). Die urbane Planung des Teams Althaus war also zu städtisch für die Stadt Thun. Neben einem Altersheim sollten verschiedene Wohnhäuser und zwei Hochhäuser, eines acht- das andere zwölfgeschossig gebaut werden. Nach weiteren Planungsphasen und Zonenplanänderungen startete das Bauvorhaben 2010.

Mittlerweile wurde die Selve Park AG liquidiert, diese habe ihren Zweck, eine Neuüberbauung des Selve-Areals, erfüllt und sei somit nicht mehr notwendig. („Die Selve-

Park AG hat sich überflüssig gemacht“, 2017). Das Vorgehen von Kanton und Stadt mit der Selve Park AG war ungewöhnlich. Durch die Gründung der AG sollte das Areal Spekulationen entzogen werden. Das Unterfangen unterlag jedoch der Geheimhaltung, so der Verwaltungsratspräsident Fritz Grossniklaus (SRF, 2017 b). So war bis zur Ersteigerung nicht klar, dass die private Aktiengesellschaft aus Kantons- und Stadtregierung bestand. Durch die Gründung einer AG war das Grundstück rechtlich gesehen in Privatbesitz und lag nicht in der öffentlichen Hand. Dass die Gemeinwesen und öffentlich-rechtliche Körperschaften nicht alle öffentlichen Aufgaben ihrer Verwaltung selber erfüllen ist seit jeher bekannt. Solche Aufgaben würden Teils auf Institutionen ausserhalb übertragen. Diese Auslagerung von öffentlichen Aufgaben habe heute eine höhere Bedeutung erlangt und die teilweise oder gar vollständige Privatisierung öffentlicher Aufgaben liege im Trend (Anhang 7, Wuwer, 2018, pers. Mitteilung).

4.5.2 Das heutige Selve-Areal

Das heutige Selve-Areal dient hauptsächlich als Wohnraum. Guntram Knauer bezeichnet die Selve-Überbauung als Investorenprojekt, welches Wohnraum auf teils gehobenem Standard bietet. Die Investoren hätten bei der Überbauung das Interesse gehabt, durch die Gestaltung der Umgebung ein ruhiges Quartier zu schaffen. (Anhang 2, Knauer, 2018, S. 3). Wie im Kapitel 3.1.2.3 „Urbanität“ bereits angesprochen wurde, werden belebte und von Vielfalt geprägte Lebensräume in einer Stadt als urban bezeichnet. Die eher wenig belebten Aussenräume des Selve-Areals, die nicht zum Verweilen einladen, können somit nicht als urbaner Lebensraum bezeichnet werden.



Abbildung 9. Halle 6 aus Sicht der Aare. Nach 750 Jahre Thuner Stadtrechte, n.d..

Allein die Konzepthalle wird von seitens Johannes Saurer und Guntram Knauer als gelungener Teil der Überbauung genannt (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 2/ Anhang 2, Knauer,

2018, S. 4). Die Halle 6, auf der Abbildung 9 zu sehen, steht in einem Kontrast zu den modernen weissen Wohnkomplexen und den beigen Verwaltungsgebäuden. Vom bereits erwähnten Fabrikareal ist ausser dieser Halle 6 nichts mehr übriggeblieben, was auf die alten Zeiten zurückschliessen lässt und ein Stück Geschichte der nächsten Generation weitervermitteln könnte. Das Wohlfahrtsgebäude, welches früher auf der Höhe der Halle 6 stand, dient heute als Wohnblock. Saurer nennt das heutige Selve-Areal, eine Siedlung, die überall stehen könnte. Das Selve sei nichts mehr thunspezifisches und die Geschichte sei praktisch ausgelöst worden (Anhang 1, Sauer, 2018, S. 2). Der Jurybericht der Selve setzte ein charakteristisches gehobenes Wohnen voraus. Die Investoren seien deshalb auf eine ruhige Wohnumgebung angewiesen gewesen. Der Verkehr wurde umgeleitet und der Park sei nach Saurer deshalb auch wenig einladend gestaltet worden (S. 5). Mit dieser Verkehrsumleitung wurde ein wichtiges Stück Geschichte zerstört. Die Scheibenstrasse wurde heute aufgrund der Wohngebäude umgeleitet und hat einen Knick und wurde so ihrer ursprünglichen Form beraubt. Das wichtigste Element des Selve-Areals, die Scheibenstrasse, sei so nach Saurer kaputt gemacht worden (S. 2).

4.5.3 Die wirtschaftliche Betrachtung des Selve-Areals

Das Selve Areal war früher ein sehr relevanter wirtschaftlicher Zweig für die Stadt Thun. Nach den Metallwerken, war die Zwischennutzung des Selve-Areals von 1988 bis 2007 für Gastronomie- und Barbetriebe interessant. Nach dem Portal Zwischennutzungen.ch machten sich nach der Schliessung der Metallwerke ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Selve-Werke selbständig (Leitfaden Zwischennutzung, n.d.). Rund 200 Gastronomie- und Kulturbetriebe hätten von der Möglichkeit eines befristeten Vertrags Gebrauch gemacht und verwandelten die ehemalige Fabrikstrasse in eine Ausgehmeile. Diese Zwischennutzungen seien jedoch auch nach der Ersteigerung des Areals 2005 durch die Selvepark AG nie in die Planung miteinbezogen worden. Die Bauqualität der Gebäude und die prekäre Infrastruktur hätten dann teils auch zu einem Rückzug der Zwischennutzungen geführt. 2007 seien dann die letzten Zwischennutzungen und somit auch die Ausgehmeile verschwunden (Leitfaden Zwischennutzung, n.d.).

Zur Zeit der Zwischennutzungen, wie auch heute, befinden sich nach Kurt Messerli vom Amt für Stadtliegenschaften alle Grundstücke in privatem Besitz. Die Bodenpreise seien deshalb nicht bekannt. Kurt Messerli geht von einem Landwert aus, der im höheren Preissegment anzusiedeln wäre, da sich die Lage in Stadtnähe und direkt an der Aare befindet. Für eine Wohnungsnutzung würde dies einen Wert von +/- 1200 Fr./m² bedeuten (Anhang 14, Messerli, 2018, pers. Mitteilung).

Per Mail hat die Firma Frutiger AG, vertreten durch Stefanie Jäggi, Auskunft über die Überbauung und den entstandenen Wohnraum gegeben. Die Frutiger AG hat alle Gebäude

bei der Überbauung im Selve-Areal erstellt und ist heute im Besitz der Wohnhäuser an der Scheibenstrasse 27 und 27A (Anhang 13, Jaeggi, 2018, pers. Mitteilung). Der Frutiger AG würden keine Unterlagen mehr vorliegen, wie Verteilung der Anzahl von Miet- bzw. Eigentumswohnungen ist. Lediglich sei bekannt, dass die Gebäude D/E/F (siehe Abbildung 10) insgesamt 80 Eigentumswohnungen umfassen. Das Gebäude G verfüge über 16 Mietwohnungen. Die Grösse der Eigentumswohnungen liege bei 2.5 – 6.5 Zimmer und die Mietwohnungen würden 3.5 – 4.5 Zimmer umfassen (Gebäude D/E/F/G/L).



Abbildung 10. Lageplan Selve-Überbauung. Nach Stadtverwaltung Thun, n.d..

Die Preise der Eigentumswohnungen beliefen sich bei Erstverkauf zwischen 330'000 und 1'500'000 Franken. Die aktuelle Miete liege zwischen 1'950 – 2'900 Franken. Es sei der Frutiger AG nicht bekannt, ob aktuell alle Eigentumswohnungen belegt seien. Die Mietwohnungen seien jedoch zu 100% bewohnt (Anhang 13, Jaeggi, 2018, pers. Mitteilung).

4.5.4 Die Nutzung und die verschiedenen Interessensgruppen im Selve-Areal

Zu Beginn der Errichtung der Selve Metallwerke kann davon ausgegangen werden, dass es sich um ein eher ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Interessengruppen im Selve-Areal handelte. Wirtschaftlich war die Fabrik ein wichtiger Arbeitgeber und generierte gute Gewinne. Dies steigerte die wirtschaftliche, aber auch sonstige Attraktivität der Stadt Thun. Dies war politisch gesehen eine positive Entwicklung. Auch die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze waren im Sinne der Politik aber auch der Bürgerinnen und Bürger. Diese waren darauf angewiesen einer bezahlten Tätigkeit nachgehen zu können, welche sie damals in der Region Thun zum grossen Teil in den Bundesbetrieben fanden. Auch das Wohlfahrtsgebäude hatte einen hohen Stellenwert. Dort erhielten sich Arbeiterinnen und

Arbeiter von den Tätigkeiten in der Fabrik, ruhten sich aus und pflegten den Austausch untereinander. Durch das Ende der Metallwerke veränderte sich diese Dynamik.

Wirtschaftlich gesehen wurde das Areal nicht in seinem vollen Potential ausgenutzt, die Zwischennutzungen brachten nicht die Gewinne, welche auf einem solchen Areal möglich gewesen wären. Jedoch wurden die Interessen der Bevölkerung und deren Bedürfnis nach Freiraum weitgehend befriedigt. Das Areal wurde kreativ genutzt und liess Raum für eigene Gestaltungsideen. Durch eine relativ unkomplizierte und unbürokratische Handhabung wurde den Bedürfnissen eines grossen Teils der Bürgerinnen und Bürger nachgekommen. Die Politik hingegen sah sich im Zwiespalt. Einige Politikerinnen und Politiker sowie Parteien schätzen diese Zwischennutzungen, andere wollten sie nur so schnell wie möglich loswerden und dem Treiben ein Ende setzen. Zum einen brachte das Areal während dieser Phase der Stadt viele Besucherinnen und Besucher und ein Image, welches gerade junge Menschen anzog. Zum anderen wurde das Areal auch immer als schwieriges, teils auch gefährliches Gebiet angesehen. In der letzten Phase, der Errichtung des heutigen Selve-Quartiers spielte die Interessengruppe der Wirtschaft wiederum eine entscheidende Rolle. Sie legte schlussendlich fest, wie gebaut werden sollte. Die Stadt richtete sich mit mehreren Zonenplanänderungen und Anpassungen nach den Wünschen der Investoren. Die Interessengruppe der Bürgerinnen und Bürger wurde in der Überbauungsplanung zwar im Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens einbezogen. Inwiefern dies jedoch repräsentativ die Meinung der Bevölkerung widerspiegelt, kann nicht geklärt werden.

4.5.4.1 Interessengruppe der Politik

Die administrative Macht besteht in der Stadt Thun aus dem Verwaltungsapparat (vgl. Abbildung 11) und dem Parlament. Das Parlament besteht aus dem Stadtrat. Der Stadtrat der Stadt Thun beteiligt sich an der politischen Planung, wählt Behörden mit Entscheidungsbefugnis, setzt Recht und beaufsichtigt die Stadtregierung und die Stadtverwaltung. Weiter werden alle den Stimmberechtigten unterbreiteten Abstimmungsvorlagen behandelt (Stadtverwaltung Thun, n.d., h). An der Spitze des Verwaltungsorganigramms der Stadt Thun steht der Gemeinderat. Jedes der fünf Gemeinderatsmitglieder hat einen Zuständigkeitsbereich. So ist beispielsweise die SP-Gemeinderätin Marianne Dumermuth zuständig für das Amt für Stadtentwicklung. Ihr unterliegt das Planungsamt und das Bauinspektorat. Das politische Klima der Stadt Thun befindet sich, gemäss dem Journalisten Yves Brechbühl, in einem Umbruch. Im November 2018 wurde zum ersten Mal eine Gemeinderätin aus der Grünen Partei gewählt und in den Stadtratswahlen ging die Schweizerische Volkspartei (SVP) als Verliererin aus. Sie verlor drei ihrer 13 Sitze. Da auch die liberale Partei (FDP) einen Sitz verloren, erlitt der bürgerliche Flügel einen Machtverlust (Brechbühl, 2018).

Organigramm Verwaltung

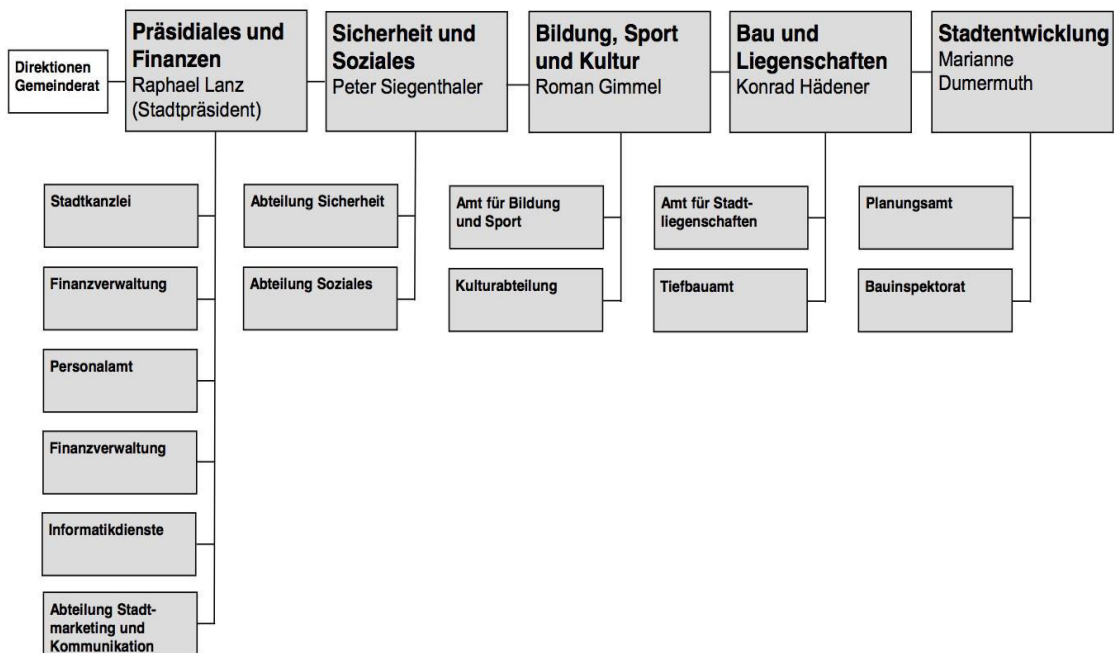


Abbildung 11. Organigramm Stadtverwaltung. Nach Stadtverwaltung, n.d..

Wiedergewählt wurde der SVP- Stadtpräsident Raphael Lanz (Brechtbühl, 2018). Er besetzt nun seit 2011 das Amt des Stadtpräsidenten. Er setzt sich für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze in Thun ein. Zudem ist er Vorsitzender in der Kommission Wirtschaftsraum Thun (Raphael Lanz, n.d.). Vor ihm waren zwei Sozialdemokraten (SP) im Amt des Stadtpräsidenten. In der Vergangenheit war die Zusammensetzung des Gemeinderats ausgeglichen. So befanden sich immer zwischen zwei bis vier Mitglieder der SP und der SVP im Gemeinderat (Stadtverwaltung Thun, n.d. i) Die Personen in den politischen Ämtern üben, wie das Beispiel von Raphael Lanz zeigt, oftmals auch andere Mandate aus. So auch Fritz Grossniklaus, welcher von 1991-2002 Gemeinderatsmitglied (Stadtverwaltung Thun, n.d. i) war. Er war seit 1992 CEO der Frutiger AG, welche die Gebäude der Überbauung im Selve-Areal erstellt hatte (Frutiger, n.d.). Die Wahrscheinlichkeit, dass sich in solchen Fällen die Interessen des Mandats als CEO und die Interessen als Vertreter der Bevölkerung nicht immer ganz decken, ist relativ gross. So handelt ein CEO für seine Firma nach der Profitlogik. Gleichzeitig muss er im Amt als Gemeinderat sein Handeln und seine Aussagen vor der Bevölkerung legitimieren können. Blickt man auf die Zeit des Planungsprozesses des Selve-Areals zurück, lässt sich laut Knauer feststellen, dass die Politik ungeduldig handelte (Anhang 2, Knauer, 2018, S. 1). Die Politik hätte das Interesse gehabt, dass der Zustand der Zwischennutzung auf dem Selve-Areal rasch änderte, wie Knauer ausführte. Diesen Zustand hätten nicht alle Menschen in

der Stadt Thun gerne gesehen. Der Politik habe die Geduld und der Gestaltungswille gefehlt eine nachhaltige Entwicklung im Selve-Areal zu realisieren. Die Politik hätte sich jedoch aus der Verantwortung gezogen und langfristige Überlegungen nicht weiterverfolgt (Anhang 2, Knauer, 2018, S. 1). Stattdessen übergab sie das Areal einem Zwischenhändler, welcher die Interessen des Marktes verfolgte. Dieses Handeln könne laut Knauer zwar im Interesse der Öffentlichkeit sein, könnte jedoch auch die Chance einer kontinuierlichen Entwicklung untergraben (S. 1). Weiter warte die Stadt Thun laut Saurer, im Prinzip auf Investoren und wenn diese dann da seien, hätten sie freie Hand (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 1). Er führt aus, dass der Thuner Stadtregerung die Stadtentwicklung nicht wichtig sei (S. 2). Weiter sei ein weiteres Problem, dass die Verwaltung in Thun in verschiedene „Königreiche“ eingeteilt sei und jedes für sich selbst walte. Es fehle in Thun eine starke Person, welche städtebauliche Projekte in die Hand nehme (S. 2).

Ob die Politik bei der Selve-Überbauung im Sinne der Öffentlichkeit gehandelt hat, kann nicht vollständig geklärt werden. Denn es fand kein öffentlicher Diskurs statt, bei dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen anbringen konnten. So waren bei den Mitwirkungsverfahren weder kritische Stimmen, noch Zustimmungen zu erfahren. Es fand in der breiten Öffentlichkeit kein Diskurs über die Wünsche an das neue Stadtquartier statt. Wie die Stadt Thun die Bevölkerung über das Projekt der Selve, abgesehen von den Zeitungen, informiert hat, konnte nicht mehr nachvollzogen werden.

Mit dem Strategiepapier, welches 2015 zum ersten Mal erschien, wollte der Gemeinderat ein Mittel schaffen um die Bevölkerung in regelmässigen Abständen über die Absichten der Behörden und Verwaltung zu orientieren. Das Strategiepapier soll zeigen wie die personellen und finanziellen Ressourcen eingesetzt werden sollen (Gemeinderat der Stadt Thun, 2015, S. 5).

4.5.4.2 Interessengruppe der Wirtschaft

Die Stadt Thun steht wie alle Städte in einem Konkurrenzdruck und möchte einen attraktiven Wirtschaftsstandort repräsentieren. Dieses Ziel ist in der Strategie Stadtentwicklung von 2009 formuliert (Gemeinderat der Stadt Thun, 2018, S. 5). In der Stadt Thun sollten auf den verfügbaren Flächen wertschöpfungsstrake und innovative Produktions- und Dienstleistungsbetriebe angesiedelt werden. Auch die Finanzkraft solle durch eine Stärkung der Steuerkraft und eine bedachte Ausgabenpolitik verbessert werden, ebenso wie die zukunftsgerichtete Technologie (S. 5 - 9). Um diese Ziele zu erreichen, solle der Wirtschaftsstandort Thun gestärkt und der innerstädtische Dienstleistungsstandort gefördert werden (S. 9).

Die Wirtschaft in Thun wurde über 100 Jahre von der Rüstungsindustrie geprägt. Seitdem die Rüstungsindustrie in den 90er Jahren einbrach, fehle es nach Häberli und Zellweger an einer Alternative zu diesem wirtschaftlich relevanten Zweig (Häberli & Zellweger, 2009, S. 2). Thun würde es gar an einer wirtschaftlichen Identität fehlen. Der Wirtschaftsraum Thun weise einen tiefen Ausländerinnen- und Ausländeranteil, sowie sehr wenig Fremdsprachige auf. Dies deute auf einen geringen Austausch mit der Aussenwelt hin (S. 2). Auch die Bildungsstruktur sei sehr speziell, denn nirgendwo in der Schweiz sei der Anteil der abgeschlossenen Lehren ohne Weiterbildung so hoch und der Anteil von Personen mit einem höheren Bildungsabschluss so tief (S. 2). Die Untersuchungen von Häberli und Zellweger ergaben, dass in der Stadt Thun zwar die Bildung auf Sekundarstufe II auf einem sehr breiten Spektrum abgedeckt sei. Jedoch fehle Thun Angebote im tertiären Bildungsbereich. Besonders für die in Thun starken Branchen Maschinen, Metall und Bau würden die Weiterbildungsmöglichkeiten fehlen (S. 49). Weiter sei für die Thuner Industrie auffallend, dass die prägenden Investoren und Unternehmen von aussen kamen. So wurde der Waffenplatz durch den Bund und das bedeutende Unternehmen der Metallwerke Selve von einem Deutschen aufgebaut (S. 66). Dies sei auch heute noch so, sagte Saurer im Interview. Die Stadt Thun sei auf Investoren angewiesen und froh, wenn diese in Thun etwas machen würden (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 2). Auch die neue Überbauung im Selve-Areal in Thun war ein Investorenprojekt. Die Selve-Park AG überliess die Steuerung der Aktiengesellschaft der den Investoren Frutiger AG und HRS (Loderer, 2013, S. 41). Diese erstellten rund 270 Eigentums- und Mietwohnungen (Stadtverwaltung Thun, n.d. g). Darunter befinden sich auch zwei Hochhäuser. Laut Saurer war es eine Projektvorgaben für die Überbauung, dass es keine Hochhäuser geben dürfe. Trotzdem konnten diese durch die Investoren schlussendlich gebaut werden (Anhang 1, Saurer, 2018 S. 2). Das Beispiel Selve zeigt, dass Investoren bei ihren Bauvorhaben in Thun nicht mit grosser Gegenwehr oder Einschränkungen rechnen müssen. Obwohl das Selve-Quartier ursprünglich ein belebtes Quartier werden sollte, konnten die Investoren ihren Wunsch nach einem ruhigen Wohnquartier durchsetzen.

4.5.4.3 Interessengruppe der Bürgerinnen und Bürger

Im Selve-Areal wurden Wohnungen für die Mittel- und Oberschicht gebaut. Das Areal wird heute primär durch die Anwohnerinnen und Anwohner genutzt. Hinzu kommen Angestellte der Verwaltung und der Halle 6, welche sich tagsüber im Selve-Areal aufhalten. Auffällig ist, dass sich im Selve-Areal kaum Leben im öffentlichen Raum abspielt. Bewohnerinnen und Bewohner sieht man selten draussen, Menschen halten sich kaum ausserhalb der Wohnungen auf (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 6). Vom regen Treiben, welches während der Fabrikproduktion geherrscht haben muss oder von der kreativen Belebung des Quartiers

durch verschiedenste Zwischennutzungen ist heute nichts mehr zu spüren. Während des Fabrikbetriebs diente das Selve-Areal für eine grosse Anzahl von Angestellten als Arbeitsstätte. Aber auch der gesellschaftliche Austausch wurde, zum Beispiel im Wohlfahrtsgebäude, gepflegt. In den späteren Zwischennutzungen wurde das Areal täglich, besonders am Wochenende von tausenden Menschen genutzt, welche dort Raum für eigene Projekte, Partys, Ateliers, Kunst und Kultur fanden. Das Areal wurde vielfältig genutzt und bot einer breiten Masse von Menschen Platz. Das Selve-Areal wird heute im Vergleich, gemessen an der Gesamtbevölkerung der Stadt Thun, nur noch von einer kleinen Gruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Angestellten genutzt.

Das Interesse der Bevölkerung kann nicht allgemeingültig dargelegt werden, da diese keine homogene Masse mit identischen Bedürfnissen und Interessen darstellt. Verschiedene Bedürfnisse innerhalb der Bevölkerung stehen sich gegenüber. Anwohnerinnen und Anwohner schätzen ihre Ruhe und wollen nicht gestört werden (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 4). Für die anderen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ist das Areal zwar zugänglich, jedoch nicht mehr attraktiv, um sich dort aufzuhalten. Der Thuner Architekt Johannes Saurer führt aus, dass für die Bevölkerung einer Stadt eine sinnvolle Mischnutzung wichtig ist (S. 6). Reine Wohnquartiere bieten keine Anknüpfungspunkte. Erst Stadtteile mit einer Mischnutzung aus Gastronomie, Gewerbe, Verkaufsflächen und Wohnungen seien für Stadtbewohnerinnen und -bewohner interessant (S. 6). Und weiter sind es nach Saurer die Aussenräume, welche für die Bevölkerung einer Stadt enorm wichtig sind. Gemütliche Parks, Sitzmöglichkeiten und andere gestalterische Massnahmen würden zum Verweilen einladen und fördern eine Atmosphäre, in der sich Menschen wohlfühlen. (S. 4). Im Selve-Areal ist der Park wenig einladend gestaltet worden, es gibt keine Geschäfte, welche Menschen anlocken und es herrscht keine städtische Atmosphäre, die zum Flanieren einlädt. So wird einem grossen Teil der Bevölkerung ein zentrales Stück Stadt, nicht durch Abriegelung, jedoch durch mangelnde Attraktivität, vorenthalten.

Wie im folgenden Kapitel 4.6 beschrieben wird, hatten die Bürgerinnen und Bürger zwar eine Möglichkeit zur Mitsprache durch ein Mitwirkungsverfahren und das Einspracherecht. Dies wurde jedoch durch die Bevölkerung kaum wahrgenommen. Warum dies so war, soll an späterer Stelle geklärt werden. Diese magere Beteiligung am Planungsprozess durch die Bürgerinnen und Bürger soll jedoch nicht heissen, dass es keine kritischen Stimmen gibt, bzw. gegeben hat. Das Projekt Selve, aber auch die Stadtplanung generell wird kritisiert, da sich diese oftmals nur für mittel- oder hochpreisigen Wohnraum einsetze und keine Räume für Kunst und Kultur zur Verfügung stelle (AKuT, 2016). So gibt es auch in Thun vereinzelte Gruppen, welche Leerstand anprangern und sich für Freiräume und Kulturprojekte einsetzen oder einsetzen.

Die Aktionen der „Kulturgruppe A-Perron“, welche mit Hausbesetzungen wie dem alten Gerberkäse-Areal 2011 oder dem leerstehenden Kino Rex 2012, Demonstrationen und anderen kreativen Aktionen auf ihre Anliegen aufmerksam machten, hätten sich in einem übersehbaren und kultivierten Rahmen gehalten (Stadt Thun, 2012, S. 233). Die Forderung nach einem Kulturzentrum für die Jugendlichen in Thun, realisiert an der Seestrasse im alten Bierdepot, schien aus Sicht der Polizei wegen der dort ansässigen Rotlicht-Situation jedoch nicht unproblematisch (S. 233). Trotzdem wurde dem Kollektiv, welches sich für einen nicht konsumorientierten Kultur- und Freiraum einsetzte, eine Lokalität an der Seestrasse zur Benutzung zur Verfügung gestellt. Das Einlenken der Stadt war jedoch nur dem Engagement dieses Kollektivs zu verdanken. Der Kulturgruppe A-Perron gingen jahrelange Bemühungen anderer Gruppen voraus, welche mit Hausbesetzungen und anderen Aktionsformen für mehr Freiraum in Thun kämpften. Die Berner Zeitung fasst in einem Artikel 2011 die ihr bekannten Geschehnisse zusammen (Probst, 2011). Laut dem Artikel haben bereits 1999 Jugendliche unter dem Namen „Gruppe Irrenhaus“ ein Haus am Reitweg in Thun besetzt. Im selben Jahr wurde die Villa Lüthi besetzt. 2001 wurde ein Nebengebäude des Bellevue-Hotels besetzt. Die Besetzungen hielten sich jedoch nie lange und wurden schnell wieder geräumt oder von den Besetzenden freiwillig verlassen. 2005 wurde wiederum ein Haus an der Allmendstrasse besetzt, mit der Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum. Auch dieses Haus wurde aufgrund eines gestellten Ultimatums wieder verlassen. 2008 wurde ein leerstehendes Haus am Eichmattweg besetzt, auch dieses wurde nach einigen Tagen auf Drängen des Eigentümers wieder verlassen. Im selben Jahr wurde ein ehemaliges Malergeschäft durch die Aktion Hausgeister besetzt, wobei es zwar zu Gesprächen bezüglich einer Zwischennutzung kam, welche jedoch nicht von Erfolg gekrönt waren. 2009 wurde durch dieselbe Gruppe ein Haus an der Waisenhausstrasse besetzt und eine Party gefeiert. Die Aktion Hausgeist veranstaltete wiederum 2010 in einem leerstehenden Gebäude des Emmi-Areals eine Party mit mehreren hundert Personen. Auch hier war die zentrale Forderung ein unabhängiges, selbstverwaltetes Jugendkulturzentrum (Probst, 2011). Das AKuT widmete sich in verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen dem Thema Raumplanung und organisierte 2016 einen Themenmonat mit dem Schwerpunkt der Gentrifizierung in Thun (AKuT, 2016).

Stadt- und Raumplanung ist somit in Thun ein aktuelles Thema, womit sich die Bevölkerung auch beschäftigt. Nach Habermas sind Hausbesetzungen oder sonstige Aktionen und Artikulationen von Unmut durch (Teile) der Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Solche Gewaltformen seitens der Bürgerinnen und Bürger weisen Regierungen auf Legitimationsdefizite und somit fehlenden Konsens hin (Habermas 1985, S. 159). Kämpfe auf Ebene der Solidarität bzw. der Bürgerinnen und Bürger drehen sich laut Habermas oftmals um die Erhaltung der Autonomie von Lebensstilen. Diese Kämpfe würden meist

latent bleiben, sich oftmals nur in der alltäglichen Kommunikation zeigen. Nur dann und wann würden sich diese zu öffentlichen Diskursen verdichten. Möglicherweise sind also auch in Bezug auf das Selve-Areal kritische Stimmen in der Bevölkerung vorhanden, diese manifestieren sich jedoch nur selten, wie im oben genannten Beispiel von Hausbesetzungen und sonstigen politisch motivierten Aktionen (S. 159). Wie in Kapitel 3.5 dargestellt, entscheidet sich hier, wie Regierungen mit Kritik umgehen (Bornschiefer, 1998, S. 58). Es stehen repressive Gewaltformen zur Verfügung. Es existiert aber auch die Möglichkeit in einen Diskurs zu treten, die Anliegen aufzunehmen und einen Konsens herzustellen. Die Stadt Thun reagiert, gerade auf rechtlich illegale Handlungen wie Hausbesetzungen, mit Repression. Auch für das Entgegenkommen bei der Eröffnung des AKuTs war viel Überzeugungsarbeit und jahrelanges Engagement nötig, bis die Stadt schliesslich ihre Einwilligung gab. Dies unter Berücksichtigung diverser Auflagen durch die Stadt Thun und die Gründung eines Beirats seitens der Regierung (Streun, 2012).

4.6 Die Entscheidungsgewalt in der Stadtplanung in Bezug auf das Selve-Areal

Während der Planung der Selve-Überbauung waren Interessen aller drei Interessengruppen präsent. Zuvor wurden der Planungsprozess und die beteiligten Interessengruppen des Selve-Areals erläutert. Nun soll der Planungsprozess und die damit zusammenhängenden Entscheidungskompetenzen der einzelnen Akteure geklärt werden.

4.6.1 Der Ablauf des Planungs- und Mitwirkungsverfahrens

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie der Planungs- und Mitwirkungsprozess des Selve-Areals ablief und wie sich die Entscheidungsgewalt gestaltete. Diese Erkenntnisse werden mit der Theorie von Habermas in Verbindung gebracht und kritisch betrachtet.

Der Planungsbedarf des Selve-Areals war für die Stadt Thun seit langem bekannt. Wie erwähnt, wurde bereits 1990 ein Ideenwettbewerb veranstaltet. Dass das Selve-Areal überbaut wird, war also schon damals klar. Welche Bedenken oder Einwände im damaligen Mitwirkungsverfahren des ersten Wettbewerbs eingebracht wurden, lassen sich auch mit den durch das Planungsamt zur Verfügung gestellten Dokumenten nicht mehr rekonstruieren. Weder im Planungsamt noch im Stadtarchiv wurden Belege dazu gefunden. Bekannt ist lediglich die Planung des Büro B, welche damals zur Mitwirkung eingegeben wurde. Auf diese Planung wurde im Kapitel 4.5.1.4 eingegangen. Sie umfasste eine urbane Wohn- und Gewerbegegend. Damals gab es eine Einsprache durch die Denkmalpflege des Kantons Bern, welche jedoch durch eine Einigung später zurückgezogen wurde (Anhang 9, Wuwer, 2018, pers. Mitteilung). Die nächste wesentliche Änderung im städtischen Baurecht erfolgte

gleichzeitig mit dem Zonenplan und Baureglement von 2002. Der neue Zonenplan und das Baureglement betrafen die gesamte Stadt Thun, das Selve-Areal war also nur ein kleiner Teil der Änderungen. Um den Spielraum für die Realisierung einer Überbauung zu erhöhen wurde beschlossen, dass die ursprüngliche Überbauungsordnung aufgehoben wird und eine Zone mit Planungspflicht (ZPP) entsteht (Anhang 10, Stadt Thun, 2002, S. 9). Der ursprüngliche Überbauungsplan des Büro B von 1990 wurde somit verworfen.

Die Eingaben der damaligen Mitwirkung sind in zwei zusammengefassten Dokumenten ersichtlich, welches vom Planungsamt Thun zur Verfügung gestellt wurde. Da der Zonenplan und das neue Baureglement die ganze Stadt Thun betrafen, waren auch die Rückmeldungen des Mitwirkungsverfahrens nicht nur auf das Selve-Areal, sondern auf alle Änderungen bezogen. Insgesamt finden sich in den Berichten vier kurz zusammengefasste Bemerkungen der Öffentlichkeit bezüglich des Selve-Areals.

Eine forderte die Erhaltung eines alten Gebäudes (EVB-Gebäude) (Anhang 11, Planungsamt der Stadt Thun, 2001, S. 1), eine weitere bezieht sich auf die ZPP und fordert nicht eine, sondern mehrere Zonen mit Planungspflicht, welche die Flexibilität in der Planung erhöhen solle (S. 1). Ein weiterer kurzer Beitrag bezeichnet den geplanten Stadtpark als „Muss“. Dieser solle als Naherholungsgebiet dienen (S. 1). Weiter wurde gewünscht, dass die damalige Freizeitnutzung (Zwischennutzungen) des Areals auf anderen Standorten weitergeführt werden solle (S. 2). Auch eine weitere Person forderte die Berücksichtigung der Übergangsnutzungen anstelle einer „Tabula rasa“ (S.2). Zuletzt fordert eine Person „klare Spielregeln für Projektwettbewerbe („keine Alibiübungen“)" (Anhang 12, Planungsamt der Stadt Thun, 2001). Ob sich dieser Beitrag auf die Selve-Überbauung bezieht oder nicht, geht aus dem Dokument nicht klar hervor. Mit dem Wettbewerb 2005 wurde ein neuer Entwurf gestaltet, welcher eine erneute Änderung der Überbauungsordnung innerhalb der ZPP notwendig machte. Diese wurde 2007 vorgenommen (Planungsamt der Stadt Thun, 2007). Der Thuner Stadtrat genehmigte im März 2007 die Änderung des Zonenplans und des Baureglements 2002, um das geplante Projekt auf dem Selve-Areal zu ermöglichen (Stadtrat Thun, 2007, S. 27).

4.6.2 Kritische Betrachtung des Planungs- und Entscheidungsprozesses

Die Rekapitulation und der Nachvollzug dieses Prozesses von 1990 bis zu Baubeginn der Wohnüberbauung gestalteten sich für uns Autorinnen, als Laien bezüglich des Planungs- und Bauwesens, als sehr anspruchsvoll. Ohne fundiertes Fachwissen über einzelne Begriffe, Verordnungen, Rechtslagen und Dokumentationsformen war es fast unmöglich, den Prozess fehlerlos zu rekonstruieren. Auch mussten Dokumente und Informationen aus verschiedenen

Stellen und Ämtern zusammengetragen werden, um sich ein Bild des Verfahrens machen zu können. Davon ausgehend lässt sich eine kritische Betrachtung des Planungs- und Mitwirkungsverfahrens vornehmen.

Wie bereits im theoretischen Teil in Kapitel 3.4.6 dargelegt, existiert für Bauvorhaben ein einheitlicher Planungsprozess. Dieser beinhaltet die umfassende Information über ein Bauvorhaben, das Mitwirkungsverfahren und die Einsprache als Möglichkeiten für die Interessengruppe der Bevölkerung, sich in diesem Prozess zu beteiligen und einzubringen. Das Planungs- und Mitwirkungsverfahren kann den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen bieten, ist aber durchaus auch kritisch zu betrachten.

Um sich am Mitwirkungsverfahren oder anderweitig am Planungsprozess beteiligen zu können, ist es unumgänglich umfassend über das Vorhaben informiert zu werden. Diese Information sollte möglichst für alle zugänglich und verständlich sein. Gerade der Fachjargon im Bauwesen ist teils für Laien schwer verständlich und sehr spezifisch. Politikerinnen und Politiker, die als Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung fungieren, haben die Aufgabe, diese Kommunikation zu gewährleisten. Gemäss der Auskunft des Planungsamtes der Stadt Thun wurde die Bevölkerung mehrmals und umfangreich informiert (Anhang 8, Wuwer, 2018, pers. Mitteilung). Diese Informationsveranstaltungen und Medienmitteilungen seitens der Stadt, der Selve Park AG oder der Frutiger AG liessen sich von uns nicht zurückverfolgen. Auch im Stadtarchiv wurden wir nicht fündig. Laut Guntram Knauer, dem ehemaligen Stadtplaner, wurde eine Mitwirkungsveranstaltung von der Stadt Thun zum Selve-Areal organisiert. Diese stiess jedoch auf geringes Interesse. Laut ihm nahmen nicht mehr als sieben Personen teil (Anhang 2, Knauer, 2018, S. 2). Dieses geringe Interesse führte dazu, dass seitens der Stadt keine Mitwirkungsveranstaltung mehr organisiert wurde. Lediglich über die Quartierleiste wurden noch Veranstaltungen organisiert. Aber auch dort habe kein grosses Interesse bestanden (S. 2). Dies wird damit begründet, dass das Selve-Areal keine direkten Nachbarinnen und Nachbarn habe und somit niemand direkt von der Überbauung betroffen gewesen sei (S. 2).

Zwar kann argumentiert werden, dass das Mitspracherecht durch das Mitwirkungsverfahren gewährleistet wurde. Das Verfahren allein dient laut Saurer aber nur als „Zückerli“ für die Bevölkerung (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 3). Denn auch wenn Rückmeldungen eingehen, würden diese laut Saurer nur ungenügend oder gar nicht beachtet und mit „fadenscheinigen Begründungen“ abgelehnt (S. 3). Das Planungsverfahren werde oftmals ohne Änderungen durchgeführt. Nicht nur in Thun, sondern auch bei anderen Bauvorhaben in Schweizer Gemeinden wird das Mitwirkungsverfahren kritisiert. Die Basler Zeitung „Tages Woche“ greift

das Thema des Mitwirkungsverfahrens in verschiedenen Artikeln auf und machte es 2015 zu einem Wochenthema (Oppliger, 2014, Jäggi, 2013, Gschweng, 2015, Spirgi, 2015 & Schwald, 2015). Die Kritikpunkte lesen sich ähnlich wie diejenigen, welche bezüglich des Selve-Areals herausgearbeitet wurden. Informationen seien bei mehreren Projekten nur spärlich oder zu spät an die Öffentlichkeit herangetragen worden, als wichtige Entscheidungen schon gefällt wurden. So wurden bereits feststehende Projekte in die Mitwirkung gegeben, welche fast oder gar keinen Verhandlungsspielraum für Veränderungen mehr zuließen.

Auch in einem Beispiel aus Biel bezüglich der A5-Umfahrung wendeten sich Organisationen in einem offenen Brief an die Regierung. Sie kritisieren, dass das Mitwirkungsverfahren zwar in einer übertrieben engen Auslegung der rechtlichen Vorgaben durchaus korrekt gewesen sei. Den beabsichtigten Zweck einer wenngleich unverbindlichen, aber dennoch fundierten und konstruktiven politischen Mitsprache, erfülle es jedoch nicht („Offener Brief zum Mitwirkungsverfahren“, 2012). Weiter gelten oft kurze Fristen, welche eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema mit einer anschliessenden Eingabe fast unmöglich machen.

Als nächster Kritikpunkt kann angefügt werden, dass Einsprachen erst nach der Veröffentlichung eines grösstenteils fertig geplanten Projekts möglich sind. Zu diesem Zeitpunkt noch Änderungen vorzunehmen, dürfte sich als schwierig gestalten. Saurer führt aus, dass es möglich sein sollte bereits früher einzugreifen (Anhang 1, Saurer, 2018, S. 7). Er sei jedoch nicht dafür, dass alle mitplanen dürfen. Wenn jedoch nur die Investoren bestimmen könnten, hätte dies nichts mit Städtebau und Stadtentwicklung zu tun (S. 7). Die Einsprachemöglichkeit ist weiter nur Anwohnerinnen und Anwohnern oder anderweitig darin involvierten Organisationen gestattet (Anhang 7, Wuwer, 2018, pers. Mitteilung). Dies schränkt den Kreis der Berechtigten enorm ein und mindert die Möglichkeit zur Partizipation massgeblich. Gerade im Selve-Areal, welches keine, respektive nur sehr wenige Anwohnende und Nachbarinnen und Nachbarn hat, gibt es fast keine zur Einsprache berechtigten Personen oder Organisationen. Jedoch ist das Selve-Areal ein für die gesamte Thuner Bevölkerung relevantes Gebiet und prägt die Stadt massgeblich.

Als weitere Möglichkeit der Partizipation im Planungsprozess wird mancherorts die Volksabstimmung vorgesehen, welche nach dem Einspracheverfahren und vor der definitiven Genehmigung des Bauprojekts nötig ist. Dies ist beispielsweise in der Stadt Bern üblich (Stadt Bern, n.d.). In Thun hingegen ist aufgrund des Art. 38 der Stadtverfassung Thun (StV) keine Abstimmung notwendig. Eine weitere Möglichkeit der Teilhabe der Bevölkerung wird somit in Thun ausgeschlossen.

Auch das schnelle Vorgehen der Stadt durch die Selve-Park AG ist zu beleuchten. Laut Knauer hätte es auch die Möglichkeit einer nachhaltigen, langsamen, partiellen Entwicklung des Selve-Areals gegeben. So hätte es Architektenparzellen gegeben, welche langfristig geplant und in verschiedenen Zeitabständen umgesetzt worden wären (Anhang 2, Knauer, 2018, S. 2). Es seien verschiedene Szenarien zur partiellen Entwicklung des Selves entstanden (S. 2). Dieses Vorhaben sei dann aber in einem günstigen Moment zugunsten des Marktes verworfen worden (S. 2). Anstatt diese langsame Entwicklung weiter zu verfolgen, habe die Stadt das Areal so schnell wie möglich einem Zwischenhändler, der Selve-Park AG, übergeben, welche im Hinblick auf den Markt baute und handelte (S. 2). Die Politik sollte nach Knauer mehr Geduld haben und die Zwischenhändler nach ihren Vorstellungen und nicht nach denen des Marktes einsetzen (S. 2). Im Zentrum der Überlegungen bezüglich des Selve-Areals standen hauptsächlich Aufwand und Ertrag (S. 3).

Schlussfolgernd kann aufgrund dieses Planungsverfahrens gesagt werden, dass es der Stadt an Engagement und kompetenten, durchsetzungsfähigen Politikerinnen und Politikern in Bezug auf Stadtentwicklung mangelt. Die Politik war nach Knauer zu ungeduldig und hätte so schnell wie möglich ein Projekt realisieren, dabei jedoch die Verantwortung abgeben wollen (S. 2). Dies führte dazu, dass Investoren die Entscheidungsmacht übernahmen und die Politik sich fügte. Auch Sauer bestätigt, dass es in der Politik an Durchsetzungskraft seitens der Politikerinnen und Politiker mangelt. Die Stadt sei froh gewesen, dass jemand anders, also die Investoren, etwas gemacht hätten (Anhang 1, Sauer, 2018, S. 1). Durch das schnelle Vorgehen, hätte die Stadt jedoch versucht ihr Gesicht zu wahren, da das Selve Areal ansonsten noch länger in der Phase der Zwischennutzungen verblieben wäre. (S. 1). Knauer sieht das Bauprojekt des Selve-Areals insofern als typisches Beispiel für die Stadt Thun, als dass es der Politik an Bereitschaft mangle, sich solche Entwicklungen selbst anzueignen und durchzuführen. Es herrsche die Tendenz den leichten Weg zu gehen und zu delegieren (Anhang 2, Knauer, 2018, S. 5).

Habermas zeigt auf, dass oftmals der Gegenkreislauf gegenüber dem legitimen Machtkreislauf vorherrscht. Dies sei insofern akzeptabel, als dass es genügend Interventionsmöglichkeiten seitens der Bevölkerung gebe, um allfällige nicht akzeptierte Entscheide zu ändern und sich bei Bedarf in die Entscheidungsfindung einzubringen (zitiert nach König, 2012, S. 20). Durch die Ablösung des Machtkreislaufes durch den Gegenkreislauf könne eine unübersichtliche Organisation entstehen, welche von administrativen Prozessen geprägt sei und von der Bevölkerung aufgrund ihrer Komplexität oftmals nur schwer durchschaut werden könne. Oft genug verleihe „das Recht der illegitimen Macht nur den Anschein von Legitimität“ (Habermas, 1992, S. 59) Wie Habermas bereits zitiert wurde führt er aus, dass .auf den ersten Blick nicht immer zu erkennen sei, ob

rechtliche Abläufe von der Zustimmung der Bevölkerung getragen werden oder durch staatliche Selbstprogrammierung erzeugt werden (S. 59).

Die Verschleierung der beteiligten Parteien bei der Ersteigerung des Selve-Areals durch die Selve-Park AG ist hierfür ein passendes Beispiel. Stadt und Kanton, also die Politik, schloss sich mit Investoren, also Frutiger zusammen und ersteigerte das Areal. Dieser Vorgang ist normalerweise ein politischer Prozess, welcher unter Einbezug oder wenigstens mit dem Wissen der Öffentlichkeit stattfindet. Durch Regelungen und administrative Vorgänge war es jedoch möglich, dieses Vorhaben vor der Thuner Bevölkerung, welche direkt von diesem Projekt betroffen war, zu verheimlichen.

5. Schlussbetrachtungen

Als Basis dieser Bachelor-Thesis wurde die folgende Frage formuliert:

Wie sind die verschiedenen Interessen der einzelnen beteiligten Interessengruppen bei der Entwicklung des Selve-Areals in Thun bis zum heutigen Stand gewichtet worden?

In dieser Schlussbetrachtung sollen elementare Ergebnisse der Untersuchung der Stadt Thun und dem Selve-Areal dargestellt und diskutiert werden. Die Fragestellung wird beantwortet, sowie daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen für die Stadt Thun als auch die Soziale Arbeit kenntlich gemacht.

5.1 Ergebnisse

Im theoretischen Teil wurden in Anlehnung an Habermas, Borschier und Offe drei Interessengruppen festgemacht, welche im Städtebau involviert sind und unterschiedliche Interessen verfolgen. Dies sind die Politik, die Wirtschaft, sowie die Bürgerinnen und Bürger.

Durch eine intensive Auseinandersetzung mit den Entscheidungsprozessen in der Thuner Stadtplanung bezogen auf das Projekt des Selve-Areals lässt sich feststellen, dass sich besonders wirtschaftliche und politische Interessen durchzusetzen vermochten. Die Trennung von Politik und Wirtschaft fällt bezogen auf das Selve-Areal jedoch nicht immer leicht. Dies lässt sich durch die Planungsprozesse bezüglich des Selve-Areals zwischen 1995 und 2005 verdeutlichen. Die Gründung der Selve-Park AG und die Ersteigerung des Selve-Areals Ende 2002 wurden im Geheimen, unter Nichtwissen der Bevölkerung vollzogen. Die Selve-Park AG, bestehend aus Kanton und Stadt stand unter der Leitung des CEO der Frutiger AG, Fritz Grossniklaus, wessen Firma als Investor zusammen mit HRS für die spätere Überbauung verantwortlich war. Diese Tatsache zeigt auf, dass eigentlich politische Entscheide, wie der Kauf eines Grundstücks, durch die Stadt oder Kanton, vor der Öffentlichkeit und der Bevölkerung verschleiert wurden. Durch diese Verschleierung musste sich die Politik vor den Bürgerinnen und Bürgern für den Kauf nicht legitimieren und konnte wie eine private Aktiengesellschaft agieren.

Diese Vermischung von Politik und Wirtschaft ist allgemein auffällig. So ist der Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz Vorsitzender in der Kommission Wirtschaftsraum Thun und setzt sich mit seiner Politik für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze in Thun ein. So prägen die wirtschaftlichen Interessen des Stadtpräsidenten die Lokalpolitik.

Weiter zeigt sich durch die Arbeit, dass sich die Interessen der Wirtschaft gegenüber jenen der Politik durchsetzen. Knauer als auch Saurer beschreiben, dass es in der Thuner Stadtregerung keine durchsetzungsfähigen Politikerinnen und Politiker gibt, welche sich gegenüber wirtschaftlichen Interessen behaupten und über Fachwissen im Städtebau verfügen. Der Stadt mangle es an Interesse, Bauvorhaben selbst zu planen und durchzuführen. Dadurch werde an Investoren delegiert. Auch sei die Politik zu ungeduldig gewesen und habe das Geschäft so schnell wie möglich und ohne Risiko abwickeln wollen.

Die Analyse des Planungsprozesses hat ergeben, dass sich Bürgerinnen und Bürger bei der Überbauung des Selve-Areals nicht oder nur wenig beteiligt haben. Ihnen wurden jedoch seitens der Politik nicht viele Möglichkeiten der Beteiligung zur Verfügung gestellt. Beteiligung ist in Bezug auf das Selve-Areal bezogen auf das Mitwirkungsverfahren und den Gebrauch des Einspracherechts zu denken. Diese wenigen Mittel wurden aber auch nicht genutzt. Durch die fehlenden kritischen Stimmen aus der Bevölkerung war es auch nicht möglich, die Sicht der Bürgerinnen und Bürger in dem Überbauungsprozess zu berücksichtigen.

5.2 Beantwortung der Forschungsfrage

Aufgrund der dargestellten Ergebnisse lässt sich die Fragestellung beantworten. Es lässt sich feststellen, dass in Thun die diversen Interessengruppen ungleiche Entscheidungs- und Mitwirkungskompetenzen haben. Jedoch lässt sich feststellen, dass es nicht eine Interessengruppe gibt, die sich alleine durchsetzt. Der Bevölkerung fallen in diesem Prozess am wenigsten Entscheidungskompetenzen zu, wobei ihre Interessen durch die durch sie gewählte Politikerinnen und Politiker vertreten werden sollten. Die Politik handelte zum einen im Interesse der Wirtschaft, zum anderen im Interesse der Bevölkerung. Sie versuchte das Areal kostengünstig und möglichst risikofrei in einem raschen Zeitraum überbauen zu lassen. Dies führte jedoch dazu, dass sich die wirtschaftlichen Interessen der Investoren durchsetzen konnten und auf keinen Widerstand in der Politik stiessen.

5.2.1 Diskussion der Ergebnisse

Als erstes Ergebnis wurde festgehalten, dass die Grenze zwischen Politik und Wirtschaft nicht klar gezogen werden kann. Einer der Gründe dafür sind Doppelmandate, die einige Politikerinnen und Politiker innehaben. Teils sind sie nicht nur in der Politik aktiv, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter von Firmen. Im Beispiel des Selve-Areals lässt sich auf Fritz Grossniklaus hinweisen, welcher von 1991- 2002 Mitglied des Thuner Gemeinderats war. Gleichzeitig war er CEO bei der Frutiger AG, welche als Investor im Selve-Areal fungierte. Der Frutiger AG und der HRS wurde die operative Leitung der Selve-Park AG übertragen. Die Aktiengesellschaft Selve-Park gehörte der öffentlichen Hand, da sie durch

Stadt und Kanton gegründet wurde. In ihrem Alltagsgeschäft war sie jedoch eine private Aktiengesellschaft. Die Aktieninhabenden setzen so nur durch die Eigentümerversammlung und nicht durch politische Prozesse Rahmenbedingungen. Wie bei privaten Aktiengesellschaften üblich folgen sie der Marktlogik und wollen eine möglichst hohe Rendite erzielen. Die Interessen der Allgemeinheit, welche ansonsten durch die Politik vertreten werden, werden übergangen. Auch heute zeigen sich Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft. Der Stadtpräsident Raphael Lanz ist beispielsweise zusätzlich auch in der Kommission Wirtschaftsraum Thun aktiv.

Die Politik schaffte es nicht sich gegenüber Investoren durchzusetzen. So wurden im Selve-Areal hauptsächlich wirtschaftliche Interessen berücksichtigt. Gründe dafür sind zum einen Ungeduld, fehlendes Fachwissen und mangelnde Durchsetzungskraft von Politikerinnen und Politikern. Weiter verfolgt die Politik das Ziel, Thun als wirtschaftlich attraktiven Standort zu vermarkten. Sie ist auf Firmen und Investoren, die in Projekte investieren, angewiesen. Dies führte in Thun dazu, dass beispielsweise Überbauungsordnungen und Zonenpläne den Interessen der Investoren angepasst wurden. Nun gibt es beispielsweise im Selve-Areal zwei Hochhäuser, welche mit der ursprünglichen Gesetzeslage nicht hätten errichtet werden können. Zum einen widersprachen sie der damals geltenden Bauordnung. Zum anderen hielt das damalige Beurteilungsgremium fest, dass ein Hochhaus in direkter Nähe zur Altstadt und zum Schlossberg kritisch zu beurteilen sei.

Wie bereits erwähnt, wurden die Bürgerinnen und Bürger im Planungsprozess nur unzureichend berücksichtigt. Jedoch fand nur eine geringe Partizipation seitens der Bevölkerung statt. Zwar hat die Politik das Mandat inne, die Bevölkerung in ihren Interessen zu vertreten, dies ist jedoch nicht immer der Fall. Auch die Fachleute innerhalb der Bevölkerung, beispielsweise Architektinnen und Architekten, haben sich nicht gegen die neue Selve-Überbauung ausgesprochen oder sich positioniert. Dies, obwohl sie mit ihrem Fachwissen neue Perspektiven im Mitwirkungsverfahren aber auch im gesamten Planungsprozess hätten eröffnen können. Zum Teil lässt sich diese fehlende Partizipation auf die Nichtbetroffenheit der Bevölkerung zurückführen. Das Areal hatte keine Bewohnerinnen und Bewohner oder direkte Nachbarinnen und Nachbarn, welche sich an der Überbauung gestört hätten. Ein grosser Teil der Bürgerinnen und Bürger hat das Potenzial des Selve-Areals verkannt. Das Areal ist ideal gelegen und hätte zu einer Begegnungszone für die gesamte Stadtbevölkerung werden können. Beispielsweise war im Siegerprojekt des ersten Wettbewerbs eine erweiterte Innenstadt geplant, welche das Areal als urbanes Stadtquartier hervorgehoben hätte. Mit attraktiv gestalteten Aussenräumen hätte ein solches Quartier einen grossen Teil der Bevölkerung angesprochen.

Bezogen auf Habermas lässt sich sagen, dass die Steuerungsressource Geld keinen so grossen Einfluss mehr geniessen sollte, sodass sich die Balance zwischen Solidarität, Macht und Geld wieder zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger stabilisiert. Erst dann ist es für die Bevölkerung wieder möglich, sich aktiv in Planungsprozesse einzubringen, ohne von wirtschaftlichen Interessen überstimmt oder unkenntlich gemacht zu werden. So kann wieder eine effektive Partizipation ermöglicht werden.

5.3 Schlussfolgernde Handlungsempfehlungen

Aus den Ergebnissen abgeleitet, lassen sich Handlungsempfehlungen für die Stadt Thun, aber auch für die Soziale Arbeit ableiten.

5.3.1 Handlungsempfehlungen für die Stadt Thun

Die neue Überbauung des Selve-Areals hätte viel Potenzial für eine breite Öffentlichkeit gehabt. Denn das Quartier ist am Rande der Innenstadt optimal gelegen. Auch die Nachbarschaft ohne viele Anwohnerinnen und Anwohner hätte einen urbanen Raum zugelassen. Leider hat die Stadt Thun diese Chance nicht genutzt und statt einem lebhaften Innenstadtquartier ein steriles Wohnviertel gebaut, welches auch irgendwo sonst in der Agglomeration hätte stehen können. Dies kann jetzt nicht mehr geändert werden. Jedoch hat die Stadt Thun gerade mit der momentanen Ortsplanungsrevision und dem STEK 2035 die Möglichkeit, die Stadt Thun attraktiver zu gestalten und zu beleben. Dazu gehört auch eine sinnvolle, einladende und urbane Gestaltung der Aussenräume. Aktuell wird die Fussgängerzone aber auch der Rest der Stadt durch den Verkehr stark eingeschränkt. Mit dem Ziel des STEK 2035 den Verkehr zugunsten der Fussgängerinnen und Fussgänger zu entlasten, würde die Stadt Thun wieder an Lebensqualität gewinnen.

Weiter besteht Potential bezüglich des Informationsflusses und Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Stadt sollte die Bevölkerung transparent und umfangreich über ihr Vorgehen informieren. So können sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild von Planungen machen und sich bei Bedarf einbringen. Eine Partizipation sollte bereits zu Beginn einer Planungsphase möglich sein und nicht erst gegen Ende. Denn bei einer Mitsprache zum Schluss des Prozesses sind wichtige Entscheidungen bereits gefallen und können nur schwer geändert werden.

Die Stadt Thun braucht Menschen in der Politik, die sich für Städtebau und Stadtentwicklung interessieren und starkmachen. Sie sollten sich gegenüber Investoren durchsetzen können und genügend Geduld für die Bauprojekte aufbringen. Für die Stadt Thun wäre es wichtig, sich nicht von Bauprojekten zu distanzieren und die Ausführung an Private zu delegieren, sondern sich den Projekten selbst anzunehmen und die Verantwortung zu tragen. So kann auch im Interesse der Bevölkerung gebaut werden und dadurch, dass die Stadt die Verantwortung trägt, können sich die Bürgerinnen und Bürger besser einbringen.

5.3.2 Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit

In Anbetracht der Ergebnisse ist auch die Soziale Arbeit in der Stadt Thun zur Handlung aufgefordert. Als oberstes Ziel in der Sozialen Arbeit kann der mündige Mensch angesehen werden, welcher sich seiner Bedürfnisse bewusst ist und sich dafür einsetzen kann. In Bezug auf die Stadtentwicklung der Stadt Thun bedeutet dies, dass die Bevölkerung Einfluss auf die Planungs- und Entscheidungsprozesse nehmen kann. Um dies zu erreichen muss die Soziale Arbeit gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger über ihre Einflussmöglichkeiten aufgeklärt sind. Dazu gehört auch transparente Kommunikation. Die Soziale Arbeit kann eine Vermittlungsrolle zwischen Politik und Bevölkerung einnehmen. So kann sie die Interessen und Anliegen einer Bevölkerung in die Politik einbringen und vertreten. Wenn sie bemerkt, dass politische Entscheide entgegen oder ohne die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger getroffen werden, muss die Soziale Arbeit darauf hinweisen. Die herrschende Machtungleichheit muss in der Bevölkerung bewusst gemacht werden.

Weiter sollte sich die Soziale Arbeit für einen sozialverträglichen Städtebau einsetzen. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum und auch heterogene Quartiere. Dies würde der Segregation entgegenwirken. Bezahlbarer Wohnraum und Heterogenität allein machen jedoch noch keine gute Lebensqualität aus. Auch einladende Aussenräume, welche zwischenmenschliche Begegnungen und Austausch ermöglichen, sind wichtige Faktoren, welche die Urbanität und das soziale Zusammenleben fördern.

Soziale Arbeit muss sich weiter als eigene Disziplin legitimieren, damit sie Einfluss in andere Disziplinen, wie zum Beispiel der Architektur nehmen kann. So wäre es für die Soziale Arbeit möglich, sich für die verstärkte Berücksichtigung sozialer Aspekte in der Ausbildung von Architektinnen und Architekten einzusetzen. Gerade in der Ausbildung ist es wichtig, soziale Zusammenhänge zwischen der Bevölkerung und dem Städtebau zu vermitteln und angehende Berufspersonen auf ihre spätere Verantwortung hin zu sensibilisieren.

5.4 Ausblick

Die Erarbeitung der Bachelor-Thesis war für uns beide spannende Erfahrung, da wir Thun aus einem anderen Blickwinkel als bisher betrachtet haben. Wir haben beide einen Bezug zu Thun. Lara Bezio ist in Thun geboren und dort aufgewachsen. Jeannine Meyer hat grosse Teile ihrer Freizeit während ihrer Jugend dort verbracht und hat in Thun das Gymnasium besucht. Durch diese Arbeit wurde uns beiden bewusst, dass in Thun die wirtschaftlichen und politischen Unternehmungen enge Zusammenhänge aufweisen. Auch die Auswirkungen, welche Politikerinnen und Politiker im Parlament vertreten sind, spielt eine Rolle, da sie Thun sehr unterschiedlich zu prägen vermögen. Die fehlende Partizipation und das mangelnde Interesse der Bevölkerung bezüglich der Veränderung ihre Stadt hat uns persönlich erstaunt und bewegt. Dies weil mit der Selve-Überbauung ein Stück Thuner Geschichte ausgelöscht wurde und sich niemand dagegen gewehrt hat. In unseren Augen haben wir als Gesellschaft die Verantwortung, die Geschichte an die nächste Generation weiterzugeben. Weiter sollten sich unserer Meinung nach die einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft als aktiven Teil einer Gemeinschaft wahrnehmen. Sie sollten sich in einem ersten Schritt für ihre Umwelt interessieren sich damit auseinander setzen und sich aktiv in deren Gestaltung einbringen. Die Arbeit hat uns darauf sensibilisiert, dass Partizipation in allen Bereichen ermöglicht werden sollte. Damit dies geschehen kann, muss der Mensch jedoch ermächtigt werden, sich überhaupt partizipativ in einen Prozess einbringen zu können. Dies sehen wir als Grundlage für unsere weitere berufliche Zukunft. Auch privat wurde das Interesse geweckt, sich vermehrt mit den Themen der Stadtplanung auseinanderzusetzen und damit zusammenhängende Phänomene besser verstehen zu können.

6. Literaturverzeichnis

Bähler, Anna, Egli, Anita & Lüthi, Christian. (Hrsg.). (2018). *Thuner Stadtgeschichte: 1798-2018*. Thun: Werd & Weber Verlag.

Baum, Detlef. (2018). *Lehrbuch Stadt und Soziale Arbeit: Stadtsoziologische Grundlagen Sozialer Arbeit*. Weinheim, Basel: Belz Verlag.

Boeing, Niels. (2015). *Von wegen: Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft*. Hamburg: Edition Nautilus Verlag.

Boeing, Niels. (2016). *Kritische Zone*. Abgerufen von <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/kritische-zone>

Bornschiefer, Volker. (1998). *Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel*. Zürich: Seismo-Verlag.

Devecchi, Lineo, Umberto. (2016). *Zwischenstadtland Schweiz. Zur politischen Steuerung der suburbanen Entwicklung in Schweizer Gemeinden*. Bielefeld: transcript Verlag.

Dörre, Klaus, Lessenich, Stephan & Rosa, Hartmut. (2009). *Soziologie - Kapitalismus - Kritik: Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Einig, Klaus. (2008). Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. *Informationen zur Raumentwicklung*, 1, 17-40.

Engels, Friedrich. (1972). Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In Marx, Karl & Engels, Friedrich (Hrsg.). *Werke Band 2* (S.225-506). Berlin: Dietz Verlag.

Engels, Friedrich. (1973). Zur Wohnungsfrage. In Marx, Karl & Engels, Friedrich (Hrsg.). *Werke Band 3* (5.Aufl.)(S.209-287). Berlin: Dietz Verlag.

Friederichs, Jürgen. (1977). *Stadtanalyse: Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Haase, Carl. (1975). Stadtbegriff und Stadtentstehungsschichten in Westfalen: Überlegungen zu einer Karte der Stadtentstehungsschichten. In Carl Haase (Hrsg.), *Die Stadt des Mittelalters: Band 1* (S. 60–94). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Häberli, Phillipe & Zellweger, Lorenz. (2009). *Wirtschaft der Region Thun Ausgangslage und Entwicklungsmöglichkeiten Ein Arbeitspapier für die Diskussionen unter Politik, Verwaltung und Wirtschaft* [PDF]. Abgerufen von

http://zellweger.biz.echo.contrexxhosting.net/images/content/shop/Wirtschaftsentwicklung-Thun-2009_1.00.pdf

Habermas, Jürgen. (1981/2009). *Theorie des kommunikativen Handelns: Band 2 Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* (7. Aufl.). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Habermas, Jürgen. (1985). *Die neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Habermas, Jürgen. (1992). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Haller, Peter, John & Egli, Anita. (Hrsg.). (2013). *Selve Thun: Erinnerungen eines Ehemaligen*. Oberhofen am Thunersee: Zytglogge Verlag.

Harvey, David. (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism – The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. *Geografiska Annaler, B 71*, 3-17.

Hauser, Andreas & Röllin, Peter. (1986). *INSA: Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850-1920*. Zürich: Orell Füssli Graphische Betriebe AG.

Hauser, Susanne. (n.d.). ›Urbanität‹ [PDF]. Abgerufen von https://www.sprengelmuseum.de/bilderarchiv/sprengel_deutsch/downloaddokumente/pdf/levitt_01_hauser_d_urbanitaet_2008.pdf

Häussermann, Hartmut & Siebel, Walter. (1987). *Neue Urbanität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Häussermann, Hartmut & Siebel, Walter. (2004). *Stadtsoziologie: Eine Einführung*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Häussermann, Hartmut, Läßle, Dieter & Siebel, Walter. (2008). *Stadtpolitik*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.

Herlyn, Ulfert. (Hrsg.). (1974). *Stadt- und Sozialstruktur*. München: Nymphenburger Verlagshandlung.

Hillmann, Karl-Heinz. (2007). *Wörterbuch der Soziologie* (5. erw. Aufl.). Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.

Irsigler, Franz. (2001). Die Stadt im Mittelalter: Aktuelle Forschungstendenzen. In Carl Hans Hauptmeyer & Jürgen Rund (Hrsg.), *Goslar und die Stadtgeschichte: Forschungen und Perspektiven 1399–1999* (S. 57-74). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte.

Johanek, Peter & Post, Franz-Joseph. (Hrsg.). (2004). *Vielerlei Städte: der Stadtbegriff*. Köln: Böhlau Verlag.

König, Tim. (2012). *In guter Gesellschaft?: Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lane, Frederic. (1979). *Profits from power. Readings in Protection Rent and Violence Controlling Enterprises*. Albany: State University of New York Press.

Lefèbvre, Henri. (1968/2016). *Das Recht auf Stadt* (2. Aufl.). Hamburg: Edition Nautilus Verlag.

Lefèbvre, Henri. (1972). *Die Revolution der Städte*. München: Paul List Verlag KG.

Lefèbvre, Henri. (1975). *Die Stadt im marxistischen Denken*. Ravensburg: Otto Maier.

Loderer, Benedikt. (2013). Thun hats vertan. *Hochparterre*, 26, 36-43.

Massey, Doreen. (2008). *For Space*. London: SAGE Publications Ltd.

Mitscherlich, Alexander. (1965/2016). *Die Unwirtlichkeit unserer Städte: Anstiftung zum Unfrieden* (25. Aufl.). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Moeckli, Silvano. (2007). *Politische Stabilität als Rahmenbedingung für den Wirtschaftsstandort Schweiz* [PDF]. Abgerufen von <https://www.alexandria.unisg.ch/251398/1/Silvano%20Moeckli%20Politische%20Stabilit%C3%A4t%202007.pdf>

O'Connor, James. (1973). *The Fiscal Crisis of the State*. New York: St Martin's Press.

Offe, Claus. (1973). *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Paesler, Reinhard. (2008). *Stadtgeographie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Pahl, Raymond Edward. (1970). *Patterns of Urban Life*. London: Longman.

Park, Robert, Esra, Burgess, Ernest, Watson & McKenzie, Rocerick, Duncan. (1925). *The City: Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Enviroment*. Chicago: University of Chicago Press.

Polanyi, Karl. (1978). *The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Prell, Uwe. (2016). *Theorie der Stadt in der Moderne: Kreative Verdichtung*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Rex, John & Moore, Robert. (1967). *Race, Community and Conflict*. London: Oxford University Press.

Rinn, Moritz. (2016). *Konflikte um die Stadt für alle – Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Roskamm, Nikolai. (2017). *Die unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld*. Basel: Birkhäuser.

Saunders, Peter. (1987). *Soziologie der Stadt*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Simon, Axel. (2012). Perlen und Tränen – Zwei Panoramen einer Stadt: das natürliche mit See und Bergen, ein gemaltes mit Dächern und Menschen, und eine Betrachtung der Architektur entlang von Höhen und Tiefen. *Hochparterre*, 3, 4-6.

Weber, Max. (1976). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Wirth, Louis. (1938). Urbanism as a Way of Life. *The American Journal of Sociology*, 44, 1-24.

7. Quellenverzeichnis

AKuT. (2016). *Gentrifizierung: Broschüre zum Themenmonat Februar 2016* [PDF].

Abgerufen von <https://ask-thun.info/wp-content/uploads/2016/03/Gentrifizierung-Brosch%C3%BCre.pdf>

AKuT. (n.d.). *Idee*. Abgerufen von https://akut-thun.ch/?page_id=235

Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern. (2002). *Planungswegweiser* [PDF]. Abgerufen von

https://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/raumplanung/raumplanung/arbeitshilfen/planungswegweiser.assetref/dam/documents/JGK/AGR/de/Raumplanung/Arbeitshilfen/agr_raumplanung_arbeitshilfen_planungswegweiser_de.pdf

Brechbühl, Yves. (2018, 26. November). Thun: Umbruch im Stadtrat setzt sich fort. *Jungfrau Zeitung*. Abgerufen von <https://www.jungfrauzeitung.ch/artikel/169708/>

Bundesamt für Statistik. (2014 a). *Neue statistische Agglomerations- und Stadtdefinition 2012*. Abgerufen von <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/medienmitteilungen.assetdetail.38618.html>.

Bundesamt für Statistik. (2014 b). *Raum mit städtischem Charakter 2012: Erläuterungsbericht* [PDF]. Abgerufen von <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/publikationen.assetdetail.349558.html>

Bundesamt für Statistik. (2016). *Statistischer Atlas der Schweiz: Sozialhilfebeziehende 2016. Thun (942)*. Abgerufen von https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/de/12772_112_7281_7263/21003.html

Café Bar Mokka. (n.d.). *Verein*. Abgerufen von <https://mokka.ch/vereinalt/vereins-infos/>

Die Selve-Park AG hat sich überflüssig gemacht. (2017, 31. März). *Der Bund*. Abgerufen von <https://www.derbund.ch/bern/kanton/die-selvepark-ag-hat-sich-ueberfluessig-gemacht/story/13291086>

Finanzverwaltung des Kantons Bern. (2018). *Kantonaler Finanzausgleich Gemeindejournal 2018* [PDF]. Abgerufen von https://www.fin.be.ch/fin/de/index/finanzen/finanzen/publikationen/kantonaler_finanzausgleich.assetref/dam/documents/FIN/FV/de/FA/fv-stat-gemeindejournal2018.pdf

Freistatt. (n.d.). *Die Genossenschaft*. Abgerufen von <https://www.freistatt.ch/die-genossenschaft/>

Frutiger AG. (2016). *Wechsel im Verwaltungsrat – Fritz Grossniklaus tritt als Präsident ab*. Abgerufen von <https://www.frutiger.com/de/News/Newsmeldung?newsid=113>

Fuchs, Daniel. (2015, 11. März). Nirgends hats mehr Rentner: Thun – die Stadt der Alten. *Berner Zeitung*. Abgerufen von <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/nirgends-hats-mehr-rentner-thun-die-stadt-der-alten-129025866>

Gemeinderat der Stadt Thun. (2015). *Strategie Stadtentwicklung: 14 Teilstrategien des Gemeinderates zur Stadtentwicklung Thun* [PDF]. Abgerufen von http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/Planungsamt/PLA_ALT/STADTENTWICKLUNG_Strategie_2015.pdf

Gemeinderat der Stadt Thun. (2018). *Stadtentwicklungskonzept Thun – STEK 2035* [PDF]. Abgerufen von http://www.ortsplanungsrevisionthun.ch/wp-content/uploads/2018/06/STEK_2035_Mitwirkung_opt2.pdf

Gschweng, Daniela. (2015, 04. März). Das Mitwirken will erst noch gelernt sein. *TagesWoche*. Abgerufen von <https://tageswoche.ch/gesellschaft/das-mitwirken-will-erst-noch-gelernt-sein/>

Gurtner, Michael. (2015, 04. Februar). 1372 Unterschriften für «attraktives Nachtleben». *Berner Zeitung*. Abgerufen von <https://www.bernerzeitung.ch/region/thun/Verein-soll-Thun-vom-Image-als-Stadt-der-Alten-befreien/story/22469517>

Häfliger, Urs. (2016, 5. April). *Obacht vor der Gentrifizierung*. Abgerufen von <https://www.jungfrauzeitung.ch/artikel/143073/>

Jäggi, Simon. (2013, 24. Januar). Mitwirkungsverfahren im Schnelldurchlauf. *Tageswoche*. Abgerufen von <https://tageswoche.ch/gesellschaft/mitwirkungsverfahren-im-schnelldurchlauf/>

Jenzer, Stefanie. (2013, 2. Juli). Etwas wie die Partymeile in der Selve wird es nie mehr geben. *Berner Zeitung*. Abgerufen von <https://www.bernerzeitung.ch/region/thun/Etwas-wie-die-Partymeile-in-der-Selve-wird-es-nie-mehr-geben/story/14468168>

Lanz, Raphael. (n.d.). *Aktuelle Mandate*. Abgerufen von <https://www.raphaellanz.ch/aktuelle-mandate/>

Leitfaden Zwischennutzung. (n.d.). *Selve Thun*. Abgerufen von <http://www.zwischennutzung.ch/zwischennutzung/de/best-practice/selve-thun.html>

MC Anliker. (2007). *Mit Sex verkauft man sogar die abgehalfterte Kleinstadt – oder warum Thun wieder in den Schlagzeilen steht. Abschweifungen, verfasst von einem, der sich seit fünfzig Jahren mit der Materie auskennt.* Abgerufen von http://mokka.ch/mc_world/mit-sex-verkauft-man-sogar-die-abgehalfterte-kleinstadt-oder-warum-thun-wieder-in-den-schlagzeilen-steht-abschweifungen-verfasst-von-einem-der-sich-seit-funfzig-jahren-mit-der-materie-a/

Meier, Sebastian. (2014, 20. Januar). Willkommen in der Nachbarschaft. *Der Bund*. Abgerufen von <https://www.derbund.ch/bern/stadt/Willkommen-in-der-Nachbarschaft/story/20667040?track>

Nollert, Michael & Schief, Sebastian. (n.d.). *Transnationaler Kapitalismus als Finanzierungsbasis des Sozialstaats: Der Sonderfall Schweiz im Weltmarkt für Protektion* [PDF]. Abgerufen von https://lettres.unifr.ch/fileadmin/Documentation/Departements/Sciences_sociales/Soziologie__Sozialpolitik_und_Sozialarbeit/Documents/Nollert/Michael_Nollert_Sebastian_Schief.pdf

Offener Brief zum Mitwirkungsverfahren. (2012, 26. März). *Bielertagblatt*. Abgerufen von <https://www.bielertagblatt.ch/nachrichten/biel/offener-brief-zum-mitwirkungsverfahren>

Oppliger, Matthias. (2014, 3. Juli). In Basel ist mitwirken nicht das Gleiche wie mitbestimmen. *Tageswoche*. Abgerufen von <https://tageswoche.ch/gesellschaft/in-basel-ist-mitwirken-nicht-das-gleiche-wie-mitbestimmen/>

Pfreunds Schuh, Wolfram. (n.d.). *Gentifizierung*. Abgerufen von https://kulturkritik.net/begriffe/begr_txt.php?lex=gentrifizierung

Planungsamt der Stadt Thun. (1998). *Richtplan Stadtentwicklung. Bericht der Projektkommission*. Bern: Suter Print.

Planungsamt der Stadt Thun. (2007). *Überbauungsordnung ZPP W: Areal Scheibenstrasse* [PDF]. Abgerufen von http://map.regiogis-beo.ch/thun/wsgi/proj/pdf/oereb_pdf/255.pdf

Planungsamt der Stadt Thun. (2016). *Wohnstrategie 2030 des Gemeinderates* [PDF]. Abgerufen von http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtkanzlei/media/pdf/Wohnstrategie_2030_Konsultationsentwurf.pdf

Planungsamt der Stadt Thun. (Hrsg.). (2014). *Wohnungsangebot: Qualität und Quantität* [PDF]. Abgerufen von

http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtkanzlei/media/pdf/TP1_Wohnungsangebot_Schlussbericht.pdf

Probst, Roger. (2010, 27. Januar). Keine Patentlösung im Nachtlärm-Streit. *Berner Zeitung*. Abgerufen von <https://www.bernerzeitung.ch/region/thun/Keine-Patenloesung-im-NachtaermStreit/story/27717518>

Probst, Roger. (2011, 20. Oktober). Hausbesetzungen in Thun häufen sich. *Berner Zeitung*. Abgerufen von https://www.bernerzeitung.ch/region/thun/Hausbesetzungen-in-Thun-haeufen-sich/story/24334821?dossier_id=924

Rüeggsegger, Elias. (2016, 11. Juni). Zwei Junge und die Stadt der Falten. *Und das Generationentandem*. Abgerufen von <https://www.generationentandem.ch/online/gesellschaft/stadt-der-falten/>

Schilling, Christoph. (2005, 22. November). Ich muss draussen bleiben. *Beobachter*. Abgerufen von <https://www.beobachter.ch/burger-verwaltung/wegweisungen-ich-muss-draussen-bleiben>

Schwald, Andreas. (2015, 16. März). Der Frust bei der Mitwirkung ist programmiert. *Tageswoche*. Abgerufen von <https://tageswoche.ch/politik/der-frust-bei-der-mitwirkung-ist-programmiert/>

Schweizer Radio und Fernsehen SRF. (2017 a). *Thuner Selve-Areal: Industrie, Anarchie – und jetzt neue Ordnung: Werner K. Rey und das Ende der Selve* [Audio-Podcast]. Abgerufen von <https://www.srf.ch/news/regional/bern-freiburg-wallis/thuner-selve-areal-industrie-anarchie-und-jetzt-neue-ordnung>

Schweizer Radio und Fernsehen SRF. (2017 b). *Thuner Selve-Areal: Industrie, Anarchie – und jetzt neue Ordnung: Der Anfang der neuen Ordnung*. [Audio-Podcast]. Abgerufen von <https://www.srf.ch/news/regional/bern-freiburg-wallis/thuner-selve-areal-industrie-anarchie-und-jetzt-neue-ordnung>

Spirgi, Dominique. (2015, 09. März). «Die Bilder von Rheinhattan sind nicht aus den Köpfen zu bekommen». *Tageswoche*. Abgerufen von <https://tageswoche.ch/gesellschaft/die-bilder-von-rheinhattan-sind-nicht-aus-den-koepfen-zu-bekommen/>

Spoo, Georg. (n.d.). Die Stadt im neoliberalen Kapitalismus. *Phase 2 - Zeitschrift gegen die Realität*. Abgerufen von <https://phase-zwei.org/hefte/artikel/die-stadt-im-neoliberalen-kapitalismus-203/?druck=1>

Stadt Bern. (n.d.). *Planungsverfahren*. Abgerufen von <https://www.bern.ch/themen/planen-und-bauen/nutzungsplanung/planungsverfahren>

Stadt Thun. (2012). *Jahresbericht mit Rechnung der Einwohnergemeinde Thun 2012* [PDF]. Abgerufen von http://www.thun.ch/fileadmin/user_upload/Jahresbericht_2012.pdf

Stadt Thun. (2016). Medienmitteilung: *Eine Wohnstrategie für die Stadt Thun* [PDF]. Abgerufen von <http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtkanzlei/media/pdf/Mediencommunique.pdf>

Stadt Thun. (2018). *Mitwirkung zum STEK 2035*. Abgerufen von <http://www.ortsplanungsrevisionthun.ch/open-house-25-november-2017/>

Stadtrat Thun. (2007). *Thuner Stadtratssitzung vom 15. März 2007* [PDF]. Abgerufen von http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtrat/media/pdf/protokoll_03_vom_15._maerz_2007.pdf

Stadtverwaltung Thun. (2017). *Bevölkerungsstatistik*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/ueber-thun/zahlen-und-fakten/bevoelkerungsstatistik.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. a). *Abteilung Stadtmarketing und Kommunikation*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/stadtverwaltung/abteilungenaemter/abteilung-stadtmarketing-und-kommunikation.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. b). *Geografische Daten*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/ueber-thun/zahlen-und-fakten/geografische-daten.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. c). *Geschichte unserer Stadt*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/stadtverwaltung/abteilungenaemter/stadtkanzlei/stadtarchiv/portraet/geschichte-unserer-stadt.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. d). *Gemeinderat Thun*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/stadtverwaltung/gemeinderat/gemeinderat-thun.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. e). *Förderungsgrundsätze*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/stadtverwaltung/abteilungenaemter/kulturabteilung/kulturfoerderung/foerderung/foerderungsgrundsaeetze.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. f). *Mühleplatz*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/ueber-thun/sehenswuerdigkeiten/muehleplatz.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. g). *Scheibenstrasse (ehem. Selve)*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/leben/wohnen/wohnbauprojekte/scheibenstrasse-ehem-selve.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. h.). *Stadtrat Thun*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/stadtverwaltung/stadtrat.html>

Stadtverwaltung Thun. (n.d. i). *Gemeinderat: Zusammensetzung seit 1919* [PDF]. Abgerufen von http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtkanzlei/media/pdf/Gemeinderat-Zusammensetzung_ab_1919-.pdf

Stadtverwaltung Thun. (n.d. j). *Fachstelle Bildung*. Abgerufen von <http://www.thun.ch/stadtverwaltung/abteilungen/aemter/amt-fuer-bildung-und-sport/fachstelle-bildung.html>

Streun, Franziska. (2012, 28. September). Kulturzentrum Thun: «Es darf kein rechtsfreier Raum werden». *Berner Zeitung*. Abgerufen von <https://www.bernerzeitung.ch/region/bern/Kulturzentrum-Thun-Es-darf-kein-rechtsfreier-Raum-werden/story/18910785>

Verein 750 Jahre Thuner Stadtrechte. (Hrsg.). (n.d.). *Selveareal*. Abgerufen von <http://thunintime.ch/selve/>

Zellweger, Christian. (2013, 29. Juli). Von der Partymeile zum Alterszentrum. *Der Bund*. Abgerufen von <https://www.derbund.ch>

Zürcher, Janine & Geissbühler, Stefan. (2018, 17. März). Ja zu mehr Aussensitzplätzen. *Berner Zeitung*. Abgerufen von <https://www.bernerzeitung.ch/region/thun/Stadt-lockert-Bewilligungspraxis-fuer-Aussensitzplaetze/story/15447390>